



Investmentfonds-Bericht

Januar 2021



SCHMITZ & CIE.
Individuelle Fondsberatung

Schmitz & Cie. GmbH
Individuelle Fondsberatung

Am Sommerfeld 22
D-81375 München

Telefon: +49 (0)89 17 92 40 20

Telefax: +49 (0)89 17 92 40 24

info@schmitzundcie.de
www.schmitzundcie.de



SCHMITZ & PARTNER AG
Privates Depotmanagement

SCHMITZ & PARTNER AG
Privates Depotmanagement

Via Albaredo 53
CH-6645 Brione s. Minusio

Telefon: +41 (0)91 7 44 66 65

Telefax: +41 (0)91 7 43 44 00

info@schmitzundpartner.ch
www.schmitzundpartner.ch

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Rückblick auf das Börsenjahr 2020	2
1.1 Aktienmärkte	2
1.2 Rentenmärkte	6
1.3 Devisenmärkte	8
 2. Rückblick auf die Wertentwicklung einzelner Investmentfonds	 11
 3. Rückblick auf die beiden Schmitz & Partner Fonds	 17
3.1 Schmitz & Partner Global Offensiv Fonds	17
3.2 Schmitz & Partner Global Defensiv Fonds	18
3.3 Vorteile der Schmitz & Partner Fonds	19
 4. Ausblick auf aktuelle Themen	 21
4.1 Corona-Krise (1. Welle im Frühjahr 2020)	21
4.2 Corona-Krise (2. Welle im Herbst 2020)	27
4.3 Sprunghaft steigende Staatsverschuldung als Folge	32
4.4 Inflation als Konsequenz?	35
4.5 Einmalige Vermögensabgaben als Gegenmaßnahme?	42
4.6 Immobilien als Goldesel für die Politiker?	45
4.7 Lebensversicherungen vor dem Ende?	49
 5. Ausblick auf das Investmentjahr 2021	 53
 6. Durchblick mit aktuellen Presseartikeln	 60



1. Rückblick auf das Börsenjahr 2020

1.1 Aktienmärkte

Im **Rückblick auf 2020** wird das vergangene Börsenjahr noch lange in Erinnerung bleiben. Die *Neue Zürcher Zeitung* schreibt: „2020 war ein Börsenjahr der Extreme“.¹

Noch nie zuvor stürzten die internationalen Aktienmärkte nach einem zwischenzeitlichen Hoch so schnell und so tief wie im Februar und März.



Quelle: *Handelsblatt* vom 25. Februar 2020, Seite 29

Allein der Deutsche Aktienindex *DAX* verlor innerhalb von nur vier Wochen fast 40 Prozent seines Wertes!

Der auf der nächsten Seite abgebildete Titel vom *Handelsblatt* ist ein Beispiel von vielen in diesen Tagen. Andere Schlagzeilen lauteten: „Die Börsen im Panik-Modus“², „Der schnellste Crash aller Zeiten“³, „Schwarzer Montag an den Aktienmärkten“⁴, „Panik an den Finanzmärkten“⁵ oder „Neue Kurseinbrüche an den Börsen“⁶.

¹ Überschrift in der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 31. Dezember 2020, Seite 28.

² *Neue Zürcher Zeitung* vom 10. März 2020, Seite 1.

³ *Handelsblatt* vom 13. - 15. März 2020, Seite 49.

⁴ *Neue Zürcher Zeitung* vom 10. März 2020, Seite 23.

⁵ *Handelsblatt* vom 10. März 2020, Seite 1.

⁶ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 13. März 2020, Seite 1.



SCHMITZ & CIE.
Individuelle Fondsberatung

Handelsblatt

DEUTSCHLANDS WIRTSCHAFTS- UND FINANZZEITUNG

G 02531 NR. 52

WOCHENENDE 13./14./15. MÄRZ 2020

PREIS 3,80 €

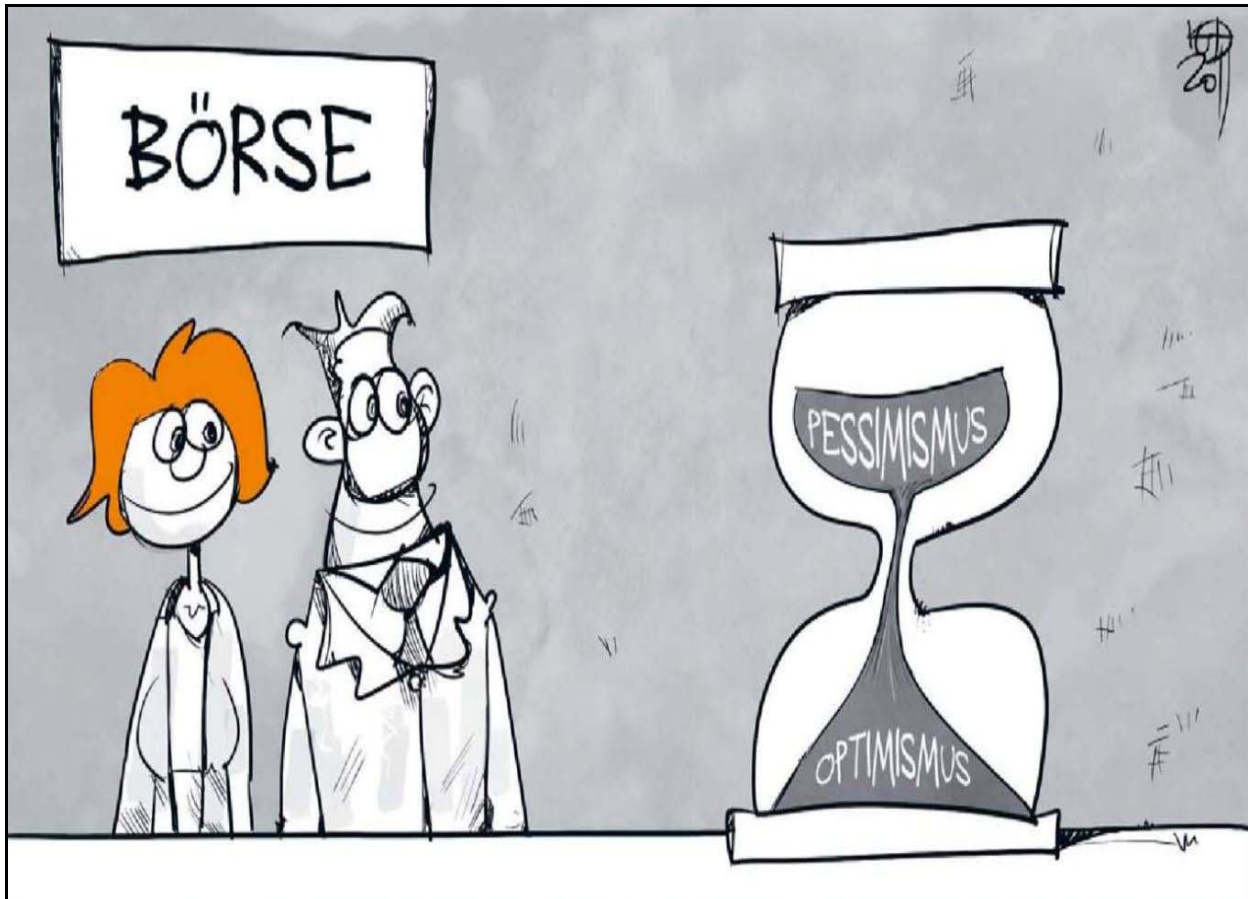
BÖRSEN CRASH 2020

Coronakrise:
Wie sicher ist das Weltfinanzsystem?

Ab Seite 44



Und obwohl der Kurseinbruch im Frühjahr durch die tiefste Rezession seit fast einhundert Jahren ausgelöst worden war, erholten sich die Börsenkurse so rasch wie nie zuvor.



Quelle: *Handelsblatt* vom 12. November 2020, Seite 26

Insbesondere der Monat November trug dazu bei: Mit einem Plus von über 18 Prozent hatte der *EuroStoxx50*, der die 50 größten an der Börse notierten Unternehmen der Eurozone abdeckt, seine stärkste Monatsperformance der letzten 30 Jahre.⁷

Für den deutschen Leitindex *DAX* war es mit einem Zuwachs von gut 15 Prozent der beste November in seiner mehr als 30 Jahre währenden Geschichte und der beste Handelsmonat seit zwölf Jahren.⁸ Das meistbeachtete Börsenbarometer der Welt, der *Dow Jones* in den USA, verbuchte mit einem Plus von fast zwölf Prozent im November den größten prozentualen Monatsgewinn seit Januar 1987.⁹ Und der *Swiss Market Index* blickte ebenfalls auf einen starken Monat zurück: Mit einer Gesamttrendite von 9,4 Prozent reiht sich der November auf Platz acht der besten Börsenmonate seit dem Jahr 1990 ein.¹⁰

⁷ Vgl. *Finanz und Wirtschaft* vom 2. Dezember 2020, Seite 20.

⁸ Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 2. Dezember 2020, Seite 23.

⁹ Siehe vorherige Fußnote.

¹⁰ Vgl. *Finanz und Wirtschaft* vom 2. Dezember 2020, Seite 20.



Quelle: *Handelsblatt* vom 22. Juli 2020, Seite 28

Diese Kursexplosionen innerhalb von nur vier Wochen machen in aller Deutlichkeit klar, **wie wichtig es ist, immer an den Aktienmärkten** (zumindest mit einem Teil seines Geldes) **investiert zu sein**, um solche Kursgewinne in der Größenordnung einer Jahresperformance nicht zu verpassen. Timing-Versuche lohnen sich nicht!

Fast alle **europäischen Aktienbörsen** mussten im vergangenen Jahr Kursverluste verbuchen. So verloren beispielsweise die Aktien in Frankreich (*CAC 40*) sieben Prozent oder in Österreich (*ATX*) zwölf Prozent. Noch stärker ins Minus rutschten die Aktienkurse in Spanien (*IBEX 35*) mit einem Verlust von 15 Prozent oder in England (*S&P UK*) mit Kurseinbußen von 16 Prozent. Die wenigen Gewinner gab es zum Beispiel in der Schweiz (*SMI*) mit einem Mini-Plus von knapp einem Prozent, in den Niederlanden (*AEX*) mit Aktienkursgewinnen von drei Prozent oder in Deutschland (*DAX*) mit einem Jahresplus von ebenfalls drei Prozent.

Europaweit fielen die Aktienkurse im Durchschnitt (*Euro Stoxx 50*) um fünf Prozent.

Ganz anders die Entwicklung in **Übersee**. Hier gab es mehrheitlich Kursgewinne: in Kanada (*TSX*) beispielsweise stieg der Index um zwei Prozent, in Japan (*Nikkei 225*) zogen die Kurse um 18 Prozent an und in China (*SSE 180*) sprangen die Aktienkurse sogar um 20 Prozent. In den USA (*S&P 500*) kletterten die Aktienkurse um 16 Prozent und der technologielastige Index (*Nasdaq 100*) stand am Jahresende sogar um sagenhafte 44 Prozent höher als zwölf Monate zuvor. Lediglich in Hongkong (*Hang-Seng*) und in Singapur (*Stoxx Singapore 20*) fielen die Aktien um neun Prozent bzw. um 15 Prozent.

Weltweit konnten die Aktienkurse (gemessen am MSCI-Welt-Aktienindex in Euro) im Jahr 2020 um rund vier Prozent zulegen:



Quelle: vwd portfolio manager 6.31.2

1.2 Rentenmärkte

An den **Rentenmärkten** blieben die Zinssätze im abgelaufenen Jahr weiter im Minusbereich. Zum Jahresende lag in der Schweiz die Rendite der zehnjährigen Eidgenossen nahezu unverändert gegenüber dem Jahresanfangsstand bei minus 0,55 Prozent. Nicht viel anders ist die Situation am deutschen Rentenmarkt. Auch hier liegen die Renditen für zehnjährige Bundesanleihen zum Jahresende bei minus 0,56 Prozent. Die historisch niedrigen Zinsen haben allein die deutschen Sparer in den letzten zehn Jahren insgesamt 732 Milliarden Euro gekostet.¹¹

Während Anleger durch die politisch gewollten Zinssenkungen hunderte von Milliarden Euro einbüßen, profitiert der Staat bei seiner maßlosen Schuldenmacherei durch viel zu niedrige Schuldzinsen.

Und an diesem Zustand wird sich auf absehbare Zeit auch nichts ändern: „Es gibt kein Zurück mehr zu normalen Zinsen. Nicht ohne gewaltige Kollateralschäden, etwa den Zusammenbruch des Immobilienmarkts. Niemand, kein Notenbanker oder verantwort-

¹¹ Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 29. Oktober 2020, Seite 29. Die Zahlenangaben stammen aus einer Studie der *DZ Bank* zum Weltspartag. Der Verlust bezieht sich auf den Zeitraum von 2010 bis 2020 und umfasst die Zinseinbußen auf Bankeinlagen sowie auf langfristige Anlagen wie Anleihen oder Versicherungen.



licher Politiker, wird das riskieren wollen.“¹² Und der Vorstandsvorsitzende der *Allianz*, *Oliver Bäte*, ergänzt: „Wir werden noch zehn Jahre Null- oder Negativ-Zinsen haben. Die Sparer werden betrogen, das gilt auch für Lebensversicherungskunden.“¹³ Noch deutlicher formuliert Professor *Hans-Werner Sinn*: „Wir laufen in ein Dauerregime mit extrem niedrigen Zinsen hinein, das sich eines Tages inflationär zu entladen droht.“¹⁴

Der Welt-Anleihe-Index in Euro war im Jahr 2020 per Saldo unverändert. Dies bedeutet nichts anderes, als dass mit festverzinslichen Wertpapieren im Durchschnitt im abgelaufenen Jahr kein Geld mehr zu verdienen war:



Quelle: vwd portfolio manager 6.31.2

¹² Bert Flossbach im Interview „Es gibt kein Zurück“ mit dem *Handelsblatt* vom 24. November 2020, Seite 28 - 29, hier Seite 28. Flossbach ist Mitgründer der Kölner Vermögensverwaltung *Flossbach von Storch*.

¹³ Oliver Bäte im Interview „Die Sparer werden betrogen“ mit dem *Handelsblatt* vom 23. - 27. Dezember 2020, Seite 52 - 53, hier Seite 53.

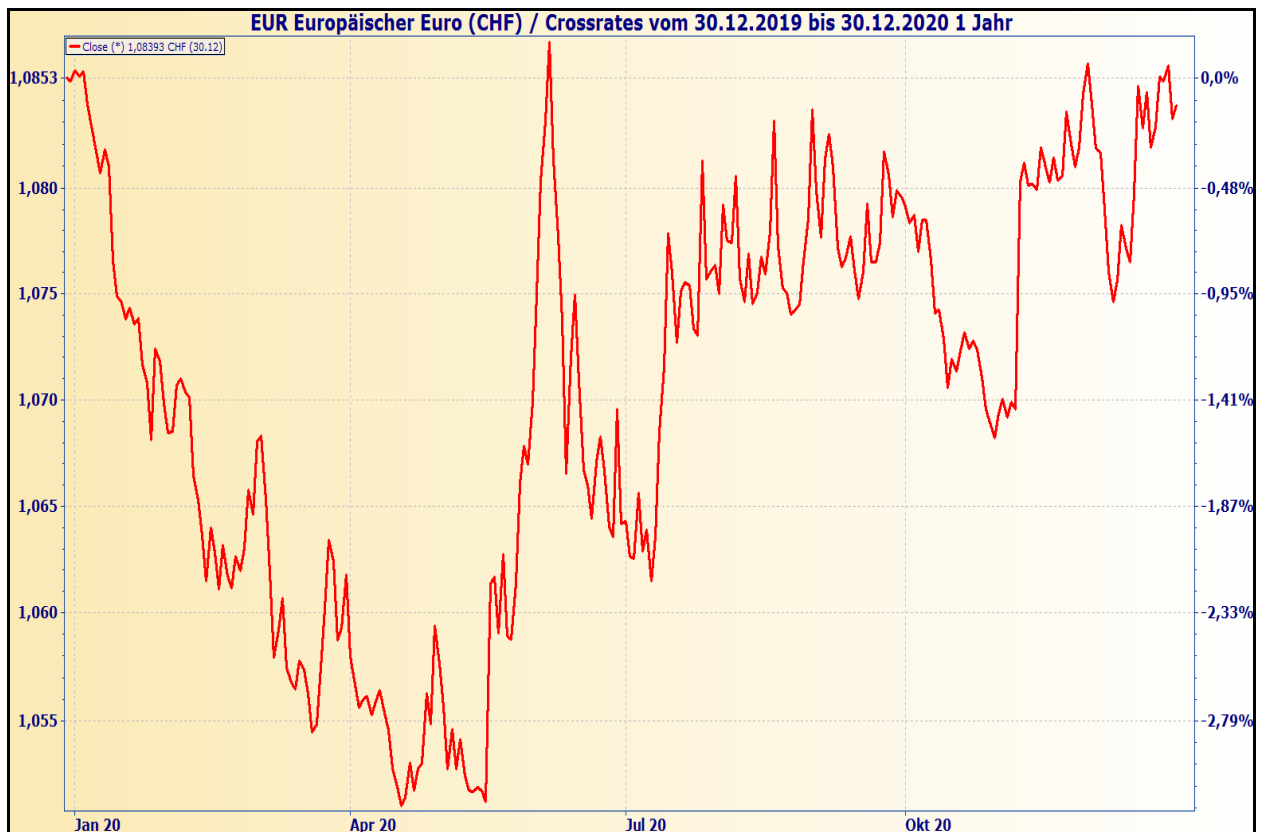
Zu vergleichbaren Einschätzungen kommen auch *Michael Heise* (Honorarprofessor an der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt) mit seiner Aussage in *Trends im Asset Management* 04/2020 auf Seite 29: „Die Null- und Negativzinspolitik der EZB wird fortgeführt.“ sowie *Clemens Fuest* (Professor für Volkswirtschaftslehre an der Ludwig-Maximilians-Universität in München und Präsident des *ifo Instituts*) im Interview mit *Institutional Money* 04/2020 auf den Seiten 36 - 44: „Ich gehe davon aus, dass die Zinsen für längere Zeit niedrig bleiben.“ (Seite 42)

¹⁴ Hans-Werner Sinn in einem Interview mit der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 3. Dezember 2020, Seite 25. Sinn war bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand im Jahr 2016 viele Jahre Präsident des Münchener *ifo Instituts*. Seit 2017 lehrt er als ständiger Gastprofessor an der Universität Luzern.



1.3 Devisenmärkte

Am **Devisenmarkt** setzte sich die Schwächetendenz des Euro der letzten Jahre gegenüber dem **Schweizer Franken** in den ersten Monaten bis Mitte Mai fort. Der Euro fiel um weitere drei Prozent gegenüber dem Schweizer Franken und sank von 1,08 Schweizer Franken pro Euro auf unter 1,05:



Quelle: vwd portfolio manager 6.31.2

Danach stemmte sich die *Schweizerische Nationalbank* SNB mit massiven Interventionen am Devisenmarkt gegen eine weitere und zu starke Aufwertung des Franken. So kaufte die SNB allein in der ersten Jahreshälfte 2020 die Schwachwährung Euro im Gegenwert von über 90 Milliarden Franken am Devisenmarkt, um einen anhaltenden Kursverlust des Euro zu verhindern.¹⁵ Denn besonders in den Monaten der Corona-Pandemie war der Schweizer Franken als sicherer Hafen auf den Devisenmärkten sehr gefragt. Mit diesen gewaltigen Interventionen gelang es der SNB, den Kurs des Euro gegenüber dem Schweizer Franken wieder auf das Jahresanfangsniveau von 1,08 zu hieven. Schon in den ersten sechs Monaten 2020 hat die SNB mehr Euro aufkaufen müssen, als jeweils in den fünf Jahren zuvor in zwölf Monaten. Mit anderen Worten:

Ohne die kräftigen Interventionen der Schweizerischen Nationalbank stünde der Euro noch tiefer und der Schweizer Franken entsprechend höher.

¹⁵ Vgl. *Handelsblatt* vom 11. - 13. Dezember 2020, Seite 32.



Diese massiven Markteingriffe der SNB sorgen sogar in den USA für Irritationen. Dort lautet der Verdacht: Ein Staat, der seine Währung nicht dem Markt überlässt, verschafft sich auf unfaire Weise einen Wettbewerbsvorteil.¹⁶ Aber was kann die Schweiz für ihre harte Währung, wenn um sie herum nur schwache Währungen existieren? Sie kann lediglich dafür sorgen, dass der Schweizer Franken nicht zu schnell steigt, verhindern kann sie die Aufwertung des Franken längerfristig sowieso nicht. Denn **„der Franken wird real seit Jahrzehnten stärker“**¹⁷ – und darin wird sich auch in Zukunft nichts ändern.

Genau 25 Jahre nachdem die europäische Gemeinschaftswährung ihren Namen bekommen hat,¹⁸ ist die Zukunft des Euro unsicherer denn je. So schreibt zum Beispiel Professor *Dirk Meyer*: „Nichtsdestotrotz ist die Währungsunion gescheitert – jedenfalls in der Maastrichter Ausformung mit der Nicht-Beistandsklausel (no bail out) und dem Verbot der monetären Staatsfinanzierung.“¹⁹

Der *Degussa Marktreport* kommt zu dem vernichtenden Fazit: „Wenn die Politiker mit ihrer Euro-Rettung um jeden Preis weitermachen, endet das für die Bürger und Unternehmen im Euroraum ruinös.“²⁰

Mit der vor wenigen Monaten beschlossenen Einrichtung des **Europäischen Wiederaufbaufonds** ist der „unumkehrbare Einstieg in die viel beschworene Fiskalunion“ gelungen (Bundesfinanzminister *Olaf Scholz*), der französische Präsident *Emmanuel Macron* spricht von „einer Transferunion, die auf einer gemeinsamen Verschuldung beruht“ und *Christine Lagarde*, die Chefin der Europäischen Zentralbank, will den Wiederaufbaufonds zu einer „permanenten Einrichtung“ machen.²¹

¹⁶ Vgl. hierzu den Artikel „Die Schweiz auf der Anklagebank der USA“ in *Neue Zürcher Zeitung* vom 11. Dezember 2020, Seite 21. Es wird vermutet: „Investoren könnten auf einen stärkeren Franken spekulieren – dies in der Annahme, dass die SNB unter dem Druck der USA wohl nicht mehr so viel Devisen erwerben wird wie bis anhin.“

Den Zusammenhang zwischen Geldpolitik und Devisenmärkten analysiert ausführlich die Studie „Der Einfluss der Geldpolitik auf den Wechselkurs des Euro“ in: *Deutsche Bundesbank*, Monatsbericht September 2020, Seite 19 - 52.

¹⁷ *Neue Zürcher Zeitung* vom 7. Januar 2021, Seite 22. Per Ende 2020 hat der Schweizer Franken gegenüber dem Euro im Vergleich zum Beginn des Jahres zwar unverändert geschlossen. Doch weil gleichzeitig der US-Dollar fast neun Prozent an Wert verloren hat, ist der Schweizer Franken gegenüber der restlichen Welt im abgelaufenen Jahr etwas stärker gestiegen, als dies im langjährigen Durchschnitt von rund zwei Prozent zu erwarten gewesen wäre.

¹⁸ Am 16. Dezember 1995 einigten sich Europas Staats- und Regierungschefs auf einem Gipfel in Madrid auf die künftige Bezeichnung „Euro“ als Namen für die zukünftige europäische Gemeinschaftswährung. Vgl. hierzu den ausführlichen Artikel „Euro soll er heißen“ in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 16. Dezember 2020, Seite 25.

¹⁹ Dirk Meyer: *Europäische Union und Währungsunion in der Dauerkrise. Analysen und Konzepte für einen Neuanfang*, Springer Verlag, Wiesbaden 2020, Seite 10. Meyer lehrt seit 1994 Volkswirtschaftslehre mit dem Schwerpunkt Ordnungsökonomik an der Helmut Schmidt-Universität Hamburg.

²⁰ *Degussa Marktreport* vom 23. April 2020, Seite 10.

²¹ Die drei Zitate stammen aus dem Artikel „Die Sprengmeister des Euros“ aus dem *Handelsblatt* vom 26. November 2020 auf Seite 12.



Das mag auf den ersten Blick vielleicht noch nicht negativ klingen, aber: „Mit ihren Beschwörungen vom unumkehrbaren Einstieg in die Fiskalunion stärken die drei den Euro nicht, sie gefährden ihn und fügen dem europäischen Projekt im Glauben, Gutes zu tun, eventuell schweren Schaden zu.“²²



Quelle: *Handelsblatt* vom 26. November 2020, Seite 12

Das Nachrichtenmagazin *DER SPIEGEL* kritisiert in diesem Zusammenhang insbesondere Kanzlerin *Angela Merkel*, die den „Wunsch nach neuen EU-Töpfen“ bisher immer zuverlässig abgelehnt habe. Aber nun habe sie sich für eine abrupte Kehrtwende entschieden – wie beim Atomausstieg oder in der Flüchtlingskrise.²³

Wir von *Schmitz & Partner* rechnen mit einem **weiteren Kurs- und Wertverfall des Euro** in den nächsten Jahren. Aus diesem Grund werden wir auch in Zukunft in den von uns gemanagten Wertpapierdepots unserer Kunden und in den beiden von uns verantworteten *Schmitz & Partner Investmentfonds* den jeweiligen Währungsanteil in Euro tendenziell niedrig halten. Im *Schmitz & Partner Global Defensiv Fonds* betrug der Euroanteil zum Ende des Jahres 2020 beispielsweise nur knapp 18 Prozent. Der Währungsanteil im Schweizer Franken hingegen lag bei 32 Prozent.

²² *Handelsblatt* vom 26. November 2020, Seite 12.

²³ Siehe hierzu den Artikel „Abrupte Kehrtwende“ in *DER SPIEGEL* vom 2. Dezember 2020 auf den Seiten 76 - 78.

2. Rückblick auf die Wertentwicklung einzelner Investmentfonds

In der folgenden Übersicht haben wir für Sie von den wichtigsten Investmentfonds, die in den Wertpapierdepots für die von der *Schmitz & Cie. GmbH* beratenen Kunden als Basisinvestments oder als lohnenswerte Beimischung enthalten sind, die Rendite und die Schwankungsrisiken (Volatilität) aufgeführt. Dabei gilt: je kleiner die Risikozahl, desto besser für den Anleger.

Beachten Sie in diesem Zusammenhang bitte **die sehr niedrigen Schwankungsrisiken der beiden *Schmitz & Partner Fonds***, sowohl über ein Jahr und als auch über drei Jahre, die deutlich besser sind als die Risikowerte von allen anderen hier aufgeführten Aktienfonds. Wer also in **risikoarme Aktienanlagen** investieren möchte, der kommt an den beiden *Schmitz & Partner Fonds* nicht vorbei!

Zusätzlich zeigt die Aufstellung auch die Zielfonds, die per Ende 2020 in dem Investmentfonds *Schmitz & Partner Global Offensiv* neben den Einzelaktien enthalten sind, sowie die Fonds, die – ebenfalls neben verschiedenen Einzeltiteln – Bestandteil des *Schmitz & Partner Global Defensiv* sind. Die Performance- und Risikozahlen sind dem Analysesystem *vwd portfolio manager 6.31.2* entnommen.

	1 Jahr	3 Jahre	5 Jahre
<i>Internationale Aktienmärkte:</i>	Rendite / Risiko	Rendite / Risiko	Rendite
Carmignac Investissement	31,1 / 24,7 %	41,1 / 17,7 %	53,1 %
Comgest Growth Japan *	37,0 / 20,8 %	50,5 / 18,0 %	100,5 %
Fidelity European Growth Fund	-9,6 / 28,7 %	2,7 / 19,4 %	9,0 %
Franklin Mutual European Fund	-13,4 / 35,8 %	-8,2 / 23,0 %	-4,5 %
ISHSIII-Core Japan *	13,7 / 25,4 %	16,9 / 18,1 %	52,6 %
Lingohr-Systematic-LBB-Invest	-13,0 / 27,7 %	-16,4 / 18,7 %	-2,8 %
Schmitz & Partner Global Defensiv	3,9 / 14,1 %²⁴	11,3 / 9,2 %	11,1 %
Schmitz & Partner Global Offensiv	8,0 / 15,9 %	1,6 / 10,5 %	13,1 %
StarCap Priamos	-3,5 / 18,7 %	-5,2 / 13,1 %	9,6 %
Templeton Growth (Euro) Fund	-5,4 / 23,7 %	-2,8 / 16,3 %	9,7 %

²⁴ Die sehr günstigen Risikozahlen im Jahresdurchschnitt für den *Schmitz & Partner Global Defensiv* Fonds in den Jahren zuvor betrugen 5,9 Prozent (2019), 6,2 Prozent (2018), 5,7 Prozent (2017), 5,2 Prozent (2016), 10,9 Prozent (2015), 5,5 Prozent (2014), 5,3 Prozent (2013), 5,2 Prozent (2012), 8,0 Prozent (2011), 4,6 Prozent (2010), 1,5 Prozent (2009) und 0,4 Prozent (2008)!



	1 Jahr	3 Jahre	5 Jahre
<i>Schwellenländer:</i>	Rendite / Risiko	Rendite / Risiko	Rendite
Aberdeen Global-Asian Smaller *	13,3 / 21,1 %	13,9 / 14,7 %	43,8 %
iShares MSCI China *	39,6 / 27,8 %	38,2 / 25,8 %	49,5 %
Fidelity Emerging Markets Fund	25,9 / 27,4 %	30,3 / 20,0 %	88,7 %
Global Advantage Emerging Markets	-1,1 / 22,8 %	2,0 / 16,4 %	42,9 %
Lingohr-Asien-Systematic-LBB-Invest	-7,0 / 22,6 %	-9,4 / 16,9 %	14,5 %
Templeton Asian Growth Fund	10,7 / 27,8 %	15,8 / 19,9 %	66,8 %
Templeton Emerging Markets Fund	15,7 / 30,5 %	21,9 / 21,3 %	104,3 %
Templeton Frontier Markets Fund	-10,7 / 21,7 %	-17,1 / 14,4 %	0,5 %
<i>Internationale Bondmärkte:</i>	Rendite / Risiko	Rendite / Risiko	Rendite
Acatis IfK Value Renten	-2,5 / 10,2 %	1,7 / 7,3 %	-3,4 %
StarCapital Bondvalue	1,1 / 3,7 %	0,3 / 2,6 %	-2,6 %
Templeton Global Bond (Euro) Fund **	-5,9 / 3,8 %	-13,4 / 3,6 %	-12,9 %
Templeton Global Total Return **	-15,1 / 8,6 %	-9,7 / 9,2 %	-9,6 %
<i>Sonstige Fonds:</i>	Rendite / Risiko	Rendite / Risiko	Rendite
Zürcher Kantonalbank Gold ETF	13,0 / 17,2 %	29,6 / 12,4 %	55,2 %
Zürcher Kantonalbank Silber ETF	33,3 / 35,7 %	37,6 / 24,4 %	65,7 %

Die mit Sternchen (*) versehenen Investmentfonds befinden sich per 31. Dezember 2020 in dem Fonds *Schmitz & Partner Global Offensiv*, die mit (**) gekennzeichneten Fonds sind zum Jahresende 2020 im Portfolio des *Schmitz & Partner Global Defensiv*.

Einer unserer häufigsten Empfehlungen für Basisinvestments im Aktienbereich war und ist der *Templeton Growth Fund*, zunächst in Form des seit dem 29. November 1954 bestehenden US-Originals, später dann in Form der steuergünstigeren Luxemburger Version, dem *Templeton Growth (Euro) Fund*, den es seit dem 9. August 2000 gibt.

Dieser Fonds eignet sich mehr denn je für Anleger, die mit einem breit gestreuten und weltweit investierenden Fonds an einer langfristig überdurchschnittlichen Wertentwicklung an den internationalen Aktienmärkten teilhaben und dabei durch den werthaltigen Ansatz (Value) unterdurchschnittliche Risiken eingehen möchten.

Das Fondsmanagement des *Templeton Growth Fund* verfolgt eine wertorientierte Anlagestrategie. Dabei identifiziert das Templeton-Team um den seit Beginn des Jahres 2020 agierenden Fondsmanager *Peter Moeschter*, dem Nachfolger von *Norman Boersma*, weltweit unterbewertete Qualitätsaktien, in die es konsequent investiert. Im Gegensatz zu vielen Investoren, die sich an Prognosen und kurzfristigen Trends orientieren, geht das Fondsmanagement antizyklisch vor – kauft also in Zeiten des größten Pessimismus und verkauft in Zeiten des größten Optimismus.

Sir John Templeton (Fondsmanager von 1954 - 1986) brachte diese charakteristische Vorgehensweise des Fonds auf die schöne Formel: „Wollen Sie eine bessere Performance als die breite Masse, dann müssen Sie auch anders vorgehen als die breite Masse.“²⁵ Das *Handelsblatt* schreibt in einem aktuellen Artikel über John Templeton: „Euphorie unter den Investoren war für ihn eher ein Anlass zum Verkauf, sehr großer Pessimismus eher ein Grund, um zuzukaufen.“²⁶ Als „Schnäppchenjäger“ investiert der Fonds so gezielt in Aktien, die nach Meinung des Fondsmanagements unterbewertet sind und ein großes Wachstumspotenzial aufweisen.

Wer in kurzer und prägnanter Form mehr über John Templeton erfahren möchte und wissen will, warum seine Vorgehensweise an der Börse auch in heutiger Zeit noch Mehrwert für die Anleger schafft, dem sei ein vor kurzem erschienenenes Büchlein empfohlen: „Alles, was Sie über John Templeton wissen müssen. Der genialste Stockpicker aller Zeiten auf gerade mal 100 Seiten.“²⁷

Das **Erfolgsrezept von Sir John Templeton** hat sich in unveränderter Form seit inzwischen über 60 Jahren erfolgreich bewährt:

²⁵ Zitiert aus der Titelstory „60 Jahre Templeton Growth“ in der Dezember Ausgabe 2014 der Zeitschrift *DAS INVESTMENT*, Seite 26 - 33, hier Seite 27.

²⁶ *Handelsblatt* vom 23. - 27. Dezember 2020, Seite 38. In dem Artikel „Erfolgreich gegen den Strom“ erklärt der Autor *Ingo Narat*, warum John Templeton sich bei seinen Anlageentscheidungen nicht von Emotionen leiten ließ und wieso er bewusst Abstand von der Wall Street hielt.

²⁷ Das Büchlein stammt aus der Feder von *Rolf Morrien* und *Heinz Vinkelau* und ist im FinanzBuch Verlag, München 2020, erschienen.



TEMPLETON GROWTH (EURO) FUND

Das Templeton Erfolgsprinzip

Weltweit profitieren

Ein breit gestreutes Portfolio ist entscheidend für die erfolgreiche Nutzung weltweiter Investmentchancen.

Werte suchen

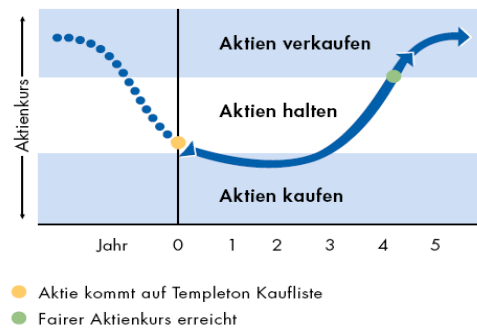
Templeton kauft, wenn noch keiner kauft und lässt so den Unternehmenswerten Zeit, um sich zu entwickeln.

Warten können

Erst mit der Zeit entwickeln unterbewertete Aktien ihr volles Potential. Die durchschnittliche Haltedauer einer Aktie im Portfolio beträgt drei bis fünf Jahre.

Bottom-Up-Ansatz

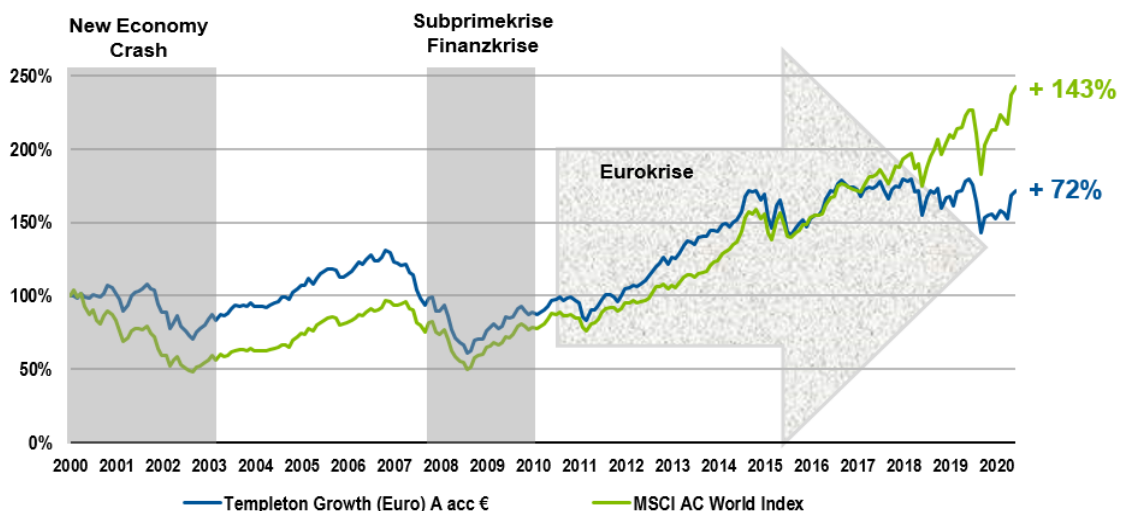
Das Fondsmanagement verfolgt konsequent eine Bottom-Up-Anlagestrategie.



Die nachfolgende Grafik zeigt, wie sich der *Templeton Growth (Euro) Fund* (im Schaubild als blaue Linie dargestellt) im Vergleich zum Weltaktienindex (grüne Linie) seit seinem Bestehen im Jahr 2000 entwickelt hat. Die beiden grau unterlegten Zeitphasen symbolisieren den Crash am Neuen Markt und die Finanzkrise:

Templeton Growth (Euro) Fund vs. MSCI AC World Index

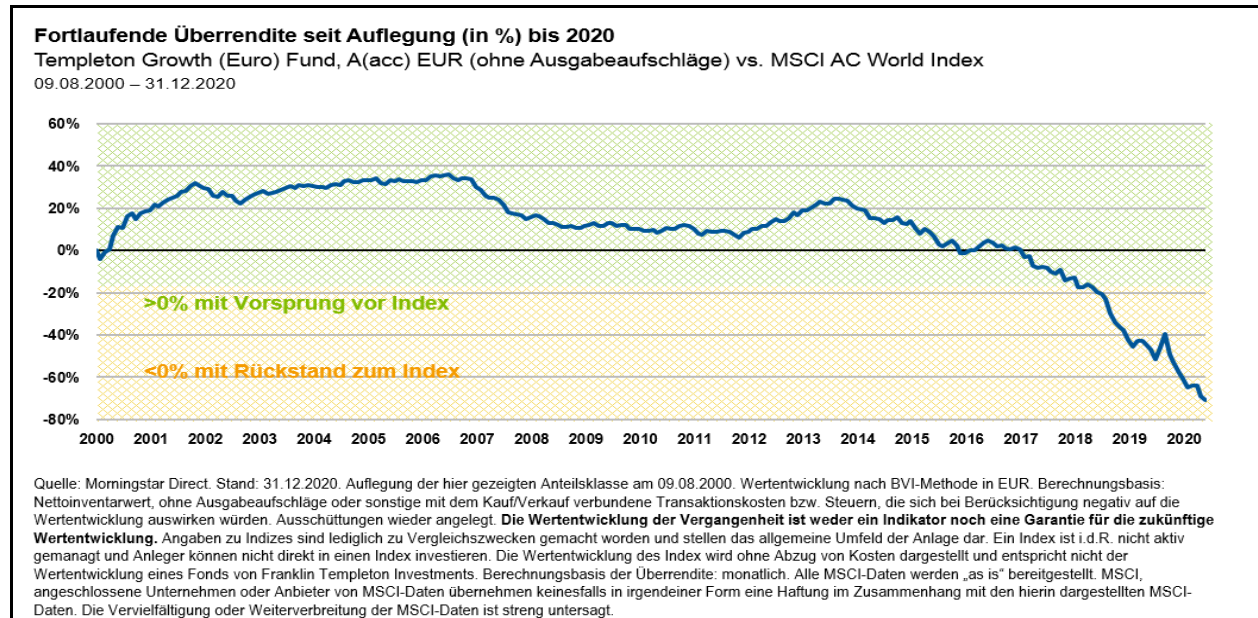
09.08.2000 – 31.12.2020



Quelle: Morningstar Direct. Stand: 31.12.2020. Auflegung der hier gezeigten Anteilsklasse am 09.08.2000. Wertentwicklung nach BVI-Methode in EUR. Berechnungsbasis: Nettoinventarwert, ohne Ausgabeaufschläge oder sonstige mit dem Kauf/Verkauf verbundene Transaktionskosten bzw. Steuern, die sich bei Berücksichtigung negativ auf die Wertentwicklung auswirken würden. Ausschüttungen wieder angelegt. Die Wertentwicklung der Vergangenheit ist weder ein Indikator noch eine Garantie für die zukünftige Wertentwicklung. Angaben zu Indizes sind lediglich zu Vergleichszwecken gemacht worden und stellen das allgemeine Umfeld der Anlage dar. Ein Index ist i.d.R. nicht aktiv gemanagt und Anleger können nicht direkt in einen Index investieren. Die Wertentwicklung des Index wird ohne Abzug von Kosten dargestellt und entspricht nicht der Wertentwicklung eines Fonds von Franklin Templeton Investments.



Von Beginn an hatte sich der *Templeton Growth (Euro) Fund* gegenüber seinem Vergleichsindex, dem Weltaktienindex, eine Outperformance erarbeitet. Den Vorsprung zum Index hat der Fonds allerdings im vorletzten Jahr – zum ersten Mal seit 17 Jahren – eingebüßt:



Das lag in erster Linie daran, dass sich in den letzten Jahren die Value-Aktien (die der *Templeton Growth (Euro) Fund* mehrheitlich in seinem Portfolio hält) schlechter entwickelt haben als die Wachstumsaktien. Aber das ist die Ausnahme! Denn: „In den vergangenen 100 Jahren waren Value-Aktien während rund 80 % der Zeit in der Wertentwicklung besser als teure Wachstumsaktien.“²⁸



Quelle: *institutional-money.com*, 6. Januar 2021

²⁸ FINANZWOCHE vom 12. Dezember 2019, Seite 1.

Die rote Linie in der oberen Grafik symbolisiert die Kursentwicklung von (überbewerteten) Technologieaktien wie zum Beispiel *Tesla*, die blaue Linie steht für solide und inzwischen unterbewertete Value-Aktien, die sich im *Templeton Growth (Euro) Fund* befinden. Wie unsinnig hoch die Börsenbewertung vieler Technologieaktien inzwischen durch die Kurssteigerungen der vergangenen Jahre geworden ist, zeigt sehr schön das spektakuläre Beispiel des amerikanischen Elektrofahrzeugherstellers Tesla. Das Unternehmen gilt nicht mehr als normaler Autobauer, sondern stattdessen als Technologiefirma. Zum Jahresende 2020 betrug der Börsenwert von Tesla atemberaubende 669 Milliarden US-Dollar. Damit wird der Elektroautohersteller fast so hoch bewertet wie alle anderen amerikanischen, europäischen und japanischen Autohersteller zusammen, die insgesamt rund 800 Milliarden US-Dollar wert sind.²⁹

Beispiele wie Tesla sind der Grund, warum sich die amerikanische Aktienbörse im letzten Jahr mit einem Plus von 16 Prozent (*S&P 500*) deutlich besser geschlagen hat als die europäischen Aktienbörsen, die mehrheitlich ein Minus in der Indexentwicklung ausweisen mussten (*Euro Stoxx 50* mit einem Jahresverlust von fünf Prozent). Und es ist auch der Grund, warum der Weltaktienindex *MSCI World*, trotz mehrheitlich negativer Vorzeichen in der Kursentwicklung der Weltbörsen, ein Plus von rund vier Prozent im vergangenen Jahr einfahren konnte, denn amerikanische Aktien machen inzwischen weit mehr als die Hälfte des Weltaktienindex aus.

Wir von der *Schmitz & Cie. GmbH* sind froh, dass das Managementteam der Templeton Global Equity Gruppe bei der Auswahl der Aktien für den *Templeton Growth (Euro) Fund* sich weiterhin nicht von dem Hype bei den Technologieaktien anstecken lässt und nach wie vor auf unterbewertete und werthaltige Aktien setzt. Auch wenn das bedeutet, dass es dadurch für einen begrenzten Zeitraum einen Performance-Rückstand zu überbewerteten und riskanten Wachstumstiteln gibt.

²⁹ Vgl. *Flossbach von Storch*, Kapitalmarktbericht 2020 vom 6. Januar 2021, Seite 17.



3. Rückblick auf die beiden Schmitz & Partner Fonds

3.1 Schmitz & Partner Global Offensiv Fonds

Der *Schmitz & Partner Global Offensiv* Fonds (in der folgenden Grafik der **rote Kurvenverlauf**) verbuchte im Börsenjahr 2020 (nach einem Gewinn von 9,3 Prozent im Jahr 2019) wiederum ein erfreuliches Ergebnis: Bei einer Volatilität (Schwankungsrisiko) im Jahresdurchschnitt von lediglich 15,9 Prozent (deutlich weniger als das Schwankungsrisiko des Weltaktienindex von 26,6 Prozent) gewann er acht Prozent:



Quelle: vwd portfolio manager 6.31.2

Im Laufe der letzten zwölf Monate hat sich die Investitionsquote des Fonds durch Zukäufe von Aktien von 56 Prozent zu Beginn des Jahres auf knapp 80 Prozent erhöht. Insbesondere die Aktienkäufe nahe dem Jahrestiefstand der Kurse Mitte März trugen dazu bei, dass der Fonds dieses sehr erfreuliche Jahresergebnis für seine Kunden erzielen konnte.

Neu erworben hat der Fonds im vergangenen Jahr (in alphabetischer Reihenfolge) Aktien von *Belimo* (das Schweizer Unternehmen ist einer der weltweit führenden Anbieter von Spezialteilen für die Heiz-, Lüftungs- und Klimatechnik), von *MorphoSys* (die biopharmazeutische Gesellschaft aus der Nähe von München besitzt die weltweit größte Antikörper-Bibliothek zur Behandlung von Krebs, Rheuma und Alzheimer), von *Nel* (das norwegische Unternehmen hat sich auf Wasserstofftechnologie spezialisiert und bietet Elektrolyseanlagen, Wasserstofftankstellen und Komplettsysteme an), von *VAT* (die Schweizer Gesellschaft ist der weltgrößte Hersteller von Vakuumventilen und profitiert

vom Digitalisierungstrend) und von *Tencent* (eines der führenden chinesischen Internetunternehmen).

Anlageschwerpunkte des Fonds waren im vergangenen Jahr nach wie vor unterbewertete Einzelaktien sowie (in einer Größenordnung von knapp zehn Prozent) Aktien und Aktienfonds aus der Region Asien, und hier insbesondere aus China und aus Japan.

Siehe als zusätzliche Information auch die Fondsanalyse „Schmitz & Partner Global Offensiv Fonds“ aus dem *Smart Investor* Juli 2020 in Kapitel 6 (Durchblick mit aktuellen Presseartikeln) auf Seite 65.

3.2 Schmitz & Partner Global Defensiv Fonds

Der *Schmitz & Partner Global Defensiv* Fonds (in der Grafik die **blaue Linie**) wies nach dem hervorragenden Ergebnis von 14 Prozent im Jahr 2019 im Börsenjahr 2020 bei einer durch den Corona-Crash verursachten höheren Volatilität (Schwankungsrisiko) von 14,1 Prozent im Jahresdurchschnitt diesmal einen guten Gewinn von knapp vier Prozent aus. Insbesondere in der schwierigen Börsenzeit im Februar und März 2020 mit Kursverlusten an den Aktienmärkten von bis zu 40 Prozent konnte sich der Fonds sehr gut behaupten. Der *Smart Investor* schreibt: „Der Schmitz & Partner Global Defensiv Fonds (WKN: A0M1UL) spielt gerade in Krisenzeiten seine Stärken eindrucksvoll aus.“³⁰

Im Laufe der letzten zwölf Monate lag die Investitionsquote des Fonds wenig verändert bei rund 75 Prozent. Der Anteil der Einzelaktien betrug 43 Prozent. Festverzinsliche Wertpapiere sind mit rund drei Prozent im Fonds vorhanden und der Anteil von Rentenfonds liegt nahezu unverändert bei knapp acht Prozent. Der Euroanteil betrug zum Jahresende nur knapp 18 Prozent. Ungefähr die Hälfte des Fondsvermögens ist in den defensiven Währungen Schweizer Franken (32 Prozent) und norwegische Krone (16 Prozent) investiert, sowie darüber hinaus in kanadische Dollar (sieben Prozent), englische Pfund (drei Prozent) und dänische Krone (zwei Prozent) angelegt. Der restliche Anteil ist in den Edelmetallen Gold und Silber (23 Prozent) investiert und somit keiner Währung direkt zuzurechnen.

Neu gekauft wurden für den Fonds im vergangenen Jahr Aktien von *Mayr-Melnhof* (das seit über 100 Jahren bestehende Unternehmen aus Österreich ist der weltgrößte Hersteller von Recyclingkartons und Europas größter Hersteller von Faltschachteln) und von *Novozymes* (das dänische Biotechunternehmen ist der weltgrößte Produzent von Enzymen).

Neben der Aktienquote von 43 Prozent waren weitere Investitionsschwerpunkte zum einen die bereits seit April 2009 im Fondsvermögen vorhandenen Gold- und Silberbestände mit knapp 23 Prozent Anteil am Fondsvermögen und zum anderen Festverzinsliche und Rentenfonds mit rund elf Prozent.

³⁰ *Smart Investor*, September 2020, Seite 31.

3.3 Vorteile der Schmitz & Partner Fonds

Die *Schmitz & Partner Fonds* sind **vermögensverwaltende Investmentfonds**, was bedeutet, dass wir uns für Sie um die sinnvolle und der jeweiligen Börsensituation angepasste Aufteilung der einzelnen Vermögensklassen kümmern. Die Zusammenstellung von Aktien, Anleihen und Liquidität geschieht also innerhalb der beiden *Schmitz & Partner Fonds* und muss nicht mehr durch den Kauf bzw. späteren Verkauf von einzelnen Aktien-, Renten- oder Geldmarktfonds auf der Kundenebene abgebildet werden.

Sie als unser Kunde profitieren damit zusätzlich von der über 40jährigen aktiven Börsenerfahrung, die der verantwortliche Fondsberater *Dr. Holger Schmitz* für die beiden *Schmitz & Partner Fonds* zu Ihrem Nutzen und Ihrem Vorteil einbringt.

Darüber hinaus liegen die Vorteile der beiden *Schmitz & Partner Fonds* nach wie vor in der **kostengünstigen, schnellen und flexiblen Umsetzung unserer erfolgreichen Investmentideen** innerhalb der Fonds im Vergleich zu den Einzelfondsanlagen in den Depots unserer Kunden. Gerade in volatilen Zeiten, in denen sich die Märkte fast schon im Stundentakt nach oben oder nach unten bewegen, ist dies ein wichtiger Pluspunkt für Sie!

Durch beliebige Kombination der beiden *Schmitz & Partner Fonds* ist jede erdenkliche individuelle Risikopräferenz für Sie als Kunde umsetzbar: Von einem sehr risikoarmen Investment (Anlage ausschließlich im *Schmitz & Partner Global Defensiv Fonds*) über ein etwas renditestärkeres Investment (Aufteilung des Anlagebetrages beispielsweise zu 60 Prozent in den *Schmitz & Partner Global Defensiv Fonds* und zu 40 Prozent in den *Schmitz & Partner Global Offensiv Fonds*) bis hin zu einem chancenorientierten Investment (der zur Verfügung stehende Betrag wird ausschließlich in den *Schmitz & Partner Global Offensiv Fonds* angelegt).

Ein weiterer wichtiger Vorteil: Sie legen zu Beginn Ihrer Investition nur einmal Ihre persönliche Risikofähigkeit und Ihre Risikobereitschaft fest, was dann unmittelbare Konsequenzen für Ihr Risikoprofil und damit das Mischungsverhältnis der beiden *Schmitz & Partner Fonds* in Ihrem Wertpapierdepot hat.

Veränderungen an den Börsen und daraus notwendige Reaktionen durch Umschichtungen und Transaktionen nehmen wir für Sie extrem kostengünstig (Transaktionskosten in der Regel nur 0,05 Prozent des Ordervolumens) auf der Fondsebene innerhalb der beiden *Schmitz & Partner Fonds* vor.

Max Otte empfiehlt Ihnen für Ihre Anlagen Investmentfonds, wie es zum Beispiel die *Schmitz & Partner Fonds* sind: „Wenn Sie nach einem für Sie geeigneten Fonds Ausschau halten, rate ich Ihnen, Fonds in den Fokus zu nehmen, die von den Inhabern der entsprechenden Unternehmen geführt werden und die mindestens fünf, besser zehn

Jahre am Markt sind. Diese Unternehmer stehen mit ihrem Namen für den jeweiligen Fonds.³¹

Schöner hätten wir es auch nicht formulieren können!

Die wesentlichen Vorteile der beiden *Schmitz & Partner Fonds* für Sie auf einen Blick:

Kriterien	Vorteile für Sie als Investor
Professionelle Vermögensverwaltung	Erfolgreiche Vermögensverwaltung innerhalb der beiden <i>Schmitz & Partner Fonds</i> statt Anlage auf Kundenebene mit Einzelfonds.
Diversifizierung	Weltweite Investments in aussichtsreiche Einzelwertpapiere und in Zielfonds mit unterschiedlichen Investmentstilen.
Rendite	Nachgewiesenermaßen höhere Rendite durch aktives Fondsmanagement im Vergleich zu passiver Anlage in (ETFs).
Risiko	Sehr niedrige Schwankungsrisiken der beiden <i>Schmitz & Partner Fonds</i> , exzellentes Rendite-Risiko-Verhältnis .
Ausgabeaufschläge u. Transaktionskosten	Keine Ausgabeaufschläge beim Kauf von Zielfonds, erheblich niedrigere Kosten beim Kauf und Verkauf von Einzeltiteln.
Abwicklungsaufwand	Nur einmaliger Kauf der <i>Schmitz & Partner Fonds</i> statt häufigem An- und Verkauf einzelner Fonds bzw. Wertpapiere.
Sicherheit	Hohes Maß an Schutz und Solidität durch die Unterstellung unter das deutsche Investmentgesetz. Kein Insolvenzrisiko!
Renommierte und professionelle Partner	ODDO BHF (ehemals FRANKFURT-TRUST), BNY Mellon Asset Servicing und SCHMITZ & PARTNER AG.
Internationale Anerkennung	Zahlreiche Spitzenplatzierungen in der Presse (oft Platz 1) und Auszeichnungen mit Top-Ratings (z. B. Morningstar).

³¹ Max Otte: Weltsystemcrash – Krisen, Unruhen und die Geburt einer neuen Weltordnung, 3. Auflage, FinanzBuch Verlag, München 2020, Seite 503. Otte ist unabhängiger Finanz- und Wirtschaftsanalyst und war bis Ende 2018 Professor für Wirtschaftswissenschaften.

4. Ausblick auf aktuelle Themen

4.1 Corona-Krise (1. Welle im Frühjahr 2020)

Vor genau einem Jahr kannte kaum jemand die Begriffe **Coronavirus** oder **Covid-19**, aber seit dem Frühjahr 2020 hält uns die **Corona-Krise** in Atem – nicht nur an der Börse, sondern auch im täglichen Leben. Es vergeht kein Tag, an dem nicht ausführlich im Fernsehen in zahlreichen Talkshows und unzähligen Sondersendungen über das Coronavirus berichtet wird. Nachdem man sich zu Beginn noch über die „Aufgeregtheitsspirale“³² wundern konnte, fragt man sich von Tag zu Tag mehr, ob die Verhältnismäßigkeit der Berichterstattung noch stimmt. „Menschliche Sensationsgier und mediale Übertreibungslust“ dominieren, und die „Vernunft steht weltweit unter Quarantäne“.³³

Nur zur Einordnung: Allein in Deutschland sterben jedes Jahr über 900.000 Menschen (also rund 2.500 Personen pro Tag), darunter befinden sich zum Beispiel 120.000 tabakbedingte Todesfälle, 18.000 Personen, die an ärztlichen Kunstfehlern (!) sterben, 9.200 Selbstmorde und 3.000 Verkehrstote.³⁴ Allein 14.000 Menschen verlieren ihr Leben durch Stürze – vom Pferd, von der Leiter oder bei Glatteis.³⁵ Und im Winter 2017/2018 sind mehr als 25.000 Menschen an den Folgen der „normalen“ Influenza-Grippe gestorben.³⁶

Es ist zunehmend erstaunlich, warum die „Corona-Toten“ von den Medien und den Politikern derart in den Vordergrund gestellt werden, teilweise mit fragwürdigen statistischen Methoden. In Italien wurde in einer am 17. März 2020 veröffentlichten Erhebung des italienischen Gesundheitsamts festgestellt, dass von 2.000 Personen, die im Zusammenhang mit dem Coronavirus gestorben sind, über 99 Prozent an einer oder mehreren Vorerkrankungen gelitten haben. Nur bei drei Personen seien vor der Infektion mit dem Coronavirus keine Vorerkrankungen bekannt gewesen.³⁷

Professor *Wolfgang Meyerhöfer* stellt daher die zynische, aber interessante mathematische Frage: „Wie wird man zu einem Corona-Toten?“³⁸ In der statistischen Praxis wird ein Mensch, der mit Corona stirbt, als ein an Corona Gestorbener gezählt. Ob er an Corona gestorben ist, geht daraus aber nicht hervor. Das italienische Nationale Gesundheitsinstitut (*Istituto Superiore di Sanità*) ISS spricht von „Covid-19-Positiven“, also von

³² *Neue Zürcher Zeitung* vom 13. März 2020, Seite 9.

³³ *Gabor Steingart*: Das Morning Briefing vom 4. März 2020, Seite 1 bzw. Seite 2.

³⁴ Die Zahlenangaben stammen aus dem Anlegerbrief März 2020 von *Dr. Lux & Präuner*, Seite 3 sowie aus *Gabor Steingart*: Das Morning Briefing vom 30. März 2020, Seite 5.

³⁵ Vgl. *Gabor Steingart*: Das Morning Briefing vom 4. März 2020, Seite 4; die Zahl bezieht sich auf das Jahr 2017.

³⁶ Vgl. *Gabor Steingart*: Das Morning Briefing vom 4. März 2020, Seite 2. Die zitierten Zahlenangaben hat das Robert-Koch-Institut veröffentlicht.

³⁷ Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 21. März 2020, Seite 6. Das Durchschnittsalter dieser 2.000 verstorbenen Personen lag der Studie zufolge bei 79,5 Jahren.

³⁸ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 2. April 2020, Seite 8. *Meyerhöfer* lehrt Mathematikdidaktik an der Universität Paderborn.

Menschen, die mit Corona gestorben sind.³⁹ Ähnlich ist die Situation in Deutschland, wo das *Robert-Koch-Institut* (RKI) von „Todesfällen in Zusammenhang mit Covid-19-Erkrankungen“ spricht⁴⁰, oder in der Schweiz, wo „bei Covid-19-Patienten die Infektion in den seltensten Fällen die alleinige Todesursache“ ist.⁴¹

Medien und Politik in Deutschland reden aber in allen Fällen davon, dass die Menschen an Corona gestorben sind. Und auf Basis dieser (bewusst?) zu hoch ausgewiesenen Zahlen begründen die Politiker dann die massiven Einschränkungen des öffentlichen Lebens und (noch viel schlimmer!) der Wirtschaft mit all den dramatischen Folgen für Wohlstand und Freiheit. Dies tun sie natürlich nicht, ohne immer wieder auf die dringenden Empfehlungen der Virologen hinzuweisen. *Reinhard K. Sprenger* analysiert treffend: „Die Politik hat abgedankt, Virologen regieren die Welt.“⁴² Und Professor *Christoph Lütge* kritisiert, „dass derzeit gar keine Abwägung von politischen und ökonomischen Argumenten mehr möglich ist, es herrscht das Primat der Mediziner“. Und weiter: „Aber man kann über einen solchen Stillstand der Wirtschaft nicht rein unter medizinischen Gesichtspunkten entscheiden.“⁴³

Was steckt wirklich dahinter, dass fast auf der ganzen Welt gleichzeitig ein Großteil der Menschen in ihren Wohnungen und Häusern eingesperrt und von der Politik rigoros nahezu der gesamten Wirtschaft ein fast vollumfänglicher Stillstand verordnet wird? Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* fragt schon sarkastisch: „Was bliebe denn noch, wenn man jetzt schon das ganz große Besteck, sprich: den Katastrophenfall verkünde? Verdunkelung, wie im Krieg?“⁴⁴ Und Professor *Thomas Straubhaar* kritisiert, in Deutschland habe die Bundesregierung die Ausgangssperren nach Art einer „primären Notstandsmaßnahme“ beschlossen, „ohne intensive Abschätzung der Folgekosten“.⁴⁵

Natürlich können die für die dramatischen Entscheidungen verantwortlichen Politiker argumentieren, ihre Eingriffe seien wohlbegründet und verhältnismäßig, weil sie Leben retten. Doch aus dieser Perspektive könnte man nahezu alles verbieten: Rauchen, Alkohol, Reisen etc. – aber die Regierungen tun das nicht.

³⁹ Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 2. April 2020, Seite 8. In Italien werden alle Todesfälle der Lungenkrankheit Covid-19 zugerechnet, wenn das Coronavirus neben (multiplen) Vorerkrankungen festgestellt wurde. Vgl. hierzu den Artikel „Warum sterben so viele Italiener?“ in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 21. März 2020, Seite 6.

⁴⁰ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 2. April 2020, Seite 8.

⁴¹ *Neue Zürcher Zeitung* vom 2. April 2020, Seite 13.

⁴² *Neue Zürcher Zeitung* vom 31. März 2020, Seite 27. In seinem lesenswerten Aufsatz „Der virologische Imperativ“ fragt Sprenger „Virologen regieren die Welt, Politiker gebärden sich als ihre Erfüllungsgehilfen – zu welchem Preis?“ und erhofft sich eine baldige Diskussion über „das Dilemma zwischen den Überlebenschancen der Alten und den Zukunftschancen der Jungen entscheiden“ zu müssen.

⁴³ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 26. März 2020, Seite 15. In dem Artikel „Geld oder Leben – die Corona-Moral“ plädiert Lütge dafür, stärker zu differenzieren, denn: „Diese erzwungene Vollbremsung der Wirtschaft steht in keinem Verhältnis zum Nutzen der Schutzmaßnahmen.“ Lütge ist Professor für Wirtschaftsethik an der Technischen Universität München.

⁴⁴ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 23. März 2020, Seite 2.

⁴⁵ Vgl. *WirtschaftsWoche* vom 3. April 2020, Seite 18. Straubhaar lehrt an der Universität Hamburg Internationale Wirtschaftsbeziehungen.



Stattdessen schüren die Politiker jetzt massiv Ängste bei ihren Bürgern: „Bekommen wir Corona nicht unter Kontrolle, könnten allein in Deutschland mehr als eine Million Menschen sterben. Und es gäbe wahrscheinlich Millionen Menschen mit schweren dauerhaften Schäden.“⁴⁶ Warum reagiert die Politik so überzogen auf das Coronavirus? Ist es wirklich nur die Sorge, dass sich die Krankenhauskapazitäten zu schnell erschöpfen, wenn das Virus sich zu rasch verbreitet? Und dass die Politiker deshalb versuchen, die Ausbreitung des Virus mit massiven Einschränkungen der persönlichen und wirtschaftlichen Freiheiten zu verzögern? Aber bewirkt möglicherweise diese Verzögerungsstrategie der Politik am Ende nicht noch mehr Todesfälle, als sie zu verhindern versucht?

Der renommierte Risikoforscher Professor *Gerd Gigerenzer* vom Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin sieht Parallelen zu den Anschlägen vom 11. September 2001 in New York: Rein wirtschaftlich betrachtet, war nicht der Einsturz des World Trade Center das Problem, sondern die Reaktion darauf. Allein die anschließenden Sicherheitsmaßnahmen kosteten rund 500 Milliarden Dollar an Wirtschaftsleistung. Innerhalb eines Jahres starben 1.600 Menschen zusätzlich im Straßenverkehr – weil sie aus Angst vor dem Fliegen lange Strecken mit dem Auto, statt wie bisher mit dem Flugzeug, zurücklegten.⁴⁷

Allein in Deutschland werden die gesamtwirtschaftlichen Kosten des von der Politik erzwungenen ökonomischen Stillstands gigantisch sein. Das *Ifo-Institut* in München prognostiziert, jede zusätzliche Woche Shutdown würde ungefähr ein Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) kosten, also 35 Milliarden Euro. Im schlimmsten Fall könnte das BIP um bis zu 20 Prozent sinken. Die Gegenmaßnahmen und Garantien, die die Bundesregierung zusichert, summieren sich schon jetzt auf bis zu 1.200 Milliarden Euro.⁴⁸

Das Nachrichtenmagazin *DER SPIEGEL* fragt schon: „Wie lange hält die Wirtschaft durch? Wie lösen wir den Konflikt zwischen Wohlstand und Gesundheit? Es ist eine ethische Unmöglichkeit, Wirtschaftswachstum gegen körperliche Unversehrtheit aufzurechnen. Unwirklich kann es einem aber auch vorkommen, wenn eine gesunde Wirtschaft ruiniert wird, um die Idealvorstellungen von Virologen und anderen Medizinern ins Werk zu setzen.“⁴⁹

⁴⁶ Karl Lauterbach im Streitgespräch mit Katja Suding in: *DER SPIEGEL* vom 4. April 2020, Seite 42 - 44, hier Seite 42. Professor Lauterbach ist Mediziner, Gesundheitswissenschaftler und Politiker und seit 2005 Mitglied des Deutschen Bundestages.

⁴⁷ Vgl. *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* vom 1. März 2020, Seite 17.

⁴⁸ Vgl. hierzu das interessante Streitgespräch zwischen Professor Alexander Kekulé und Professor Jens Südekum in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 28. März 2020, Seite 5. Kekulé ist Virologe und Direktor des Instituts für Medizinische Mikrobiologie am Universitätsklinikum Halle. Er fehlte in den letzten Wochen in kaum einer Talkshow im deutschen Fernsehen zum Thema Corona-Krise. Südekum lehrt internationale Volkswirtschaftslehre an der Universität Düsseldorf.

⁴⁹ *DER SPIEGEL* vom 28. März 2020, Seite 10. An anderer Stelle stellt das Magazin die Frage: „Ist es nun angemessen, bei so unsicherer Datenlage das öffentliche Leben vollständig herunterzufahren? Der Epidemiologe John Ioannidis von der Stanford University sieht in den rigorosen Maßnahmen ‚eine blinde Gegenwehr, wie sie eher für die Medizin des Mittelalters typisch ist.‘“ (Seite 20)



Quelle: *Handelsblatt* vom 30. Januar 2020, Seite 27

Das *Handelsblatt* titelt bereits „Der Wert des Lebens“ und fragt: „Ist die Strategie, das Sozial- und Wirtschaftsleben einzufrieren, wirklich alternativlos?“⁵⁰ Und *Christiane Hoffmann* analysiert: „Darf man den wirtschaftlichen Schaden des Lockdowns abwägen gegen die Menschenleben, die eine Ausbreitung des Coronavirus kosten würde? Ja, man darf. Man muss sogar.“⁵¹ Andere Autoren gehen inzwischen noch einen Schritt weiter. Stellvertretend für viele andere seien an dieser Stelle drei nachdenkliche Stimmen aufgeführt:

Alexander Dibelius wirft die Frage auf: „Ist es richtig, dass zehn Prozent der – wirklich bedrohten – Bevölkerung geschont, 90 Prozent samt der gesamten Volkswirtschaft aber extrem behindert werden, mit der unter Umständen dramatischen Konsequenz, dass die Basis unseres allgemeinen Wohlstands massiv und nachhaltig erodiert?“ Er sorgt sich: „Der nahezu diskussionslose und mit dem zusätzlichen moralischen Zeigefinger implementierte kollektive Shutdown der Wirtschaft und des Sozialwesens macht mir jedenfalls mehr Angst als die Virusinfektion.“⁵²

⁵⁰ *Handelsblatt* vom 25. März 2020, Seite 4. In dem Titelthema „Die neue Corona-Debatte“ auf den Seite 4 - 9 schreibt die Zeitung: „Es gilt abzuwägen zwischen dem Schutz der Gesundheit jedes Einzelnen und dem Schutz der Gesellschaft vor der schwersten Rezession seit Ende des Zweiten Weltkriegs.“ (Seite 4)

⁵¹ *DER SPIEGEL* vom 28. März 2020., Seite 6. Hoffmann schreibt in ihrem Leitartikel „Der Preis des Lebens“ klar und deutlich: „Es ist weder unmoralisch noch zynisch, zu benennen, was gegeneinander abgewogen werden muss.“

⁵² Beide Zitate stammen aus dem Interview „Eine teuflische Spirale“ mit dem *Handelsblatt* vom 24. März 2020 auf den Seiten 32 und 33, hier Seite 32. In dem Interview macht sich Dibelius auch Gedanken zu einem anderen Thema: „Jahrhundertlang haben wir auf allen Ebenen für unsere individuelle Freiheit gekämpft, für Gesetze und Menschenrechte. Und auf einmal wird vieles davon einfach so quasi über Nacht weggewischt.“ Dibelius war nach seinem Medizinstudium zunächst als Assistenzarzt in der Chirurgie tätig, bevor er dann als Unternehmensberater zu *McKinsey* und später zu *Goldman Sachs* wechselte, wo er viele Jahre Deutschlandchef war.

Mathias Döpfner schreibt in seiner beachtenswerten Veröffentlichung „Ich habe Zweifel“ vom 23. März 2020: „ich befürchte, dass die Folgen der Virusbekämpfung schlimmer sein könnten als die Folgen des Virus selbst (Rezession, Massenarbeitslosigkeit, Enteignungen, vielleicht Schlimmeres)“. Er warnt: „Längerfristig ist ein Stillstand gesellschaftlich, wirtschaftlich und politisch nicht zu verkraften. Die Fantasie, dass wir die Pausetaste drücken, bis das Virus verschwunden ist, ist naiv und gefährlich.“ Und er sorgt sich für den Fall eines längeren Stillstandes: „Wir hätten dann für etwas mehr Sicherheit und Gesundheit die Freiheit getauscht und die offene Gesellschaft zerstört.“⁵³

Wolfgang Reitzle sieht die „große Gefahr, dass bei der gigantischen Rettungsaktion alle Dämme brechen und alle Regeln beiseitegeschoben werden. Es steht uns der große Test für die Marktwirtschaft bevor.“ „Es darf aber nicht sein, dass diese Krise von politischen Kräften missbraucht wird, um nun die lange herbeigesehnten Maßnahmen zur Aushebelung der Marktwirtschaft umzusetzen und Europa zu einer Haftungsunion mit einer Ausrichtung hin zur Planwirtschaft auszubauen.“ Und weiter: „Was Deutschland anbetrifft, so braucht man keine große Fantasie, um sich vorzustellen, dass diese Krise genutzt werden wird, um eine neue Welle von Forderungen nach Umverteilungen einzuleiten.“ „Schon bevor die ersten Hilfgelder ausbezahlt werden, ist der Ruf nach höheren Steuern, Einmalabgaben oder einem zusätzlichen Soli zu vernehmen.“⁵⁴

Genau diese von Reitzle befürchteten „Einmalabgaben“ werden in der Öffentlichkeit und in den Medien bereits vehement gefordert. Wir kommen auf diese Thematik in Kapitel 4.5 (Einmalige Vermögensabgaben als Gegenmaßnahme?) noch detailliert zu sprechen.

Die Zugriffe des Staates auf das Eigentum seiner Bürger fürchten wir von *Schmitz & Cie.* viel mehr als die persönlichen Kontaktverbote oder die Quarantänemaßnahmen. Denn die werden nach dem Ende der Corona-Krise zurückgenommen werden. Die Maßnahmen, mit denen der Staat jetzt massiv in Wirtschaft, Privateigentum und damit in die Marktwirtschaft eingreift, aber möglicherweise nicht. Denn: **„Der Staat kommt meist, um zu bleiben“**, wie die Überschrift eines Gastkommentars in der *Neuen Zürcher Zeitung* lautet.⁵⁵ Der Autor führt aus: „Historisch kann gut beobachtet werden,

⁵³ Döpfner ist Vorstandsvorsitzender der *Axel Springer SE* und Präsident des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger. Der am 23. März 2020 veröffentlichte Text „Ich habe Zweifel“ war zunächst frei im Internet lesbar, bevor er einen Tag später hinter einer Bezahlschranke verschwunden ist. Er kann im Netz aber immer noch aufgerufen werden unter: <https://www.welt.de/debatte/kommentare/plus206754791/Corona-Krise-Ich-habe-Zweifel.html>. Interessant ist in dem Text von Döpfner auch ein Zitat von Professor *Hendrik Streeck*, Direktor des Instituts für Virologie und HIV-Forschung an der Medizinischen Fakultät der Universität Bonn: „Wäre uns das Virus nicht aufgefallen, hätte man vielleicht gesagt, wir haben dieses Jahr eine schwere Grippewelle.“

⁵⁴ Wolfgang Reitzle in seinem Gastkommentar im *Handelsblatt* vom 27. - 29. März 2020, Seite 64. Reitzle ist Vorsitzender des Aufsichtsrats der *Continental AG* und als langjähriger Vorstandsvorsitzender der *Linde AG* jetzt Vorsitzender des Board of Directors bei *Linde plc*.

⁵⁵ *Olivier Kessler* in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 27. März 2020, Seite 8. Der Autor bemerkt, „dass der Staat mit seinen Investitionen keinen zusätzlichen Wohlstand schaffen kann. Er muss dieses Geld ja zuvor jemandem wegnehmen, der es anderweitig verwendet und investiert hätte.“ Und er ruft *Ludwig von Mises* in Erinnerung, der politische Eingriffe als „Interventionsspirale“ bezeichnet hat. Diese führe eine Gesellschaft schrittweise in die Verstaatlichung, Zentralisierung und Knechtschaft. Kessler ist Ökonom und Vizedirektor des Liberalen Instituts in Zürich.

wie Staaten insbesondere in solchen Zeiten ihre Macht zulasten der Bürgersouveränität ausgebaut haben – etwa nach 9/11, als die staatlichen Überwachungsapparate massiv ausgebaut wurden“.

Rainer Zitelmann bringt die aktuelle Problematik auf den Punkt: „**Der Staat ist dort schwach, wo er stark sein sollte.** Zu diesen Kernaufgaben gehören die Gesundheitsvorsorge und funktionierende Krisenprogramme – beispielsweise für den Fall einer Pandemie.“ „**Zugleich ist der Staat dort stark, wo er schwach sein sollte,** also vor allem im Bereich der Wirtschaft, wo immer mehr reguliert und sozialisiert wurde.“⁵⁶

Die schon in der Vergangenheit immer wieder gestellte Frage, warum unsere politische Elite so häufig versagt, wird in der aktuellen Corona-Krise natürlich wiederholt aufgeworfen. *Markus Krall* hat dafür einen provokativen Erklärungsansatz, der dennoch wohl mehr als nur einen Funken Wahrheit enthält. Aus seiner Sicht „führt das Bezahlungssystem unserer Abgeordneten zu einer adversen Selektion und zur systematischen Ansammlung der Nicht-Befähigten in der Politik. Eine Person, die in ihrer Ausbildung und im Berufsleben am freien Markt gescheitert ist, findet nirgendwo auch nur annähernd vergleichbare Möglichkeiten, ein über dem Durchschnitt liegendes Einkommen zu erzielen wie in der Politik, wenn man einmal vom organisierten Verbrechen absieht.“⁵⁷ Ausnahmen bestätigen auch hier die Regel!

Wir von *Schmitz & Cie.* machen uns zunehmend Sorgen, dass die politischen Kräfte, die schon immer Sozialismus statt Freiheit und Planwirtschaft statt Marktwirtschaft wollten, nun massiv Oberwasser bekommen. Und wir fürchten, dass die Politiker, die am Anfang der Corona-Krise nur Ohnmacht demonstrieren konnten, jetzt ihre Allmacht ausspielen wollen. Mit Verstaatlichung von Unternehmen, Vergemeinschaftung von Schulden, Zensur von missliebigen Meinungen, Abschaffung des „unhygienischen“ Bargelds, Sammlung der Telekommunikationsdaten (Digital Tracking) usw. – alles natürlich nur zum Wohl der Bürger!

⁵⁶ Reiner Zitelmann in seinem Artikel „Staatsversagen im Zeichen von Corona“ in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 28. März 2020, Seite 29; Hervorhebungen durch *Schmitz & Partner*. Zitelmann ist Historiker und Soziologe. In seinem letzten Buch (Kapitalismus ist nicht das Problem, sondern die Lösung, 3. Auflage, FinanzBuch Verlag, München 2019) schreibt er auf Seite 234: „Aus Sicht der meisten Politiker gibt es keine Grenze für den Ausbau des Wohlfahrtsstaates, denn jedes einmal erreichte Niveau wird schon bald als unzureichend empfunden. Politiker entdecken stets neue ‚Ungerechtigkeiten‘ (= Ungleichheiten), die durch Umverteilung oder höhere Schuldenaufnahme korrigiert werden müssten.“

⁵⁷ *Markus Krall*: Die bürgerliche Revolution. Wie wir unsere Freiheit und unsere Werte erhalten, 2. Auflage, Langen Müller Verlag, Stuttgart 2020, Seite 225. Der Autor führt an anderer Stelle aus. „Die Fixeinkommen der Abgeordneten in Höhe vom Zwei- bis Dreifachen des Durchschnittseinkommens der Bürger machen es für Bezieher unterdurchschnittlicher Einkommen attraktiver, in die Politik zu gehen, als für Bezieher höherer Einkommen. Da aber Einkommen und Intelligenz positiv korreliert sind, führt dies zu einer Negativauswahl. Die intellektuelle Elite dieser Republik geht nicht in die Politik, und es gilt der Satz von Franz Josef Strauß: ‚Man muss sich die Gestalten nur anschauen.‘“ (Seite 32)



Quelle: *Handelsblatt* vom 3. - 5. April 2020, Seite 15

Sitzen wir bald alle wie die verzweifelte Maus in der Falle, wie sie *Franz Kafka* in seiner Parabel aus dem Jahr 1920 beschreibt? „Ach“, sagte die Maus, „die Welt wird enger mit jedem Tag. Zuerst war sie so breit, dass ich Angst hatte, ich lief weiter und war glücklich, dass ich endlich rechts und links in der Ferne Mauern sah, aber diese langen Mauern eilen so schnell aufeinander zu, dass ich schon im letzten Zimmer bin, und dort im Winkel steht die Falle, in die ich laufe.“ – „Du musst nur die Laufrichtung ändern“, sagte die Katze und fraß sie.

4.2 Corona-Krise (2. Welle im Herbst 2020)

Nach einer relativen Ruhephase im Sommer kam im Herbst die befürchtete und viel beschworene zweite Welle des Coronavirus. In Deutschland, in der Schweiz und in anderen europäischen Ländern „ist der Ausnahmezustand zurück – und mit ihm eine allgemeine und umfassende Verwirrung.“⁵⁸ Lockdown, Ausgangsbeschränkungen, wirt-

⁵⁸ *Neue Zürcher Zeitung* vom 9. Oktober 2020, Seite 19. In dem Artikel „Wird Deutschland aus Erfahrung dumm?“ wird der „unausgegrenzte Aktivismus“ beklagt und die Frage aufgeworfen: „Hat denn unser Staat in den vergangenen Monaten gar nichts dazugelernt?“

Zu einer ähnlich kritischen Einschätzung gelangt das *Handelsblatt* vom 16. Dezember 2020 auf Seite 16 in dem Artikel „Das Corona-Versagen“. Hier werden den Politikern von Bund und Ländern Versäumnisse vorgeworfen, einen Schutz für die wirklichen Risikogruppen der Gesellschaft zu entwickeln. Denn „fast 90 Prozent der nahezu 23.000 Menschen, die bislang in Deutschland an oder mit dem Coronavirus gestorben sind, waren 70 Jahre oder älter.“ Damit haben die Politiker „die Möglichkeit verspielt, ... mehr Alltag und weniger Lockdown zu ermöglichen.“



schaftlicher Stillstand in vielen Bereichen – das „**Corona-Panikorchester**“⁵⁹ spielt wieder auf. Und das von der erneuten Angstmacherei der Medien genervte *Handelsblatt* fragt provokativ: „Was wäre, wenn Teile der Regierung, der ‚Experten‘ aller Art, aber auch mancher Medien in eine Art **freiwillige Corona-Schweigeklausur** gingen? Sagen wir: zwei Wochen? Um die akute Welle der Hysterie, Panikmache und Untergangs-Menetekel zu brechen“.⁶⁰ Eine wunderbare Idee, wie der Verfasser dieser Zeilen findet.

Es fehlt aus der Sicht von *Schmitz & Cie.* einfach die Verhältnismäßigkeit der von den Politikern verordneten Zwangsmaßnahmen zum Schutz der Gesundheit in Relation zum dadurch angerichteten Schaden. Ohne zynisch sein zu wollen, zitieren wir Gedanken aus der *Neuen Zürcher Zeitung*, die in deutschen Medien so wohl nicht veröffentlicht worden wären: „In Deutschland sind mehr über 100-Jährige an Corona gestorben als unter 40-Jährige. Zwei Drittel der rund 14 000 Corona-Opfer waren älter als 80 Jahre.“

Und auch die in Deutschland viel kritisierte, aber dadurch nicht falsche Aussage von *Boris Palmer*, dem grünen Oberbürgermeister von Tübingen, wird in Schweizer Medien objektiv und neutral beurteilt, als er sagte, „wir retteten in der Corona-Krise womöglich Menschen, ‚die in einem halben Jahr sowieso tot wären‘.“⁶¹ Bereits vor einiger Zeit hatte Bundestagspräsident *Wolfgang Schäuble* die Verhältnismäßigkeit der ergriffenen Maßnahmen der Politik angesichts der massiven Kollateralschäden in Wirtschaft und Gesellschaft mit den Worten kritisiert: „Wenn ich höre, alles andere habe vor dem Schutz von Leben zurückzutreten, dann muss ich sagen: Das ist in dieser Absolutheit nicht richtig.“⁶²

⁵⁹ *Süddeutsche Zeitung* vom 26. Oktober 2020. Der lesenswerte Beitrag von *Stephan Ruß-Mohl* klagt die Medien „mit ihrem grotesken Übersoll an Berichterstattung“ an und zitiert das *Institut für Medienforschung* in Köln, das festgestellt hat, dass sich der Anteil der Corona-News in den Hauptnachrichten von ARD und ZDF in einigen Monaten zwischen 60 und 75 Prozent bewegte. In der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 11. Januar 2021 auf Seite 28 („Das Corona-Panikorchester in der Endlosschleife“) legt derselbe Autor noch einmal nach: „Hätten einige Medien schon vor Jahren mit ihren kühnen Bedrohungsszenarien recht behalten, gäbe es indes gar kein Infektionsrisiko mehr: Die Schweizer und die Deutschen wären dann nämlich bereits wegen Rinderwahn oder spätestens Sars ausgestorben.“ Ruß-Mohl war von 2002 bis 2018 Professor für Journalismus und Medienmanagement an der Università della Svizzera italiana in Lugano (Schweiz).

⁶⁰ *Handelsblatt* vom 29. Oktober 2020, Seite 14, Hervorhebung durch *Schmitz & Partner*. In dem Artikel „Wahnsinn Lockdown“ schreibt der stellvertretenden Chefredakteur der Zeitung, *Thomas Tuma*: „Hilfreich wäre es zum Beispiel, wenn der SPD-„Gesundheitsexperte“ Karl Lauterbach und andere apokalyptische Reiter sich selbst mal ein bisschen Talkshow-Abstinenz verordnen würden.“

⁶¹ Beide Zitate stammen aus dem Artikel „Den Tod kann uns niemand ersparen“ in der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 30. November 2020 auf Seite 19. In dem zum Nachdenken anregenden Aufsatz wird das Coronavirus in einen größeren Zusammenhang mit dem Tod gebracht: „... dann ist auch der Umgang mit der Corona-Pandemie ein Zeichen für die Unfähigkeit der modernen Gesellschaft, den Gedanken an den eigenen Tod auszuhalten. Der Tod ist für uns eine derartige Zumutung, dass wir heute um jeden Preis verhindern wollen, dass auch nur irgendjemand an Corona stirbt, wenn wir schon das Sterben an sich nicht verhindern können.“

⁶² *Neue Zürcher Zeitung* vom 30. November 2020, Seite 19. Schäuble erneuerte seine Aussage kurze Zeit später: „Wir können nicht um jeden Preis jedes Leben schützen, und alles andere muss dahinter zurücktreten.“ Siehe hierzu: ntv online vom 1. Januar 2021, 09:32 Uhr, <https://www.n-tv.de/politik/Schaeuble-Nicht-jedes-Leben-um-jeden-Preis-article22264850.html>.

Yuval Noah Harari, der Autor des Weltbestsellers „Homo Deus“, sorgt sich: „Wenn wir nicht die richtige Wahl treffen, werden wir unsere wertvollsten Freiheiten weggeben und denken, dies sei der einzige Weg, unsere Gesundheit zu schützen.“⁶³

Professor *Thomas Straubhaar* meint dazu: „Das größte Risiko für uns ist derzeit, dass wir nicht mehr bereit sind, gewisse unvermeidliche Lebensrisiken in Kauf zu nehmen. Wir sollten nicht außer Acht lassen, dass manche Corona-Maßnahmen vielleicht aktuell Leben retten, aber später oder andernorts viel mehr Opfer verursachen, als wir uns gegenwärtig vorstellen können.“⁶⁴

Daniel Stelter geht noch einen Schritt weiter und schreibt: „Deshalb steht nicht nur die Frage nach der Verhältnismäßigkeit irgendwann im Raum, sondern eine gesellschaftliche Auseinandersetzung mit der Frage, was uns ein Menschenleben wert ist.“⁶⁵ Zwar sei es grausam und höchst problematisch, ein Menschenleben finanziell zu bewerten, und doch sei eine Auseinandersetzung mit dieser Frage unumgänglich. Denn sonst komme es zu unverantwortbaren Kollateralschäden: „Ab einem bestimmten Punkt fordern die wirtschaftlichen Konsequenzen einen sehr realen Tribut: Firmen gehen pleite, Mitarbeiter verlieren ihre Jobs, Selbstständige stehen vor dem Ruin ihrer Existenz. Die Folgen all dessen sind jetzt schon spürbar: Zunahme häuslicher Gewalt, Anstieg der Selbstmordrate, Familien in Not, Kinderarmut.“⁶⁶

„Spätestens im Rückblick muss es jedoch jedem denkenden Menschen klar sein: **Der Schaden war ungeheuer größer als der Nutzen.** Wir schossen mit Kanonen auf Spatzen, die unbeeindruckt einfach weiterfliegen, gleichzeitig zertrümmerten wir über Monate die Säulen unseres Gesundheitssystems, unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaft – mit gravierenden Langzeitfolgen.“⁶⁷ Diese wichtige Erkenntnis wird sich nicht nur in der Rückschau bewahrheiten. Auch in der aktuellen Lockdown-Situation, in der „hilflos mit dem Holzhammer“⁶⁸ vorgegangen wird, könnte man schon – wenn die Politiker es denn wollten – anders handeln. Denn wissenschaftliche Studien und Erfahrungen in anderen Ländern geben starke Hinweise, dass die Kosten immer rigorosere Maßnahmen zunehmen, ihr zusätzlicher Nutzen jedoch abnimmt.⁶⁹

⁶³ Harari ist israelischer Historiker und lehrt seit 2005 an der Hebräischen Universität Jerusalem. Wer sich von knapp 600 Seiten nicht abschrecken lässt, dem sei sein hochinteressantes Buch mit dem Titel „Homo Deus. Eine Geschichte von Morgen“, C. H. Beck Verlag, München 2017 empfohlen.

⁶⁴ Thomas Straubhaar im Interview mit dem *Handelsblatt* vom 13. Januar 2021 auf den Seiten 10 - 11, hier Seite 10. Der Schweizer Ökonom ist seit 1999 Professor für Internationale Wirtschaftsbeziehungen an der Universität Hamburg.

⁶⁵ *Daniel Stelter*: *Coronomics*. Nach dem Corona-Schock: Neustart aus der Krise, Campus Verlag, Frankfurt am Main 2020, Seite 68.

⁶⁶ *Daniel Stelter*: *Coronomics*. Nach dem Corona-Schock: Neustart aus der Krise, Campus Verlag, Frankfurt am Main 2020, Seite 70.

⁶⁷ *Karina Reiß* und *Sucharit Bhakdi*: *Corona Fehllarm? Daten, Fakten, Hintergründe*, 4. Auflage, Goldegg Verlag, Berlin 2020, Seite 102. Hervorhebung durch *Schmitz & Cie*. Professor Reiß lehrt an der Christian Albrechts-Universität zu Kiel, Bhakdi war bis zu seinem Ruhestand Professor an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.

⁶⁸ *Neue Zürcher Zeitung* vom 14. Januar 2021, Seite 19.

⁶⁹ Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 14. Januar 2021, Seite 19. Der Artikel beklagt sich über die „hilflose Politik, die wenig Rücksicht nimmt auf die enormen Kollateralschäden.“

Wir sollten die aktuelle Corona-Pandemie auch unter historischen Gesichtspunkten richtig einordnen. Man könnte sich zum Beispiel daran erinnern, „dass die Aids-Pandemie mehr als 30 Millionen Menschen das Leben gekostet hat. Das ist viel schlimmer, als Corona jemals sein wird. Das Covid-19-Virus wird es nicht unter die 20 schlimmsten Pandemien schaffen, die es je gegeben hat.“⁷⁰

Und wir sollten nicht den Maßstab verlieren, welche Größenordnungen auch andere Krankheiten haben. So hat zum Beispiel der Virologe Professor *Jonas Schmidt-Chanasit* darauf hingewiesen, dass in Deutschland jedes Jahr allein 40 000 Menschen „an außerhalb des Krankenhauses erworbenen Lungenentzündungen“ sterben, fast doppelt so viel, wie bisher an oder mit Corona gestorben sind. Seiner Meinung nach müsse man „das Coronavirus im richtigen Verhältnis zu anderen Krankheiten sehen.“⁷¹

Stattdessen werden unter dem Vorwand der Corona-Pandemie die Grundrechte der Bürger immer weiter eingeschränkt. Konnte man sich in den vergangenen Wochen und Monaten noch auf die Gerichte verlassen, die viele Maßnahmen der Politiker als „unverhältnismäßig“ eingestuft haben und damit als „nicht rechtsgültig“ verurteilt haben, ist dies nach der jüngsten Verabschiedung des „Dritten Gesetzes zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite“ und hier insbesondere des „Infektionsschutzgesetzes“ nicht mehr möglich. Alle politischen Maßnahmen – und seien sie ein noch so starker Eingriff in die Rechte der Bürger – werden demnach legalisiert.⁷²

Es gibt nur wenige Personen, die sich das Coronavirus eingefangen haben, aber offensichtlich viele Bürger, die vom „Autoritäts-Virus“ befallen sind. Die bereitwillige Selbstentmündigung des Souveräns lässt den Schreiber dieser Zeilen erstaunen und erschrecken. Und so wird sich der Bürger wohl weiterhin von den Politikern bevormunden und schikanieren lassen und nur vereinzelt seinem Frust Ausdruck verleihen:

⁷⁰ Niall Ferguson im Interview mit dem *Handelsblatt* vom 17. Dezember 2020 auf den Seiten 14 - 15, hier Seite 15. Ferguson ist britischer Historiker.

⁷¹ Beide Zitate sind dem Artikel „Wahnsinn Lockdown“ aus dem *Handelsblatt* vom 29. Oktober 2020 auf Seite 14 entnommen.

⁷² Vgl. hierzu den kritischen Artikel „Legalisierte Ausnahme“ im *Handelsblatt* vom 5. November 2020 auf Seite 17. Bundestag und Bundesrat haben am 18. November 2020 diesem Gesetz zugestimmt: „Der Bundesrat hat in seiner 996. Sitzung am 18. November 2020 beschlossen, dem vom Deutschen Bundestag am 18. November 2020 verabschiedeten Gesetz gemäß Artikel 80 Absatz 2 und Artikel 84 Absatz 1 Satz 5 und 6 des Grundgesetzes zuzustimmen.“

Dass in einigen Publikationen in diesem Zusammenhang der Begriff „Ermächtigungsgesetz“ auftaucht, ist angesichts des inhaltlichen Unterschiedes zum historischen Vorbild vom 24. März 1933 natürlich falsch. Denn das damalige Ermächtigungsgesetz, offiziell das Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich, war ein vom Deutschen Reichstag beschlossenes Ermächtigungsgesetz, mit dem die gesetzgebende Gewalt faktisch vollständig an Adolf Hitler überging. Aber die übermäßige Häufung im aktuellen Gesetz von Begriffen wie „Ermächtigungsgrundlage“, „Ermächtigung“ oder „wird ermächtigt“ macht deutlich, wie es zu diesem nicht korrekten Vergleich kommen kann.



Quelle: *Handelsblatt* vom 6. Januar 2021, Seite 14

Die *Neue Zürcher Zeitung* traut sich, auf diese aus ihrer Sicht gefährliche Entwicklung hinzuweisen: „Im Kampf gegen die Pandemie wurden zugunsten des Gemeinwohls bürgerliche Freiheiten jedes Einzelnen außer Kraft gesetzt. **Nun kommt es darauf an, den Staat wieder in Ketten zu legen.**“⁷³ Denn sonst besteht die Gefahr, dass sich immer mehr Bürger von ihrem Staat distanzieren:



Quelle: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 5. Dezember 2020, Seite 1

⁷³ *Neue Zürcher Zeitung* vom 24. November 2020, Seite 17. Hervorhebung durch Schmitz & Cie. In dem sehr lesenswerten Artikel „Den Corona-Superstaat zurückbinden“ mahnt der Autor *Helmut Stalder* an, dass man „die verschobenen Verhältnisse von Staatsmacht und Bürgerfreiheit, von kollektiver Verantwortung und Eigenverantwortung wieder zurechtrücken“ sollte.

4.3 Sprunghaft steigende Staatsverschuldung als Folge

Der **ökonomische Schaden**, den die Politiker mit dem von ihnen verordneten Stillstand der Wirtschaft verursacht haben, geht allein in Deutschland in den Bereich **von mehreren hundert Milliarden Euro**.⁷⁴ Mit der auf den ersten Blick sinnvoll erscheinenden Absicht, die durch den Stillstand hervorgerufenen wirtschaftlichen Schäden durch öffentliche Gelder teilweise auszugleichen, sind in kürzester Zeit riesige Staatsschulden angehäuft worden.

Professor *Clemens Fuest* gibt zu bedenken: „In der Krise erscheint der Staat vielen als allmächtige Institution, die wirtschaftliche Probleme jeder Art ausgleichen kann.“ „Dabei wird leicht übersehen, dass der Staat nur verteilen kann, was Unternehmen und ihre Beschäftigten erwirtschaftet haben.“⁷⁵ Und *Markus Krall* ergänzt pointiert: „Die Bürokratie erzeugt keinen Wohlstand, sie verbraucht ihn.“⁷⁶

„Der Staat lässt sich zwar für die milliardenschweren Rettungspakete feiern, doch es ist kein Geld des Staates, sondern das des Steuerzahlers, das zurzeit mit beiden Händen verteilt wird. Dieser wird am Ende die Zeche mit einer höheren Steuer- und Abgabenlast natürlich wieder auf sich nehmen müssen.“⁷⁷

Immer wenn die Politiker sagen: „Wir stellen schnelle und unbürokratische Hilfe zur Verfügung“, dann sollten bei den Bürgern alle Warnlampen angehen. Denn dieses Geld wächst ja nicht auf Bäumen, sondern es muss jemand anderem weggenommen werden – wenn nicht über Steuern, dann vielleicht über Lastenausgleichsabgaben (siehe hierzu auch Kapitel 4.5: Einmalige Vermögensabgaben als Gegenmaßnahme?).

Und selbst wenn das Geld aus der Druckerpresse kommt, wird es auch dann jemand anderem weggenommen, denn der Geldüberhang durch das neu entstandene Geld bedingt ja irgendwann ein höheres Preisniveau, was wiederum zu Verlusten bei den Eigentümern der schon im Umlauf befindlichen Geldmenge führt. „Diese Verluste sind genauso groß wie die Kaufkraft des neu gedruckten Geldes. Wäre das nicht der Fall, dann könnte eine Gesellschaft ihren Lebensstandard ja ganz einfach vergrößern, indem sie mehr Geld druckt. Eigentlich bräuchten wir dann auch nicht mehr zu arbeiten. Es reichte ja, wenn wir wie jetzt in der Corona-Krise die nicht mehr erwirtschafteten Einkommen aus den Notenpressen zur Verfügung stellen.“⁷⁸

⁷⁴ Mehr als 212 Milliarden Euro hat die deutsche Volkswirtschaft bisher durch die Folgen der Corona-Pandemie an Wohlstand eingebüßt. Am Ende der Krise werden es rund 391 Milliarden Euro sein, das ergaben exklusive Berechnungen des *Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung* (DIW) für die *WELT AM SONNTAG* vom 27. Dezember 2020.

⁷⁵ Die beiden Zitate stammen aus dem Buch von *Clemens Fuest*: *Wie wir unsere Wirtschaft retten. Der Weg aus der Coronakrise*, Aufbau Verlag, Berlin 2020, Seite 244.

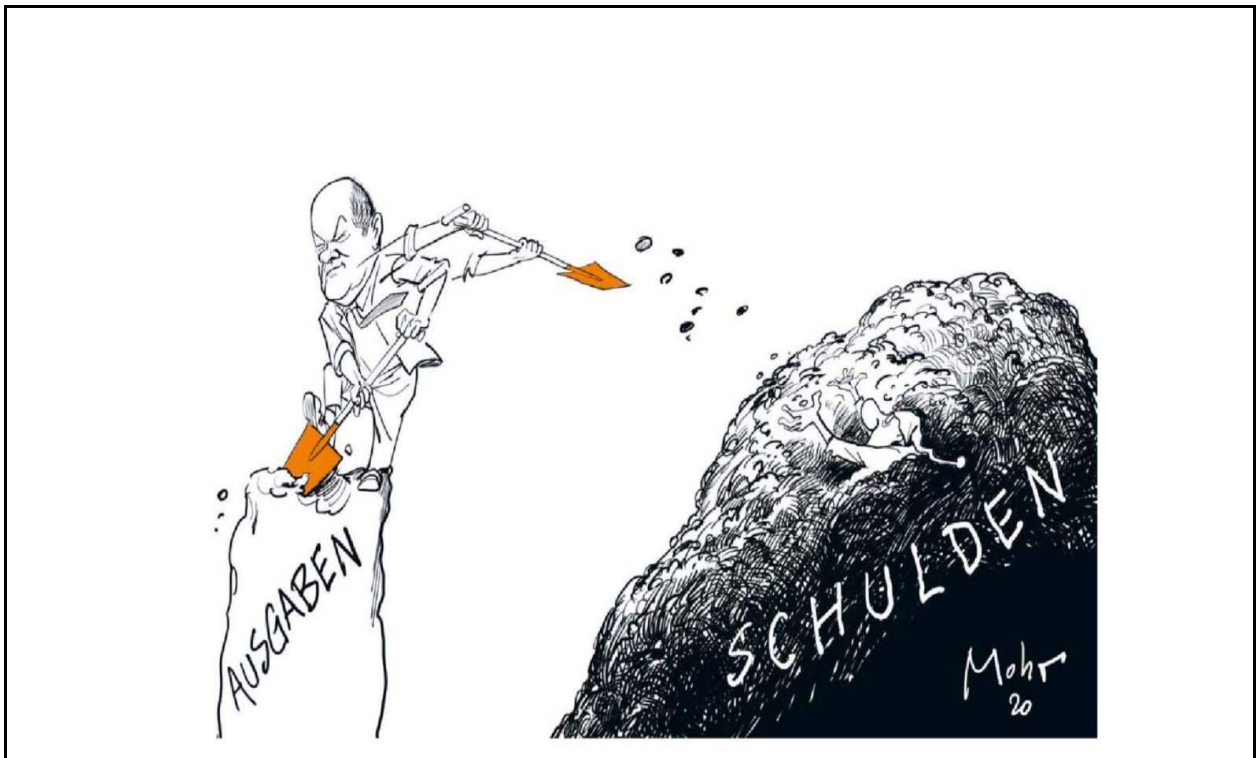
⁷⁶ *Markus Krall*: *Die bürgerliche Revolution. Wie wir unsere Freiheit und unsere Werte erhalten*, 2. Auflage, Langen Müller Verlag, Stuttgart 2020, Seite 131.

⁷⁷ *Stefan Schubert*: *Vorsicht Diktatur! Wie im Schatten von Corona-Krise, Klimahysterie, EU und Hate Speech ein totalitärer Staat aufgebaut wird*, Kopp Verlag, Rottenburg August 2020, Seite 94.

⁷⁸ *Hans-Werner Sinn*: *Der Corona-Schock. Wie die Wirtschaft überlebt*, Herder Verlag, Freiburg im Breisgau 2020, Seite 145 - 146.



Wegen der gigantischen Ausgabenprogramme der Politiker konnte man in den letzten Wochen Schlagzeilen lesen wie zum Beispiel: „Kommt jetzt der Schulden-Tsunami?“⁷⁹, „Die Schulden-Falle“⁸⁰, „Die Schulden-Pandemie“⁸¹ oder „Die Weltwirtschaft versinkt in einem Meer von Schulden“⁸². Allein in Deutschland steigen die Staatsschulden aktuell um 6.855 Euro – pro Sekunde!⁸³



Quelle: *Handelsblatt* vom 8. Oktober 2020, Seite 16

Professor *Clemens Fuest* schreibt dazu: „**Die Coronakrise** wird irgendwann überwunden sein, aber sie wird vieles verändern. Sie **wird einen Berg an öffentlichen und privaten Schulden hinterlassen und viel Vermögen zerstören.**“⁸⁴

Nach den Berechnungen des *Internationalen Währungsfonds* (IWF) werden die Staatsschulden im Jahr 2020 im weltweiten Durchschnitt die Schwelle von 100 Prozent am

⁷⁹ *WirtschaftsWoche* vom 23. Oktober 2020, Seite 36.

⁸⁰ *Handelsblatt* vom 6. - 8. November 2020, Seite 1. Die vollständige Titelzeile lautet: „Die Schulden-Falle – Wie die Corona-Pandemie die Staatsfinanzen ruiniert“.

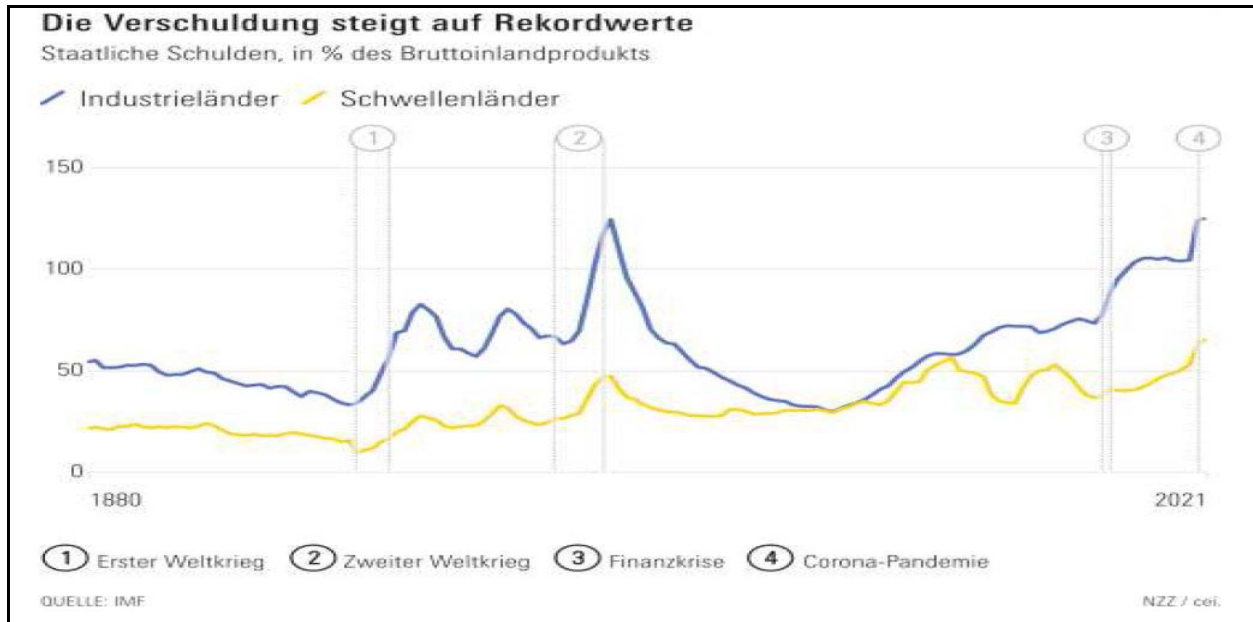
⁸¹ *Handelsblatt* vom 6. - 8. November 2020, Seite 46. Der Artikel auf den Seiten 46 - 53 warnt: „Die Coronakrise lässt weltweit die Haushalte aus dem Ruder laufen, nicht einmal nach dem Zweiten Weltkrieg waren die Staatsschulden so hoch wie heute.“ (Seite 46)

⁸² *Degussa Marktreport* vom 14. Januar 2021, Seite 1.

⁸³ Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 8. Januar 2021, Seite 18. Die Zahlenangaben stammen vom Bund der Steuerzahler.

⁸⁴ *Clemens Fuest*: Wie wir unsere Wirtschaft retten. Der Weg aus der Coronakrise, Aufbau Verlag, Berlin 2020, Seite 30. Hervorhebung durch *Schmitz & Cie.* Und der *Degussa Marktreport* vom 9. April 2020 sieht auf Seite 14 noch größere Gefahren: „Der Lockdown stößt die Volkswirtschaft nicht nur noch tiefer in die Schuldknechtschaft, er ist ein Wachstumselixier für den ‚tiefen Staat‘ (‚Deep State‘).“

Bruttoinlandsprodukt (BIP) übersteigen. So hoch waren die Schuldenberge noch nie – nicht einmal zum Ende des Zweiten Weltkrieges:



Quelle: *Neue Zürcher Zeitung* vom 15. Oktober 2020, Seite 21

Die *Neue Zürcher Zeitung* schreibt treffend: „Die Folgen des Schuldenanstieges für die Zukunft werden definitiv unterschätzt. Anders kann man sich die Leichtsinnigkeit und Kurzsichtigkeit beim Verhängen von politischen Maßnahmen kaum erklären.“⁸⁵

In einigen Ländern ist die Verschuldungssituation inzwischen dramatisch, so zum Beispiel in Italien. Zwar ist der Schuldenstand in diesem Land längst chronisch, doch durch Corona erreichte er nochmals eine neue Dimension. Betrug die Staatsverschuldung vor der Krise noch 135 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt, werden es wohl anschließend 162 Prozent sein. Das ist in etwa der Schuldenstand, bei dem Griechenland in der Staatsschulden- und Eurokrise im Jahr 2008 in die Zahlungsunfähigkeit rutschte!⁸⁶ Professor *Hans-Werner Sinn* formuliert es klar und deutlich: „Ein Staatskonkurs von Italien steht vor der Tür.“⁸⁷

Als eine der Gegenmaßnahmen erhöhte die *Europäische Zentralbank* (EZB) in der ersten Dezemberhälfte ihr Krisenprogramm um weitere 500 Milliarden Euro auf den „außergewöhnlich hohen Betrag“⁸⁸ von 1,85 Billionen Euro. Zusammen mit dem Wiederaufbaufonds sind das wahrhaftig gigantische Summen für eine „europäische Solidarität“.

⁸⁵ *Neue Zürcher Zeitung* vom 7. Januar 2021, Seite 25. In dem Artikel „Sparern droht die schleichende Enteignung“ wird in diesem Zusammenhang der bereits 2012 gestorbene deutsche Ökonom *Roland Baader* mit den treffenden Worten zitiert: „Wir werden nachhungern müssen, was wir vorausgefressen haben.“

⁸⁶ Vgl. *Handelsblatt* vom 6. - 8. November 2020, Seite 48.

⁸⁷ *Hans-Werner Sinn*: Der Corona-Schock. Wie die Wirtschaft überlebt, Herder Verlag, Freiburg im Breisgau 2020, Seite 193.

⁸⁸ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 11. Dezember 2020, Seite 15. An anderer Stelle schreibt die Zeitung von einer „spektakulären Aufstockung“.

Professor *Clemens Fuest* warnt eindrücklich vor den Folgen der europäischen Solidarität: „Dieser Plan ist vergleichbar mit der Idee, im privaten Bereich in einer Gruppe von Freunden, von denen einige finanzielle Probleme haben, die Schulden zu vergemeinschaften, die Bankkonten zusammenzulegen und jedem Gruppenmitglied eine Kreditkarte auszuhändigen, das verspricht, nicht zu viel Geld von dem gemeinsamen Konto auszugeben. Das ist ein Konzept für ein finanzielles Desaster und die Zerstörung der Freundschaft.“⁸⁹

Das Problem ist auch: Jeder Vertreter der europäischen Staaten versteht etwas anderes unter „europäischer Solidarität“.⁹⁰ Wenn der französische Staatspräsident *Emanuel Macron* über „europäische Solidarität“ spricht, meint er damit die Einrichtung europäischer Gemeinschaftstöpfe, obwohl sein Land schon daran scheitert, für kleine Kooperationen die dafür notwendigen Beiträge aufzubringen. Wenn die italienische Regierung von „europäischer Solidarität“ redet, heißt das für sie, gerne das Geld „von denen aus Brüssel“ mit ausgestreckter Hand entgegenzunehmen – aber bitte ohne jegliche Einmischung, wofür man es ausgibt. Und wenn der Präsident des Europäischen Parlaments *David Sassoli* über „europäische Solidarität“ redet, meint er damit einen Schuldenschnitt für Europa. Ein Schuldenerlass sei doch eine interessante Arbeitshypothese, ließ er Mitte November ernsthaft verlauten.

Dieser Vorschlag von Sassoli wäre natürlich eine Möglichkeit, den gigantischen Schuldenberg zum Verschwinden zu bringen, oder ihn mindestens deutlich kleiner werden zu lassen.⁹¹ Das Problem ist nur: die Schulden des Staates sind das Vermögen der Bürger. Und wenn sich der Staat seiner Verbindlichkeiten mit einem Schuldenschnitt entledigen will, greift er logischerweise auf das Vermögen seiner Bürger zu. Es ist wie bei der Bilanz eines Unternehmens, Aktivseite und Passivseite werden in gleicher Höhe reduziert (Bilanzverkürzung). Der Staat hat weniger Schulden, der Bürger weniger Vermögen.

4.4 Inflation als Konsequenz?

Wir von *Schmitz & Cie.* halten diese Alternative der Schuldenbewältigung für nicht sehr wahrscheinlich. Stattdessen scheinen uns zwei andere Varianten mit einer höheren Eintrittswahrscheinlichkeit ausgestattet zu sein: **deutlich höhere Inflationsraten** in der Zukunft (das wäre für den Staat die langwierigere und für die Bürger weniger kritische Alternative) oder eine **Lastenausgleichsabgabe** (diese Variante wirkt deutlich schneller zugunsten des Staates, ist aber extrem schmerzhaft für die Bürger, insbesondere für Immobilieneigentümer).

⁸⁹ *Clemens Fuest*: Wie wir unsere Wirtschaft retten. Der Weg aus der Coronakrise, Aufbau Verlag, Berlin 2020, Seite 183 - 184.

⁹⁰ Vgl. zu den folgenden Ausführungen *Handelsblatt* vom 26. November 2020, Seite 12.

⁹¹ Aber „Schuldenerlasse ... verschaffen oft nur temporäre Erleichterung und erhöhen den Anreiz, dauerhaft weit über die eigenen Verhältnisse zu leben.“ *Flossbach von Storch*, Kapitalmarktbericht 2020, 6. Januar 2021, Seite 14.

Betrachten wir zuerst die Möglichkeit kräftig anziehender Inflationsraten in absehbarer Zeit. Was ist überhaupt Inflation und wie entsteht sie? Das lateinische Wort „inflare“ bedeutet aufblähen, aufblasen. Inflation heißt also nicht, wie man im Volksmund häufig sagt, steigende Preise. Das ist erst ihre Wirkung. Die Ursache von Inflation „ist immer und überall“⁹² eine steigende Geldmenge. Wenn die Geldmenge „aufgeblasen“ wird, steigen als Wirkung mittel- und langfristig auch die Preise. Wie hat sich in letzter Zeit also die Geldmenge entwickelt?

Seit 2015 stieg die Zentralbankgeldmenge im Euroraum um mehr als 260 Prozent, während das Bruttoinlandsprodukt in derselben Zeit lediglich um rund zehn Prozent wuchs.⁹³ Und geht man bis zur Lehman-Krise im Jahr 2008 zurück, sehen die Wachstumsraten der Geldmenge noch dramatischer aus. In diesem Zeitraum ist die Zentralbankgeldmenge von 900 Milliarden Euro auf fast 6 000 Milliarden Euro nahezu explodiert.⁹⁴ Aber auch auf kürzere Sicht steigen die Geldmengenaggregate massiv an. Im abgelaufenen Jahr 2020 hat die Europäische Zentralbank die bereits hohe Geldmenge M 0 von Januar bis November um 1,4 Billionen Euro auf 4,6 Billionen Euro aufgebläht.⁹⁵

Gabor Steingart fasst dieses Politikerversagen sehr schön zusammen: „Die Parteien der Sozialen Marktwirtschaft haben Ludwig Erhard beerdigt und **fluten die Volkswirtschaften mit Geld, das sie nicht besitzen**. Im Zuge der Coronakrise haben die Konservativen Maß und Mitte verloren. Sie lichteten alle Stabilitätsanker, den Maastricht-Vertrag und die Schuldenbremse, um dem Land eine Wohlstandsillusion zu kaufen.“⁹⁶

Die ersten Schlagzeilen lauten bereits: „Die Inflation ist nicht tot“⁹⁷, „Droht eine Hyperinflation der Vermögenspreise?“⁹⁸, „Das betrügerische, das gefährliche Spiel mit der

⁹² „Inflation ist immer und überall ein monetäres Problem“. Dieses Zitat stammt von Professoor *Milton Friedman* (1912 - 2006). Friedman war amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler und gilt als einer der einflussreichsten Ökonomen des 20. Jahrhunderts. Friedman wird als führender Vertreter des Monetarismus angesehen. Er vertrat vor allem die These, dass der Prozentsatz der Geldmengenänderung sich an der langfristigen Wachstumsrate des realen Sozialproduktes orientieren müsse, um ein Höchstmaß an Geldwertstabilität und Wirtschaftswachstum zu erreichen. Oder anders formuliert: Geldmenge und Bruttoinlandsprodukt dürfen nur in ungefähr gleichem Maße steigen.

⁹³ Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 22. Dezember 2020, Seite 16.

⁹⁴ Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 10. Dezember 2020, Seite 29.

⁹⁵ Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 3. Dezember 2020, Seite 25.

⁹⁶ *Gabor Steingart*: Die unbequeme Wahrheit. Rede zur Lage unserer Nation, Penguin Verlag, München 2020, Seite 83 - 84. Hervorhebung im Zitat durch *Schmitz & Partner*.

⁹⁷ *DER SPIEGEL* vom 5. September 2020, Seite 72. *David Marsh*, Finanzexperte und langjähriger Europa-Korrespondent der *Financial Times*, warnt in seinem Interview mit dem Nachrichtenmagazin auf den Seiten 72 und 73 vor einem Missbrauch der Notenbanken und vor steigenden Preisen: „Weil die Inflation eben nicht tot ist, sondern wieder zu einem Risiko werden kann, einer echten Gefahr angesichts der schuldenfinanzierten Staatsausgaben im Kampf gegen die Pandemie. Steigende Teuerungsraten müssten die Notenbanken eigentlich bekämpfen. Doch von diesem Kampf verabschieden sie sich.“

⁹⁸ *Neue Zürcher Zeitung* vom 7. September 2020, Seite 19.



Inflation“⁹⁹, „Bis zu 3 Prozent Inflation im nächsten Jahr“¹⁰⁰ oder auch „Warum die Inflationsgefahr noch lange nicht gebannt ist“¹⁰¹. Professor *Clemens Fuest* stellt in seinem neuesten Buch die berechtigte Frage: „Wird das Problem des Schuldenüberhangs nach der Krise durch Inflation aus der Welt geschafft?“¹⁰² Weitere Überschriften in der Presse lauten: „Die selbst gemachte Geldentwertung“¹⁰³, „Steigende Inflations-sorgen“¹⁰⁴ oder „Die Inflation ist nicht tot, sie schläft nur“¹⁰⁵.

Die *WirtschaftsWoche* fragt: „Kommt die Inflation zurück?“ und schreibt sorgenvoll: „Die Regierungen genießen freie Fahrt fürs Schuldenmachen. Geldschwemme, verewigter Nullzins, rollierende ‚Schulden‘ – der Staat kann stimulieren, was er will, immer mehr Aktivitäten an sich reißen, private Unternehmen aus dem Markt drängen, den Wettbewerb verzerren, die Marktwirtschaft aushebeln. Am Ende des Weges steht die Staatswirtschaft. Oder eine Hyperinflation.“¹⁰⁶

Was werden die Folgen dieser Schulden- und Gelddruckorgien sein? Kann das auf Dauer gut gehen? Muss die Schuldenlast nicht irgendwann in einen deutlichen Inflationsschub münden? Oder ist eine **spürbar höhere Inflation** möglicherweise sogar gewollt und für die Wirtschaft und das ganze Finanzsystem überlebensnotwendig?

⁹⁹ *Degussa Marktreport* vom 10. September 2020, Seite 1. Der Report konkretisiert seine Befürchtungen mit den Worten: „Die Zeichen der Zeit stehen auf künftig höhere Inflation. Die Inflation wird als der einfachste Ausweg aus der Überschuldung angesehen. Zudem besteht die Gefahr, dass zusehends marktwirtschaftsfeindliche Politiken eine höhere Inflation durchsetzen.“ *Daniel Stelter* unterstreicht diese Prognose: „Die Corona-Krise beschleunigt nun das ohnehin zu erwartende Endspiel hin zur großen Schuldenmonetarisierung und letztlich zu einer Rückkehr der Inflation.“ Das Zitat ist entnommen aus dem aktuellen Buch von Daniel Stelter: *Coronomics. Nach dem Corona-Schock: Neustart aus der Krise*, Campus Verlag, Frankfurt am Main 2020, Seite 126.

¹⁰⁰ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 30. September 2020, Seite 23.

¹⁰¹ *WirtschaftsWoche* vom 2. Oktober 2020, Seite 39.

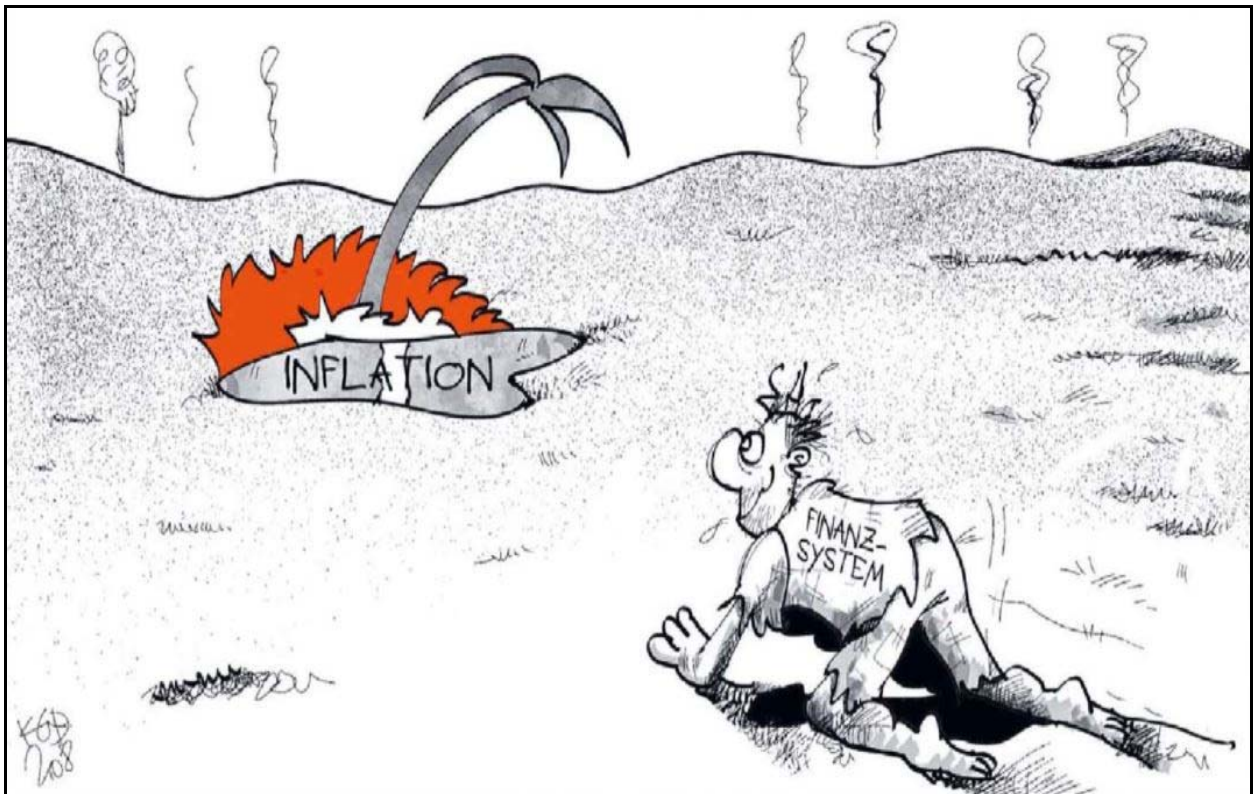
¹⁰² *Clemens Fuest*: *Wie wir unsere Wirtschaft retten – Der Weg aus der Corona-Krise*, Aufbau Verlag, Berlin 2020, Seite 117.

¹⁰³ *Capital* vom November 2020, Seite 110. Gleich zu Beginn des Artikels wird die Frage gestellt: „Schüren die vielen Corona-Milliarden eine verheerende Inflation?“

¹⁰⁴ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 17. Dezember 2020, Seite 27. Der Artikel kommt zu dem Fazit: „Angesichts der Krise und wachsender Schulden könnte Geld stärker als bisher an Kaufkraft verlieren.“

¹⁰⁵ *Neue Zürcher Zeitung* vom 29. Dezember 2020, Seite 17. Die Hauptaussage des Artikels lautet: „Längerfristig könnten monetäre Zügellosigkeit, staatliche Überschuldung und demografischer Wandel zu einer Rückkehr hoher Inflationsraten führen.“

¹⁰⁶ Die Titelstory der *WirtschaftsWoche* vom 9. Oktober 2020 „Die giftige Geldflut“ beschreibt auf den Seiten 16 - 23 ausführlich die Gründe für die Sorgen und sieht in letzter Konsequenz nur noch: „Finanzkrise oder Sozialismus“. Die beiden im Haupttext erwähnten Zitate stehen auf den Seiten 18 und 22.



Quelle: *Handelsblatt* vom 26. August 2020, Seite 28

Die Voraussetzungen für eine höhere Inflation wurden in den letzten Monaten von den beiden wichtigsten Notenbanken der Welt, der amerikanischen *Federal Reserve* (Fed) und der *Europäischen Zentralbank* (EZB) geschaffen. Ende August letzten Jahres hat der Chef der Fed, *Jerome Powell*, eine **Neuausrichtung der Geldpolitik** angekündigt. Anstatt mit geldpolitischen Mitteln ständig zu versuchen, die selbst gesetzte Inflationszielmarke von zwei Prozent zu erreichen, will die Fed „vorübergehend“ eine höhere Inflationsrate zulassen, wenn zuvor das Ziel von zwei Prozent unterschritten wurde. „Diese Ankündigung bedeutet praktisch, dass die Fed die geldpolitischen Zügel selbst dann nicht anzieht, wenn diese in den nächsten Jahren zwei Prozent übersteigt.“¹⁰⁷ Warum ein Streben nach oder ein Erlauben einer höheren Inflationsrate gut sein soll, ist nicht unbedingt einleuchtend, vor allem nicht für die älteren Jahrgänge, die mit Ängsten vor der Geldentwertung aufgewachsen sind.

Zwei Prozent Inflation bleibt zwar die Zielmarke, aber lediglich als Durchschnittswert über einen längeren Zeitraum. Somit muss jede Abweichung in der Vergangenheit durch eine Abweichung in der Zukunft kompensiert werden, damit die Rechnung „über den Zeitraum“ wieder aufgeht. Die *Neue Zürcher Zeitung* stellt „denn auch die Frage, ob es besonders klug ist, einen Fehler der Vergangenheit durch einen Fehler in der Zukunft auszugleichen. Ein Koch, der seine Gerichte während Jahren immer zu früh aus dem Ofen holt, wird nicht besser, indem er seine Speisen zum Ausgleich einige Jahre lang stets verkohlen lässt.“¹⁰⁸

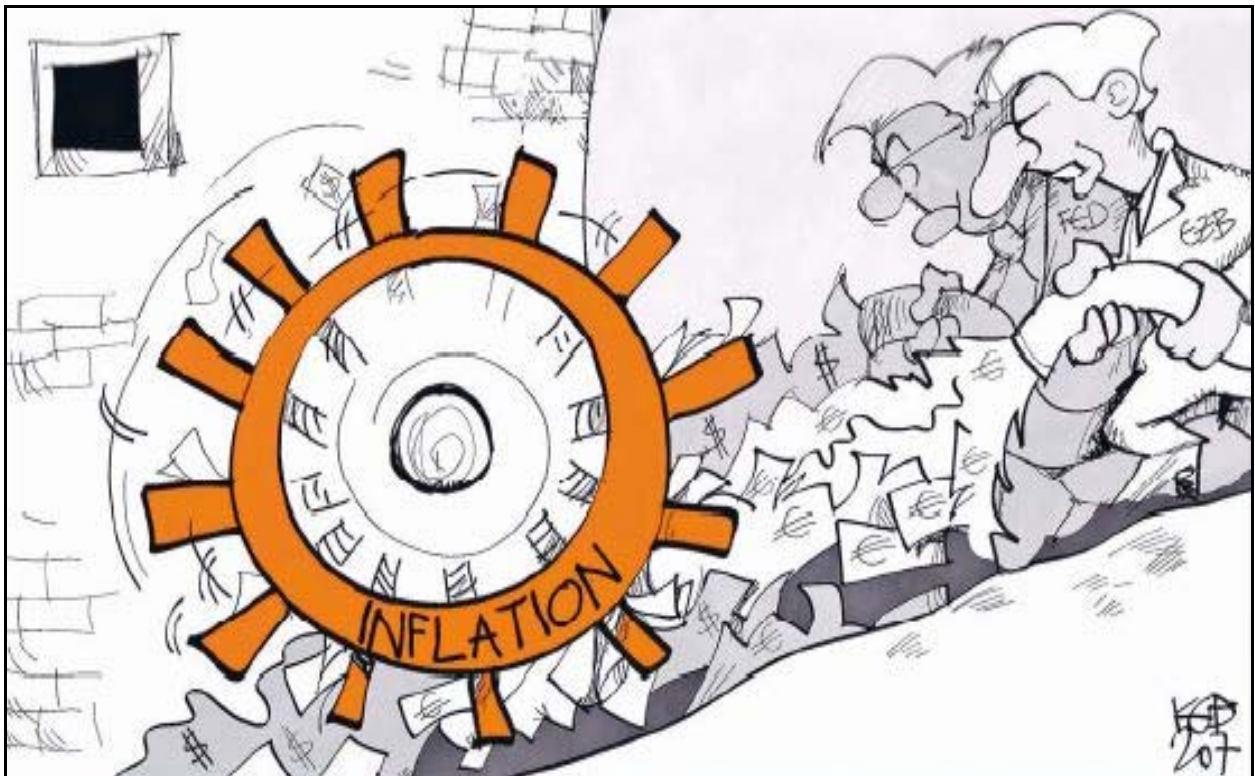
¹⁰⁷ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 28. August 2020, Seite 29.

¹⁰⁸ *Neue Zürcher Zeitung* vom 29. August 2020, Seite 21.



Einen Monat später als die amerikanische Notenbank hat dann auch die Europäische Zentralbank ihre neuen Inflationsziele verkündet. EZB-Präsidentin *Christine Lagarde* will das seit dem Jahr 2003 bestehende Inflationsziel von „unter, aber nahe zwei Prozent“ ändern und genau wie die amerikanische Notenbank eine Inflation von über zwei Prozent tolerieren. Konkret deutete Lagarde an, „dass die EZB Zeiten mit besonders niedriger Inflation dadurch ausgleichen könnte, dass sie zeitweise höhere Inflationsraten akzeptiere.“¹⁰⁹

Mit dieser nahezu parallelen geldpolitischen Neuausrichtung der beiden wichtigsten Notenbanken der Welt steht einer (gewollten) höheren Inflation in nächster Zeit nichts mehr im Weg. Ihre beiden Chefs, *Jerome Powell* und *Christine Lagarde*, lassen Unmengen an neu geschaffenem Geld aus allen Rohren auf das Mühlrad der Inflation fließen, um es schneller anzutreiben:



Quelle: *Handelsblatt* vom 14. Juli 2020, Seite 28

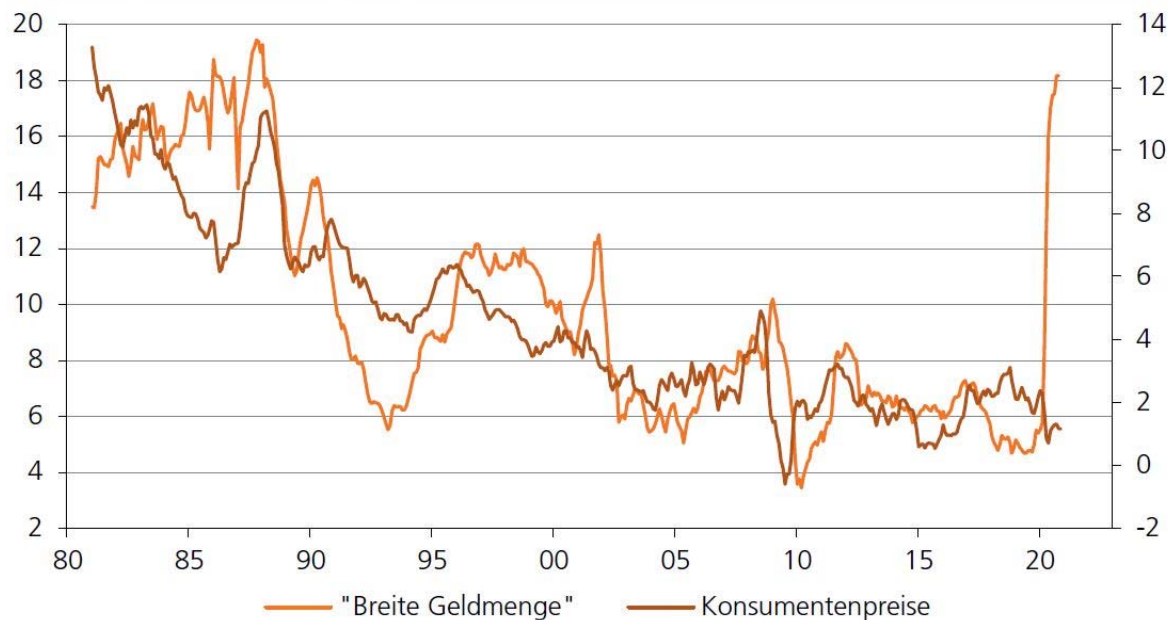
Wie groß die Wahrscheinlichkeit deutlich steigender Inflationsraten in der Zukunft ist, zeigt auch die folgende Grafik:

¹⁰⁹ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 1. Oktober 2020, Seite 29. Der frühere EZB-Vizepräsident *Christian Noyer* bezeichnete ein nur noch durchschnittliches Inflationsziel als „extrem riskant“; vgl. *Handelsblatt* vom 1. Oktober 2020, Seite 30. Und Professor *Clemes Fuest* ergänzt: „Es ist zu befürchten, dass die EZB zögern würde, gegen steigende Inflation vorzugehen, zumal der politische Druck groß wäre, die Zinsen niedrig zu halten.“ Das Zitat stammt aus einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin *DER SPIEGEL* vom 11. Juli 2020 auf den Seiten 76 - 78 („Unser Wohlstand wird nicht vom Staat erzeugt.“), hier Seite 78.



3 Geldmengenausweitung spricht für höhere Preise

Geldmenge und Konsumgüterpreise in der OECD (I/J in %)



Quelle: Refinitiv; Berechnungen Degussa.

Quelle: *Degussa Marktreport* vom 14. Januar 2021, Seite 4

Über einen Zeitraum von 40 Jahren sind der Anstieg der Geldmenge (orange Linie) und der Anstieg der Verbraucherpreise (braune Linie) abgetragen. Auffällig ist die Gleichläufigkeit der beiden Kurven. Wenn man den eben erwähnten legendären Satz von *Milton Friedman* bedenkt: „Inflation ist immer und überall ein monetäres Problem“, erklärt sich der nahezu parallele Verlauf der beiden Kurven. Denn nur nach einem kräftigen Anstieg der Geldmenge ist Inflation im Sinne von Preissteigerungen überhaupt möglich.

Und genau diesen Anstieg der Geldmenge können wir bereits beobachten. Im Euro-Raum ist die Geldmenge seit Juli auffällig stark gewachsen. Die breit gefasste Geldmenge M 3 ist gegenüber dem Vormonat um 10,2 Prozent gewachsen. Der Anstieg der enger gefassten Geldmenge M 1 betrug sogar 13,5 Prozent.¹¹⁰ In der oberen Grafik ist der fast senkrechte Verlauf der orangenen Linie im Jahr 2020 deutlich zu erkennen. **Es ist nur eine Frage der Zeit, bis sich die expansive Geldmengenentwicklung (Ursache) in Preissteigerungen (Wirkung) niederschlägt.** Professor *Sinn* verdeutlicht: „Die Geldmenge im Euro-Raum steigt immer stärker an. Die Konsequenzen für das Preisniveau lassen sich lange kaschieren. Aber nicht ewig.“¹¹¹

¹¹⁰ Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 28. August 2020, Seite 21.

¹¹¹ *WirtschaftWoche* vom 2. Oktober 2020, Seite 41. Hans-Werner Sinn war von 1999 bis 2016 Präsident des Münchener *ifo Instituts*. Er führt aus, dass die Zentralbankgeldmenge bis Ende Juni 2021 auf etwa 5,4 Billionen Euro steigen wird, das Sechsfache der Geldmenge zur Jahresmitte 2008.

Sein Nachfolger im Amt, Professor *Clemens Fuest*, stellt den Zusammenhang zwischen Staatsschulden und Inflation her und ergänzt: „Bei einer immer stärkeren Ausdehnung der Geldmenge zur Finanzierung von

Lassen wir uns von den (nach unten) manipulierten Verbraucherpreisen des *Statistischen Bundesamtes* in Wiesbaden nicht täuschen, die uns jeden Monat präsentiert werden. In der Corona-Krise hat die immer wieder aufflammende Kritik an der Inflationsmessung noch einmal zugenommen. „Wenn die gemessene Inflationsrate während des Shutdowns sehr niedrig war, dann auch deshalb, weil beispielsweise Benzin günstig war, als kaum jemand mit dem Auto fuhr – während Dinge wie Lebensmittel, die man weiter dringend brauchte, sich kräftig verteuerten.“¹¹²

Wir werden in Zukunft mit deutlich höheren Inflationszahlen rechnen müssen. Der von der Politik gewollte dramatische Anstieg der Staatsschulden und insbesondere die extreme Geldmengenausweitung sind die entscheidenden Gründe hierfür. Die *Neue Zürcher Zeitung* schreibt in diesem Zusammenhang: „**Wer sich gegen Inflation absichern will, kauft am besten weder Gold noch Bitcoin, sondern Aktien.**“¹¹³ Und das *Handelsblatt* ergänzt mit der Überschrift: „An Aktien führt kein Weg vorbei“.¹¹⁴ Die Zeitschrift *Capital* fragt: „Schätzen Sie mal, wie hoch die Wahrscheinlichkeit für Kursgewinne ist, wenn man Aktien kauft und zehn Jahre hält? Sie liegt bei 95 Prozent. Nach 15 Jahren sogar bei 100 Prozent“.¹¹⁵

Jetzt könnte der kritische Leser natürlich einwenden, warum überall von massiven Inflationsgefahren gesprochen wird, die Inflation aber bis zum jetzigen Zeitpunkt – zumindest bei den Verbraucherpreisen – überhaupt noch nicht sichtbar ist. Das bekannte Bild mit der Ketchup Flasche verdeutlicht die Situation: Bei dem Versuch, aus einer Flasche Ketchup fließen zu lassen, hält man die geöffnete Flasche fast senkrecht über seinem Teller und wartet – nichts passiert. Man schüttelt die Flasche, man klopft auf den Boden der Flasche – es passiert immer noch nichts. Aber auf einmal entlädt sich ohne Vorwarnung ein Riesenschwall Ketchup auf dem Teller, viel mehr, als man eigentlich haben wollte. So ähnlich verhält es sich auch mit der Inflation. Sie muss nicht in kleinen, überschaubaren Schritten ansteigen, sondern kann auch ohne lange Vorwarnung anspringen, dann aber richtig.

Für den Staat mit seinen exorbitanten Staatsschulden wäre eine höhere Inflation sehr vorteilhaft. Zwar bleibt der Nominalwert der Staatsschulden gleich, aber ihr Realwert wird mit hoher Inflation deutlich niedriger. Genauso wie ein zehnprozentiger Zins

Staatsschulden würde es irgendwann zu steigenden Inflationsraten kommen, auch wenn schwer zu bestimmen sein mag, wann genau dieser Punkt erreicht ist. Wenn die Finanzpolitik sich bei der Lösung des Verschuldungsproblems ausschließlich auf die Druckerpresse verlassen würde, wäre der Geldwert in Gefahr.“ Das Zitat stammt aus dem Buch von Clemens Fuest: *Wie wir unsere Wirtschaft retten – Der Weg aus der Corona-Krise*, Aufbau Verlag, Berlin 2020, Seite 120.

¹¹² *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 22. September 2020, Seite 25.

¹¹³ *Neue Zürcher Zeitung* vom 19. September 2020, Seite 29. Die Zeitung begründet diese Aussage mit einem Zahlenbeispiel. Wer bei der Gründung des amerikanischen Aktienindex *S&P 500* im Jahr 1957 1.000 \$ investiert hätte, verfügte heute über rund 250.000 \$, Gold wäre dagegen nur auf knapp 60.000 \$ angestiegen. Die *NZZ* resümiert: „Wer sein Vermögen mit Gold abgesichert hat, kann sich heute ein anständiges Auto kaufen. Wer hingegen das Geld in die produktive Kraft des Aktienmarkts investiert hat, kann sich heute nebst dem Auto auch noch eine Anzahlung für ein Haus leisten.“

¹¹⁴ *Handelsblatt* vom 12. August 2020, Seite 34.

¹¹⁵ *Capital* vom Oktober 2020, Seite 82. Die Zeitschrift beruft sich dabei auf eine Studie des *Deutschen Aktieninstituts*.

100 Euro nach zwei Jahren auf 121 Euro wachsen lässt, so reduziert eine zehnprozentige Inflationsrate den Realwert, also die Kaufkraft von 100 Euro nach zwei Jahren auf 81 Euro. Nach rund sieben Jahren hat sich der reale Wert der Schulden bereits halbiert.

Es ist übrigens ein Denkfehler zu erwarten, mit (stark) steigenden Inflationszahlen würden dann ja auch die Geld- und Kapitalmarktzinsen steigen. Das war in der Vergangenheit tatsächlich häufig so. Aber was passiert, wenn der Staat mit seiner unsoliden Finanzpolitik die Inflationsraten steigen lässt und die Notenbanken mit ihrer Geldpolitik dafür sorgen, dass wir trotzdem weiterhin Null- oder Negativzinsen haben? Dann erleben wir einen hohen negativen Realzins, der die Schuldenlast des Staates erleichtert und den Sparer durch die deutlich sinkende Kaufkraft immer mehr enteignet.

4.5 Einmalige Vermögensabgaben als Gegenmaßnahme?

Diese soeben dargestellte Variante der (realen) Staatsschuldenreduktion über deutlich höhere Inflationsraten ist die erste der beiden weiter oben aufgeführten Handlungsmöglichkeiten der Politik. Weil der Weg über stark steigende Inflationsraten aber erst über einige Jahre für den Staat befriedigende (Entlastungs-)Ergebnisse mit sich bringt, halten wir von *Schmitz & Cie.* die zweite Alternative für wahrscheinlicher: **Lastenausgleichsabgaben.**

Amira Mohamed Ali, Sprecherin der Partei *Die Linke*, forderte als Erste eine „**Sonderabgabe**“, mit der „unter anderem Milliardäre und Multimillionäre“ zur Finanzierung der Staatsausgaben herangezogen werden sollen.¹¹⁶ Und der Fraktionsvize der Linken, *Fabio De Masi*, doppelte umgehend nach. Eine **Vermögensabgabe nach dem Vorbild des deutschen Lastenausgleichs** wäre eine einmalige Abgabe, die über einen längeren Zeitraum abgegolten werden könne.¹¹⁷ Denselben Gedanken greift auch *Saskia Esken*, eine der beiden Parteivorsitzenden der *Sozialdemokratischen Partei Deutschlands* (SPD), auf: „Ich halte eine einmalige Vermögenabgabe für eine der Möglichkeiten, die Staatsfinanzen nach der Krise wieder in Ordnung zu bringen.“¹¹⁸

Sind solche aus dem linken politischen Lager kommende Forderungen nach Umverteilung nicht ungewöhnlich, so erstaunt doch das Plädoyer des renommierten Historiker *Heinrich August Winkler* für einen neuen Lastenausgleich. Er schreibt unter anderem: „Es wäre eine Illusion zu meinen, allein durch neue Schulden ließen sich die Folgekosten dieser Pandemie meistern. Deutschland wird um eine Umverteilung großen Stils nicht herumkommen – einen Lastenausgleich zwischen denen, die unter den

¹¹⁶ Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 26. März 2020, Seite 3. Interessant und verräterisch ist hier die Formulierung „unter anderem“, denn die Sonderabgabe nur bei Milliardären und Multimillionären zu erheben, wird angesichts der hunderten von Milliarden Euro zusätzlichen Staatsausgaben in den nächsten Monaten natürlich nicht reichen. Auch Linke-Fraktionschef *Dietmar Bartsch* hat eine solche Vermögensabgabe einige Tage zuvor bereits gefordert. Eine einmalige „Corona-Abgabe“ auf große private Vermögen sei geboten. Wir von *Schmitz & Partner* sind sehr gespannt, wie demnächst „große private Vermögen“ genauer bestimmt werden.

¹¹⁷ Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 2. April 2020, Seite 18.

¹¹⁸ Diese Aussage tätigte Esken gegenüber der *Stuttgarter Zeitung* und den *Stuttgarter Nachrichten* am 1. April (leider kein Aprilscherz!), zitiert aus dem *Handelsblatt* vom 2. April 2020, Seite 46.

materiellen Folgen dieser Krise weniger zu leiden haben als die, deren berufliche Existenz auf dem Spiel steht. Die Dimension dieser Umverteilung werden die des historischen Lastenausgleichs zugunsten der Heimatvertriebenen und Ausgebombten in der ‚alten‘ Bundesrepublik weit übertreffen.“¹¹⁹

Zur Erinnerung: Die damalige Umverteilung erfolgte dadurch, dass diejenigen Personen, die über erhebliches Vermögen verfügten (das bezog sich insbesondere auf Immobilien), eine Lastenausgleichsabgabe zahlen mussten. Die Abgabe belief sich auf 50 Prozent des berechneten Vermögenswertes und konnte in bis zu 120 vierteljährlichen Raten, also verteilt auf 30 Jahre, in den Ausgleichsfonds eingezahlt werden. Zu diesem Zweck wurden eine Vermögensabgabe, eine Hypothekengewinnabgabe und eine Kreditgewinnabgabe eingeführt, die an die Finanzämter abzuführen waren.¹²⁰ Die letzten Lastenausgleichsabgaben wurden in Deutschland erst im Jahr 1982 zurückgezahlt. Das Lastenausgleichsgesetz von 1952 sah die Möglichkeit einer Ratenzahlung über 120 Quartale vor, also dauerte die Begleichung der Schuld gegenüber dem Staat insgesamt 30 Jahre.¹²¹

Da in Deutschland über die Hälfte des privaten Vermögens in Immobilien investiert ist (über 8.000 Milliarden Euro), wird die Belastung der Immobilien – wie beim historischen Lastenausgleich im Jahr 1952 – die Haupteinnahmequelle des Staates sein. Eine Lastenausgleichsabgabe von (wir von *Schmitz & Cie.* schätzen einfach einmal vorsichtig) 25 Prozent auf den Verkehrswert der Immobilien von Deutschen würde dem Staat (unter Berücksichtigung von politisch notwendigen Freibeträgen) vielleicht eine Sonder-einnahme von rund 1.000 Milliarden Euro bringen. Es wird dann interessant zu beobachten sein, wie sich die **Zwangshypotheken**, die wohl auch dieses Mal zugunsten des Staates ins Grundbuch eingetragen werden, auf die Preisentwicklung der Immobilien auswirken!

Die Möglichkeiten des Lastenausgleichs und der (einmaligen) Vermögensabgabe stehen bereits im *Grundgesetz* in *Artikel 106*. Dort heißt es in *Absatz 1*: „Der Ertrag der Finanzmonopole und das Aufkommen der folgenden Steuern stehen dem Bund zu.“ Und dann folgt in *Nummer 5*: „die einmaligen Vermögensabgaben und die zur Durchführung des Lastenausgleichs erhobenen Ausgleichsabgaben.“

Wie ernst es deutschen Politikern mit der einmaligen Vermögensabgabe ist, zeigt eine Anfrage des Deutschen Bundestages bei den *Wissenschaftlichen Diensten des Deutschen Bundestages* zur Verfassungsmäßigkeit einer solchen Abgabe. Den zehnteiligen Bericht mit dem Titel „Verfassungsmäßigkeit einer Vermögensabgabe zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie“ können interessierte Leser im Inter-

¹¹⁹ Nachzulesen im Internet unter: <https://www.tagesspiegel.de/kultur/plaedoyer-fuer-einen-neuen-lastenausgleich-der-historiker-heinrich-august-winkler-fordert-corona-soli/25692726.html>. Bis zu seiner Emeritierung lehrte Winkler als Professor für Neueste Geschichte an der Humboldt-Universität Berlin.

¹²⁰ Vgl. die Ausführungen bei *Wikipedia* unter dem Stichwort „Lastenausgleichsgesetz“.

¹²¹ Eine detaillierte Darstellung (mit Beispielrechnungen) der damaligen Lastenausgleichsabgaben und eine Prognose zu einem künftigen Lastenausgleich findet sich bei *Volker Nied*: Vorbereitungen auf den finalen Crash. Ein Insider packt aus, Kopp Verlag, Rottenburg September 2020. Vgl. hierzu die Seiten 33 - 47.

net mit der Eingabe des Aktenzeichen WD 4 - 3000 - 041/20 in eine Suchmaschine finden und nachlesen. Gleich die beiden ersten Sätze in dieser Untersuchung lauten: „Der folgende Sachstand befasst sich mit der Möglichkeit der erneuten Einführung einer einmaligen Vermögensabgabe zur teilweisen Finanzierung der Corona-Krise. Auf diese Weise könnten Wohlhabende durch einmalige Zahlungen zur Refinanzierung des Staates herangezogen werden.“¹²²

Wenn man die aktuelle Diskussion in den Medien aufmerksam verfolgt, dann wird deutlich, dass erneute Lastenausgleichsabgaben seit einigen Monaten kein Tabuthema mehr sind. Und so sind in der Presse Schlagzeilen zu lesen wie: „Ruf nach einer Vermögensabgabe“¹²³ oder „Reiche sollen Schulden zahlen“¹²⁴. Diese Forderungen kommen keineswegs nur von der Linkspartei, die als SED-Nachfolgepartei für ihre „sozialistische Fantasien“¹²⁵ bekannt ist. In der Haushaltsdebatte im Bundestag über den Etat für das Jahr 2021 vor wenigen Wochen forderte auch die SPD in Form ihres Fraktionsvorsitzenden *Rolf Mützenich*, dass die starken Schultern „einen außerordentlichen Beitrag“ leisten müssen, um die Kosten der Corona-Bekämpfung tragen zu können.¹²⁶

Dabei sind gerade die „Besserverdiener“ – man könnte auch sagen die „Mehrleister“ – in Deutschland in den vergangenen 60 Jahren überdurchschnittlich mit Steuern belastet worden. Während Ende der 1950er Jahre der Spitzensteuersatz erst ab dem rund 20fachen des Durchschnittseinkommens bezahlt werden musste, greift der Höchststeuersatz inzwischen bereits beim dem 1,4fachen (!) des Durchschnittsverdienstes:



Quelle: *Handelsblatt* vom 4. - 6. Dezember 2020, Seite 13

¹²² Das Zitat steht in der Studie auf Seite 4. Und auch das vorweggenommene Ergebnis findet sich bereits auf Seite 4: „die Vermögensabgabe ... ist ... grundsätzlich verfassungsrechtlich zulässig.“

¹²³ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 5. November 2020, Seite 19.

¹²⁴ *Handelsblatt* vom 5. November 2020, Seite 13.

¹²⁵ So die Schlagzeile im *Handelsblatt* vom 5. November 2020 auf Seite 17.

¹²⁶ Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 10. Dezember 2020, Seite 2.

Der *Smart Investor* urteilt: „Man muss schon ein **ökonomischer Analphabet** sein oder es aber ganz bewusst auf die Zerstörung der Wirtschaft abgesehen haben, wenn man im unmittelbaren Nachgang zu einem der schärfsten Konjunktureinbrüche aller Zeiten frische Steuern oder Steuererhöhungen verlangt.“¹²⁷

Um welche Summen geht es bei einer möglichen Lastenausgleichsabgabe eigentlich und welche Bürger wären davon wohl betroffen? Eine gerade erstellte Studie des *Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung* (DIW) kommt auf ein mögliches Aufkommen für den Staat von 340 bis 560 Milliarden Euro.¹²⁸ Bei Privatpersonen würde in dieser Analyse die einmalige Vermögensabgabe bereits ab einem Nettovermögen von zwei Millionen Euro einsetzen, bei Betrieben ab fünf Millionen Euro. Der erste Euro über diesen Freibeträgen soll laut des DIW mit zehn Prozent belegt werden. Der Satz steigt dann gleichmäßig bis auf 30 Prozent bei höheren Vermögen.¹²⁹

Mit diesen Eckwerten ergäbe sich ein Gesamtaufkommen von 340 Milliarden Euro, das entspräche der unteren der gerade genannten beiden Zahlen. Um auf den oberen Wert von 560 Milliarden Euro zu kommen, dürfte der persönliche Freibetrag nur eine statt zwei Millionen Euro betragen.¹³⁰ Man sieht also, von der in den Medien häufig zu hörenden Beschwichtigung der Politiker, die Lastenausgleichsabgabe träfe ja nur „Milliardäre und Multimillionäre“¹³¹, ist nicht viel zu halten.

Eines ist sicher: Der Staat wird sich die nur „vorgestreckten“ Gelder seines Corona-Schutzschildes von rund 1,8 Billionen Euro von seinen Bürgern zurückholen. Unklar ist nur noch, auf welcher Art und Weise dies geschehen wird. Langsam fangen die ersten aufmerksamen Beobachter an zu begreifen, dass es keinen schmerzlosen Ausweg aus der Krise gibt. „Die Regierungen haben Einblick in unsere Konten, unsere Geldanlagen und Immobilienvermögen. Sie werden sich nehmen, was sie brauchen, um das System am Laufen und sich selbst an der Macht zu halten.“¹³²

4.6 Immobilien als Goldesel für die Politiker?

Investitionen in Immobilien gehören (neben den im nächsten Kapitel behandelten Lebensversicherungen) zu den Schwerpunktanlagen bei deutschen Sparern. Von den insgesamt rund 15.000 Milliarden Euro privatem Gesamtvermögen sind ungefähr 8.000

¹²⁷ *Smart Investor*, Mai 2020, Seite 39. Hervorhebung durch Schmitz & Cie.

¹²⁸ Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 5. November 2020, Seite 17.

¹²⁹ Vgl. *Handelsblatt* vom 5. November 2020, Seite 13.

¹³⁰ Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 5. November 2020, Seite 19.

¹³¹ Fabio De Masi, Finanzpolitiker der Partei *Die Linke*, siehe hierzu *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 5. November 2020, Seite 19.

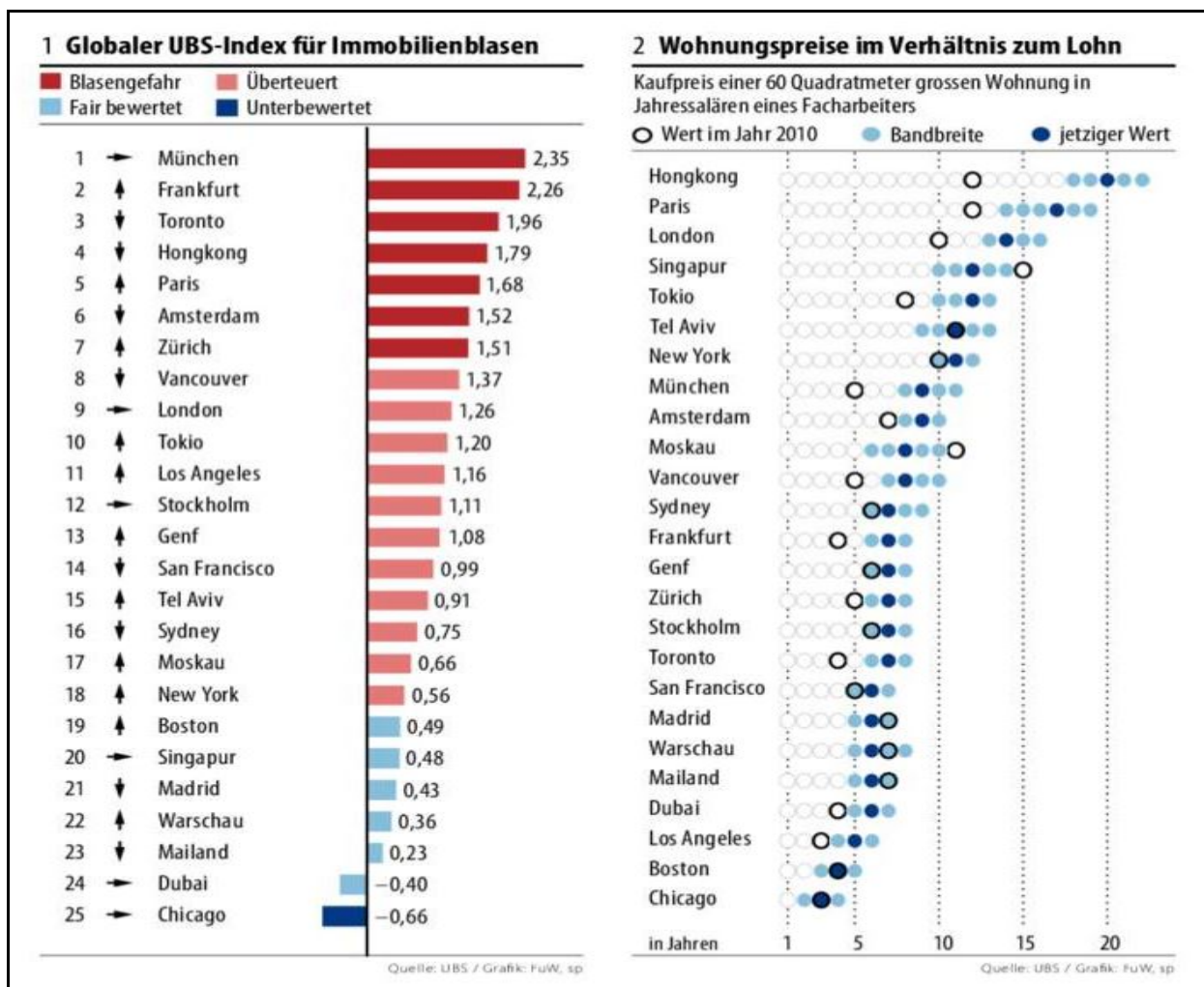
¹³² Michael Grandt: *Vorsicht Enteignung! Der Griff nach Ihrem Vermögen*, Kopp Verlag, Rottenburg November 2020, Seite 234. Dieses sehr informative und gleichzeitig aufrüttelnde Buch sei vor allem denjenigen Skeptikern unter unseren Lesern dringend zur Lektüre empfohlen, die sich weiterhin in Sicherheit vor den immer dreister werdenden Zugriffen der Politiker glauben. Insbesondere die mögliche und immer wahrscheinlicher werdende Belastung von Grundstücken und Immobilien zugunsten des Staates steht im Mittelpunkt dieser aktuellen Analyse.



Milliarden Euro in Immobilien angelegt. Zum Vergleich: Nur 500 Milliarden Euro sind in der rentabelsten Anlageform Aktien investiert.

Dieses „Klumpenrisiko“ bei der privaten Vermögensallokation wird in nächster Zeit aus zwei Gründen gefährlich werden. Zum einen droht die Blase am Immobilienmarkt zu platzen mit der Folge von spürbaren Preisrückgängen bei Immobilien. Und zum anderen werden sich die Politiker als Konsequenz der Corona-Krise in erster Linie an den Eigentümern von Immobilien schadlos halten, wenn es darum geht, die sprunghaft gestiegenen Staatsschulden mit Hilfe von einmaligen Vermögensabgaben oder Lastenausgleichsabgaben wieder zu reduzieren. Das Volumen in privaten Immobilien ist mit Abstand der größte Topf, aus dem sich die Politiker bedienen können – und das werden sie auch tun.

Kommen wir zu dem ersten Aspekt, dem zunehmenden Risiko einer Immobilienblase. Die Schweizer Großbank *UBS* hat die Wohnimmobilienpreise in 25 Großstädten dieser Welt unter die Lupe genommen. Das Ergebnis ist besonders aus deutscher Sicht bemerkenswert, aber nicht neu: **Die Gefahr einer Blasenbildung ist in München am größten!**



Quelle: *Finanz und Wirtschaft*, 3. Oktober 2020, Seite 16

Wie groß die Gefahr einer Blase an den einzelnen Immobilienstandorten ist, misst die UBS anhand von fünf Indikatoren. Neben den Relationen der Immobilienpreise zu den Haushaltseinkommen und den Mieten sind das die Hypothekarvolumen und die Bautätigkeit im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung, sowie die Entwicklung der städtischen Immobilienpreise im Vergleich zu jenen in den ländlichen Regionen.¹³³

Neben diesen fünf Faktoren gibt es auch noch andere Gründe für zukünftig fallende Immobilienpreise. Zum einen ist hier der generelle Trend zu nennen, wegen der hohen Mieten in den Innenstädten in die Vororte oder gleich aufs Land zu ziehen. Die Corona-Situation mit der zunehmenden Arbeit im Homeoffice wird diese Entwicklung noch verstärken.

Ein weiterer Punkt ist die immer weiter abnehmende Erschwinglichkeit von Wohnimmobilien, insbesondere in den europäischen Metropolen. In einigen Großstädten wie zum Beispiel Genf, Frankfurt, Stockholm oder Zürich muss ein gut ausgebildeter Angestellter schon sieben Jahresgehälter aufwenden, um eine 60m²-Wohnung kaufen zu können. Und in Amsterdam und München sind es sogar neun Jahresgehälter.¹³⁴

In München lag diese Relation vor zehn Jahren noch beim Fünffachen, heute ist sie fast doppelt so hoch. Ähnlich groß ist der Sprung in München beim Verhältnis Kaufpreis zu Mieten: Lag die Relation vor zehn Jahren noch bei 24, so liegt sie jetzt bei 39. Oder anderes formuliert: Es dauert 39 Jahre, bis die Mieteinnahmen dem Kaufpreis entsprechen.¹³⁵

Diese Relationen führen dazu, dass die Immobilienkäufer einen immer höheren Anteil des Kaufpreises mit Hypotheken fremdfinanzieren müssen. Laut dem führenden Baufinanzierungsvermittler in Deutschland, *Interhyp*, liegt die Eigenkapitalquote der Käufer oft unter zehn Prozent.¹³⁶

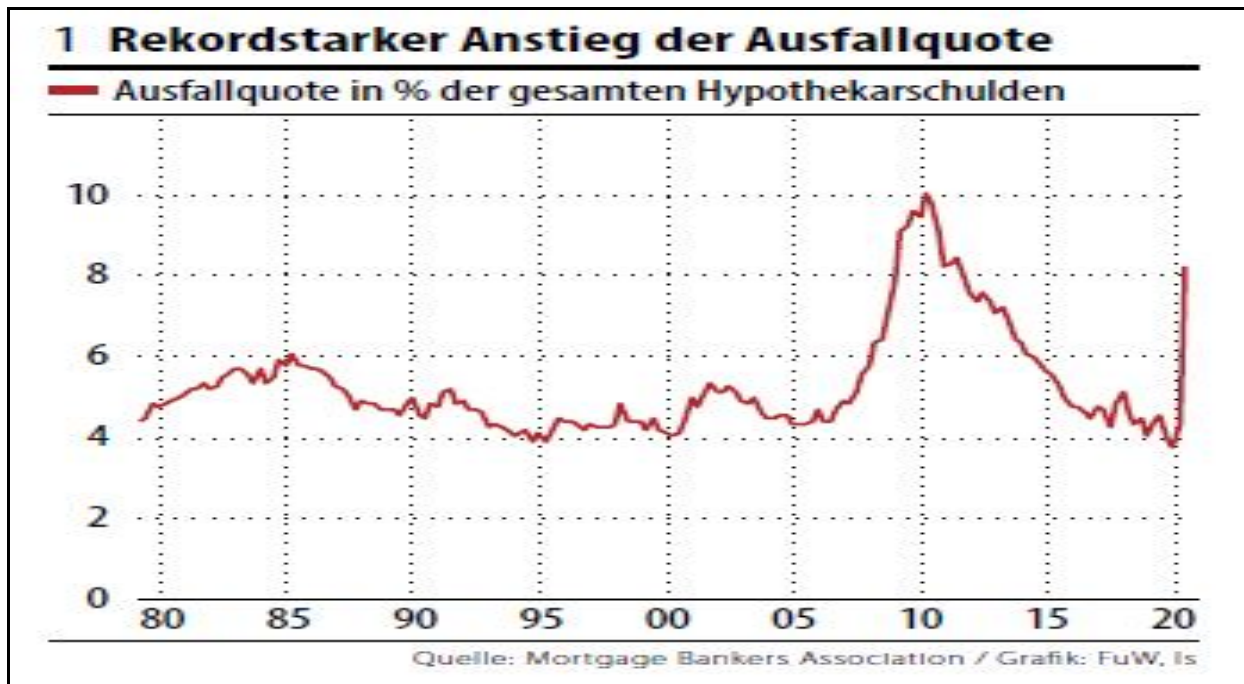
Kein Wunder, dass bei dem kleinsten Gegenwind (wie jetzt durch die Corona-Krise) die Bedienung der Hypothekarschulden bei den Kreditinstituten ins Stocken gerät. Die Ausfallquote in Relation zu den gesamten Hypothekarkrediten hat sich im letzten Jahr gegenüber dem langjährigen Stand von vier Prozent auf acht Prozent verdoppelt (siehe die nachfolgende Grafik). Das ist der Wert, bei dem vor über zehn Jahren die Immobilienkrise begann. Die Folgen sind bekannt: Die Immobilienpreise sanken im Durchschnitt um mehr als 30 Prozent!

¹³³ Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 1. Oktober 2020, Seite 21.

¹³⁴ Siehe vorherige Fußnote.

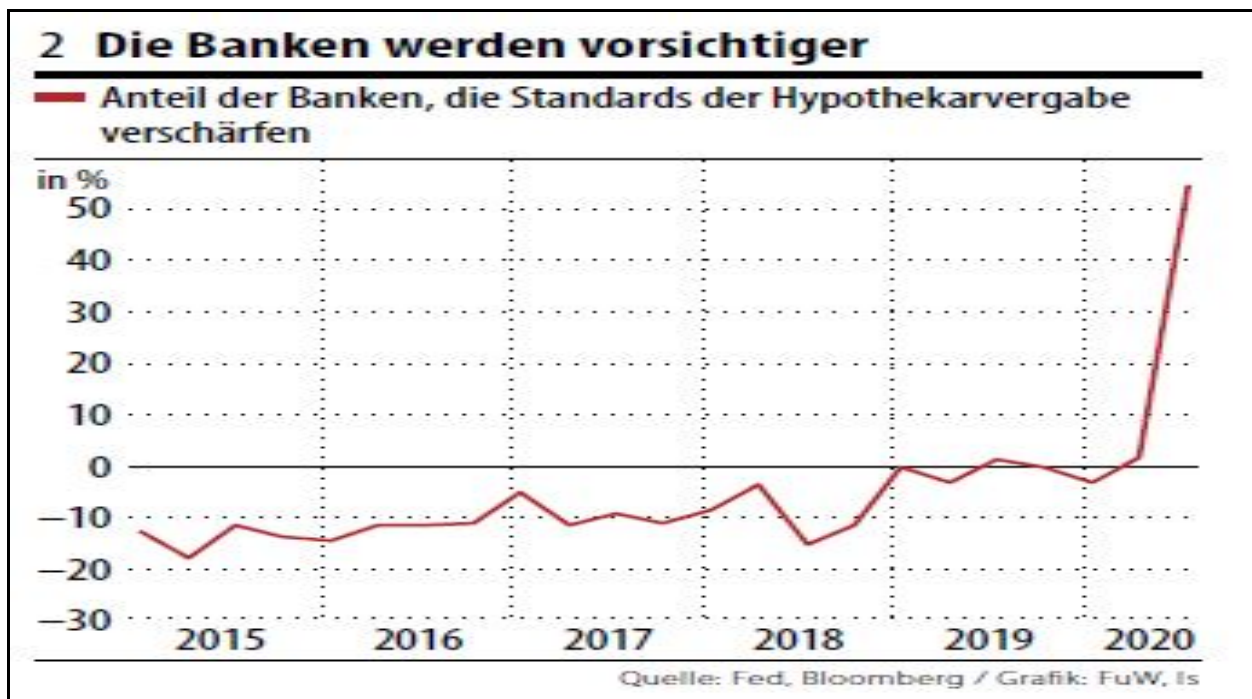
¹³⁵ Vgl. zu den Zahlenangaben *Finanz und Wirtschaft* vom 3. Oktober 2020, Seite 16.

¹³⁶ Vgl. *Capital*, August 2020, Seite 76.



Quelle: *Finanz und Wirtschaft* vom 26. August 2020, Seite 16

Als unmittelbare Konsequenz aus diesem heftigen Anstieg der Ausfallquote der Immobilienkredite haben die Banken ihre Vergabekriterien deutlich verschärft:



Quelle: *Finanz und Wirtschaft* vom 26. August 2020, Seite 16

Und dieser Trend hält an: „In den kommenden drei Monaten planen die Banken nach Angaben der Bundesbank Verschärfungen für ... private Baufinanzierungen.“¹³⁷

¹³⁷ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 20. Januar 2021, Seite 25.

Aus all diesen oben aufgeführten Gründen, so folgert die UBS in ihrer Studie, sollten sich Investoren, die Wohnimmobilien als Kapitalanlage erworben haben, dringend überlegen, ob sie nicht den günstigen Moment der hohen Preise nutzen wollen, um **„ihre Immobilien auf dem aktuellen Höhepunkt des Marktes zu verkaufen“**.¹³⁸

Dieser Einschätzung können wir uns von *Schmitz & Cie.* nur anschließen. Aber wir sehen noch einen viel gewichtigeren Grund, sich jetzt von einem großen Teil seines Immobilienbesitzes zu trennen: die drohenden Lastenausgleichsabgaben, die wir im letzten Kapitel angesprochen haben. Vielleicht werden die Politiker sich einen anderen Namen für die Zwangsabgaben auf Immobilien ausdenken, um den Begriff Lastenausgleichsabgaben zu vermeiden. Aber egal ob der Name dann „Immobilien-Abgabe“, „Corona-Soli“ oder sonst wie heißen wird: „Immobilien werden zum beliebten Ziel der Politik für Sondersteuern aller Art werden.“¹³⁹

Aktuell betragen die explizite und die implizite Staatsverschuldung in Deutschland zusammen rund 8.000 Milliarden Euro. Hinzu kommen noch die Belastungen aus den derzeitigen „Corona-Hilfspaketen“ von rund 1.800 Milliarden Euro. Damit beträgt die Gesamtverschuldung des deutschen Staates rund 10.000 Milliarden Euro – Tendenz stark steigend. Diesen Staatsschulden steht ein Immobilienvermögen der Bürger von ungefähr 8.000 Milliarden Euro gegenüber. Was liegt für die Politiker also näher, als sich an diesem großen Topf schadlos zu halten?

Die von *Schmitz & Cie.* erwartete einmalige Vermögensabgabe oder Lastenausgleichs-abgabe könnte sich bei einem einsetzenden Preisrückgang für Immobilien (Gründe siehe oben) dann schnell als „Brandbeschleuniger“¹⁴⁰ erweisen. Dann könnte eine Situation am Immobilienmarkt entstehen, wo viele Hauseigentümer verkaufen wollen, aber kaum jemand kaufen will oder kann. „Der heute noch beachtliche Wert eines Mietshauses könnte dann über sehr viele Jahre hinweg erodieren, bis er kaum noch bedeutsam ist.“¹⁴¹

4.7 Lebensversicherungen vor dem Ende?

Ein Lieblingsinvestment der deutschen Sparer ist und bleibt die Kapitallebensversicherung. Es gibt in Deutschland mehr Lebensversicherungen als Einwohner. Aktuell

¹³⁸ Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 1. Oktober 2020, Seite 21. Das Zitat stammt aus der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 1. Oktober 2020, Seite 27.

¹³⁹ Daniel Stelter im Interview „Der Corona-Schock ist Höhe- und Wendepunkt“ mit der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 8. Mai 2020 auf Seite 21. Stelter warnt auch vor zusätzlichen Eingriffen der Politiker auf dem Immobilienmarkt wie zum Beispiel den Mietendeckel in Berlin. Und Philipp Vorndran (Flossbach von Storch) ergänzt: „Für Immobilien-Anleger könnte dies beispielsweise bedeuten, dass sie über Steuern oder Sondervermögensabgaben um ihre Erfolgsprämie gebracht werden.“ Siehe *Neue Zürcher Zeitung* vom 30. April 2020, Seite 23.

¹⁴⁰ Volker Nied: *Vorbereitungen auf den finalen Crash. Ein Insider packt aus*, Kopp Verlag, September 2020, Seite 114.

¹⁴¹ Volker Nied: *Vorbereitungen auf den finalen Crash. Ein Insider packt aus*, Kopp Verlag, September 2020, Seite 46. Der Autor erinnert an eine vergleichbare Situation vor fast einhundert Jahren, denn da „war die vermietete Immobilie für circa 30 Jahre wirtschaftlich ‚tot‘.“

stecken über 2.000 Milliarden Euro von insgesamt 7.100 Milliarden Euro des privaten Geldvermögens der Deutschen in dieser Anlageform.¹⁴² Aber warum eigentlich sind Lebensversicherungen so beliebt?

In den letzten Jahrzehnten war es sicherlich die von den Deutschen so geschätzte und gesuchte Sicherheit, mit denen eine Anlage in Lebensversicherungen punkten konnte. Jeder Anleger konnte sich auf die Garantie der Versicherungsgesellschaften verlassen, am Laufzeitende der Versicherung mindestens seine eingezahlten Beiträge zu bekommen – plus eine garantierte Mindestverzinsung für die gesamte Laufzeit auf seine Sparbeiträge, das sind in der Regel rund 85 Prozent seiner eingezahlten Beiträge. Ungefähr 15 Prozent der Beiträge zweigen die Versicherungsgesellschaften als Betriebskostenaufwendungen ab, um damit den Risikoschutz, die Verwaltung der Wertpapiere und die Provisionen für die Vermittler zu bezahlen.¹⁴³ Und erwirtschaften die Versicherungsgesellschaften höhere Erträge, als sie für die Garantien benötigen, entstehen Überschüsse, die auf Grundlage eines gesetzlich geregelten Verfahrens an die Versicherungskunden ausgeschüttet werden.



Quelle: *Handelsblatt* vom 28. Dezember 2020, Seite 28

Doch die Zeiten haben sich grundlegend geändert. „Das Ende der Sicherheit“¹⁴⁴ titelt das *Handelsblatt* und die *WirtschaftsWoche* schreibt: „Garantiert unsicher“.¹⁴⁵ Die Gründe hierfür sind vielschichtig. Drei wesentliche Punkte seien hier genannt.

¹⁴² Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 5. Januar 2021, Seite 23.

¹⁴³ Vgl. *Handelsblatt* vom 23. - 27. Dezember 2020, Seite 47.

¹⁴⁴ *Handelsblatt* vom 23. - 27. Dezember 2020, Seite 1 und Seite 45.



Zum einen hält **der Trend sinkender Zinsen an den Kapitalmärkten**, auf denen die Versicherer ihre Kundengelder anlegen müssen, seit Jahrzehnten an (siehe blaue Kurve in der folgenden Grafik). Als Folge davon sinkt seit 20 Jahren auch die Garantieverzinsung der Lebensversicherer von vier Prozent (Ende der 1990er Jahre) auf aktuell nur noch 0,9 Prozent (rote Linie in der Grafik):



Quelle: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 3. Dezember 2020, Seite 27

Und ab dem Jahr 2022 sollen die deutschen Lebensversicherer ihren Kunden sogar nur noch maximal eine Verzinsung von 0,25 Prozent auf neue Policen versprechen dürfen.¹⁴⁵ Die Niedrigzinsen torpedieren so systematisch das bisher bekannte Modell der Kapitallebensversicherung. „Die Lebensversicherung in der bisherigen Form wird damit zum Auslaufmodell“ resümiert das *Handelsblatt*.¹⁴⁷

Der zweite wichtige Grund für die Gefährdung der Lebensversicherungen ist **das Ende der Beitragsgarantie**. Bisher galten Kapitallebensversicherungen als absolut sichere Anlage. „Nun lassen die Versicherer die Bombe platzen. Kunden können im Extremfall

¹⁴⁵ *WirtschaftsWoche* vom 30. Oktober 2020, Seite 74.

¹⁴⁶ Vgl. hierzu *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 3. Dezember 2020, Seite 27 sowie *Handelsblatt* vom 3. Dezember 2020, Seite 32.

¹⁴⁷ *Handelsblatt* vom 28. Dezember 2020, Seite 28.



künftig zwischen zehn und 40 Prozent des eingezahlten Geldes verlieren".¹⁴⁸ So wird es beispielsweise beim Marktführer *Allianz* ab dem Jahr 2021 für Privatkunden nur noch Lebensversicherungsprodukte mit Garantien von 90, 80 oder gar nur 60 Prozent der eingezahlten Beiträge geben. Die jahrzehntelange Tradition, die gesamten Beiträge zu garantieren, ist damit zu Ende.¹⁴⁹



Quelle: *Handelsblatt* vom 13. - 15. November 2021, Seite 26

Und der dritte und gewichtigste Grund für eine sehr kritische Betrachtung der Lebensversicherungen ist der möglicherweise bevorstehende **Konkurs von mehreren Lebensversicherungsgesellschaften!** Bei dauerhaft niedrigen Zinsen und ohne Geldzufluss würden einige Lebensversicherer in finanzielle Schieflage geraten, stellte der *Ausschuss für Finanzstabilität* vor kurzem fest.¹⁵⁰ Bei einigen Gesellschaften könnte dies schon Mitte der 2020er Jahre so weit sein. „Das Bundesfinanzministerium bereitet sich augenscheinlich auf die Pleite von mehreren Lebensversicherern vor.“¹⁵¹

Und sollte ein Lebensversicherer in finanzielle Schieflage geraten, „ist auch die Herabsetzung eigentlich garantierter Ansprüche möglich.“¹⁵² Paragraph 314 des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) „ermöglicht der staatlichen Aufsichtsbehörde einen direkten Zu- und Eingriff in die Ersparnisse von Lebensversicherungskunden. Dies ist eine Art

¹⁴⁸ *Handelsblatt* vom 23. - 27. Dezember 2020, Seite 45.

¹⁴⁹ Vgl. *Handelsblatt* vom 13. - 15. November 2020, Seite 26.

¹⁵⁰ Vgl. *WirtschaftsWoche* vom 30. Oktober 2020, Seite 76. Dem Ausschuss für Finanzstabilität gehören unter anderem Vertreter vom Bundesfinanzministerium, der Bundesbank und der Finanzaufsicht Bafin an.

¹⁵¹ *WirtschaftsWoche* vom 30. Oktober 2020, Seite 76.

¹⁵² Siehe vorherige Fußnote.

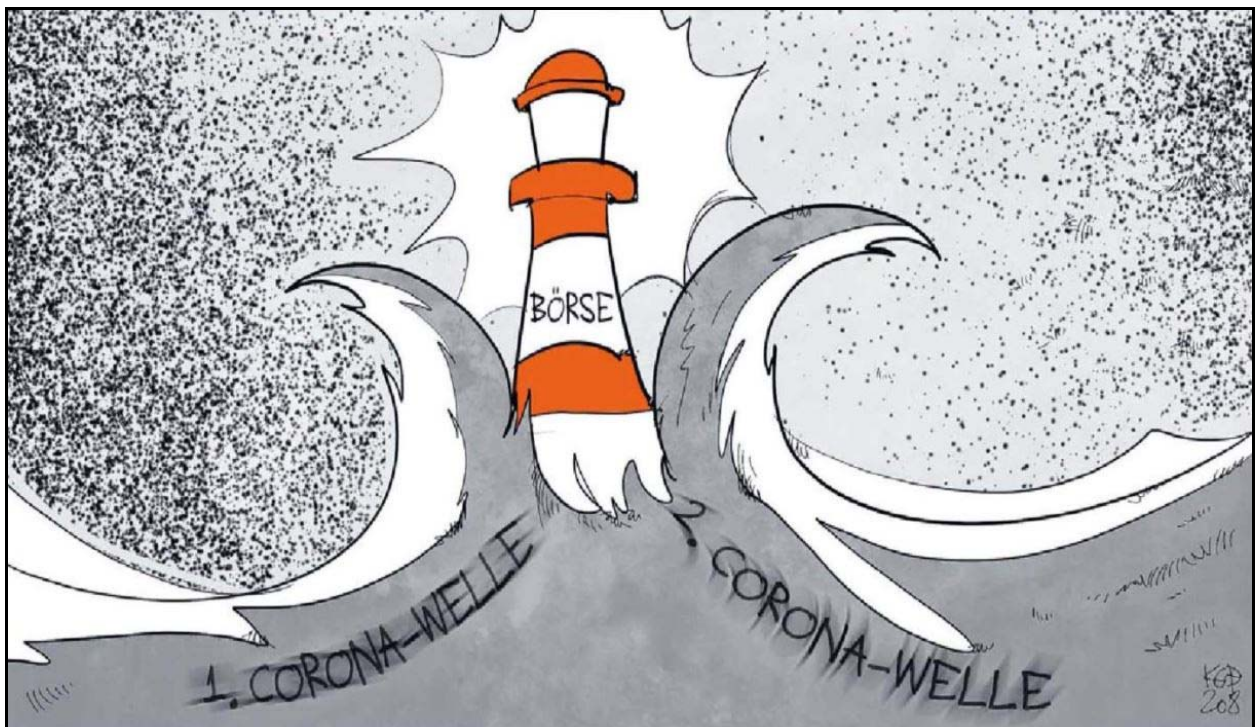


der Enteignung.¹⁵³ Denn solange die Versicherungsgesellschaften am Kapitalmarkt weniger Zinsen erwirtschaften, als sie in ihren Altverträgen an Garantieverzinsung an ihre Kunden zahlen müssen, verlieren die Lebensversicherungsgesellschaften Jahr für Jahr Geld. Einige Unternehmen zehren bereits von ihrer Substanz. Im Jahr 2019 erzielten schon 14 von 59 Lebensversicherern nicht genug Kapitalerträge, um damit die Garantieansprüche der Kunden zu erfüllen!¹⁵⁴

Da nützt dann auch die Garantie der Lebensversicherungen nichts mehr. Denn wer garantiert für die Garantie? Wir empfehlen unseren Kunden daher, insbesondere **mittel- und langfristige Lebensversicherungsverträge zu kündigen**. Besser jetzt einen kleinen Verlust akzeptieren als in einigen Jahren einen großen Verlust hinnehmen zu müssen!

5. Ausblick auf das Investmentjahr 2021

Bis jetzt haben die erste und auch die zweite Corona-Welle der Börse noch nicht viel anhaben können – die Aktiennotierungen stehen in der Nähe ihrer Höchstkurse:



Quelle: *Handelsblatt* vom 18. August 2020, Seite 28

Aber bleibt das auch so? Was passiert, wenn die Wirtschaft weiteren Schaden nimmt, besteht dann nicht auch für die Börsenkurse die Gefahr eines Rückschlags?

¹⁵³ Michael Grandt: Vorsicht Enteignung! Der Griff nach Ihrem Vermögen, Kopp Verlag, November 2020, Seite 194. Der Paragraf 314 ist übrigens erst am 19. März 2020 aufgrund der sich zuspitzenden finanziellen Situation bei den Lebensversicherungsgesellschaften geändert worden.

¹⁵⁴ *WirtschaftsWoche* vom 30. Oktober 2020, Seite 76.

Aktuell ist die Situation der Wirtschaft noch vergleichbar mit dem schlingernden und orientierungslos voranschreitenden Männchen, das in dem folgenden Cartoon abgebildet ist:



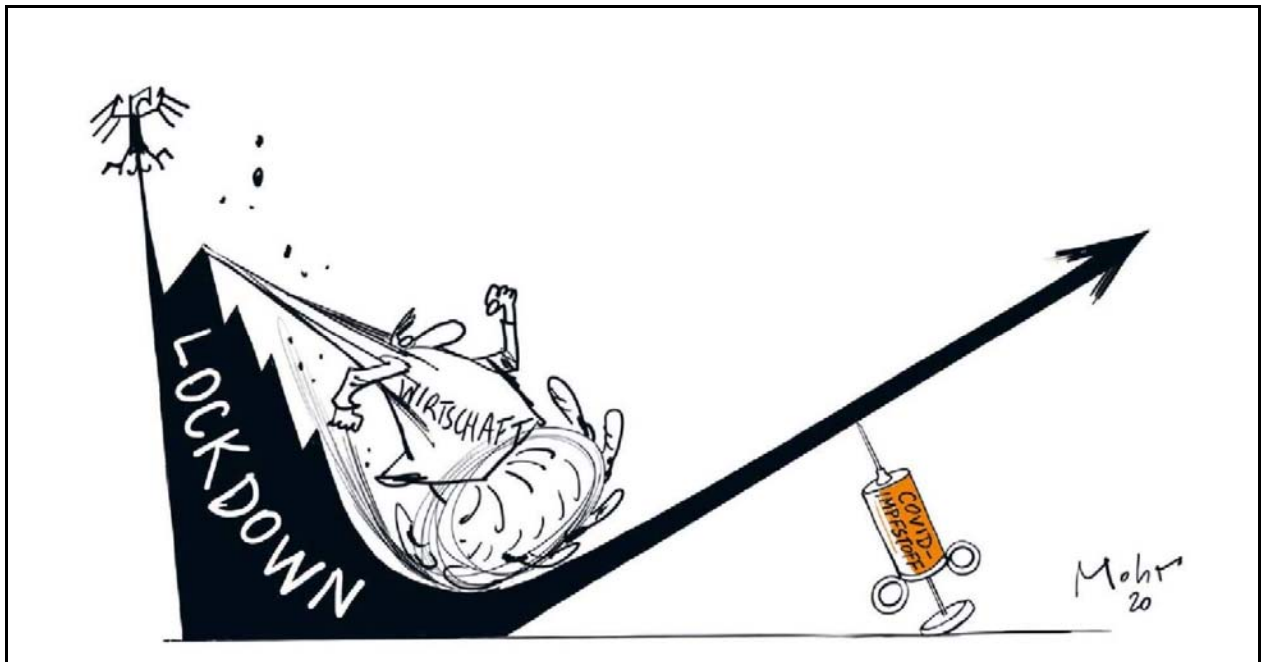
Quelle: *Handelsblatt* vom 12. November 2020, Seite 14

Die Wirtschaft taumelt von ihrem ersten (Teil-)Lockdown zu einem anschließenden kompletten Lockdown und hofft von Woche zu Woche, dass ihr eine weitere (und von den Politikern häufig verlangte) Verlängerung des Lockdowns erspart bleiben möge.

Aber wenn der Winter erst überstanden ist und die Massenimpfungen die künstliche Herdenimmunität langsam erreichbar erscheinen lässt, dann wird sich der Wirtschaftsaufschwung nicht mehr bremsen lassen. Bis zum Spätsommer dürften so viele Menschen in Europa immunisiert sein, dass die Pandemie abflauen und in einem Jahr – hoffentlich – verschwunden sein wird.

Und dann hilft uns ein Blick in die Geschichtsbücher, wie es weiter gehen wird: „Historische Erfahrungen aller Pandemien zeigen: Sind sie vorbei, startet die Wirtschaft durch.“¹⁵⁵

¹⁵⁵ *Handelsblatt* vom 23. - 27. Dezember 2020, Seite 16. In dem Artikel „2021 – das Aufschwungsjahr“ wird auch auf den Rückenwind aus dem wieder boomenden China und anderen Ländern Asiens für die Exportindustrie hingewiesen.



Quelle: *Handelsblatt* vom 15. Dezember 2020, Seite 16

Die Frage ist also nicht, ob der selbsttragende Aufschwung kommen wird, sondern nur, wann er kommt. Bestenfalls kann man sich noch darüber streiten, ob die Wirtschaft mit einem „Flugschanzeneffekt“ ins Fliegen kommt (wie auf dem obigen Bild zu sehen), oder doch eher mit einem „Katapulteffekt“ beschleunigt wird (siehe unteres Bild).



Quelle: *Handelsblatt* vom 23. - 27. Dezember 2020, Seite 16

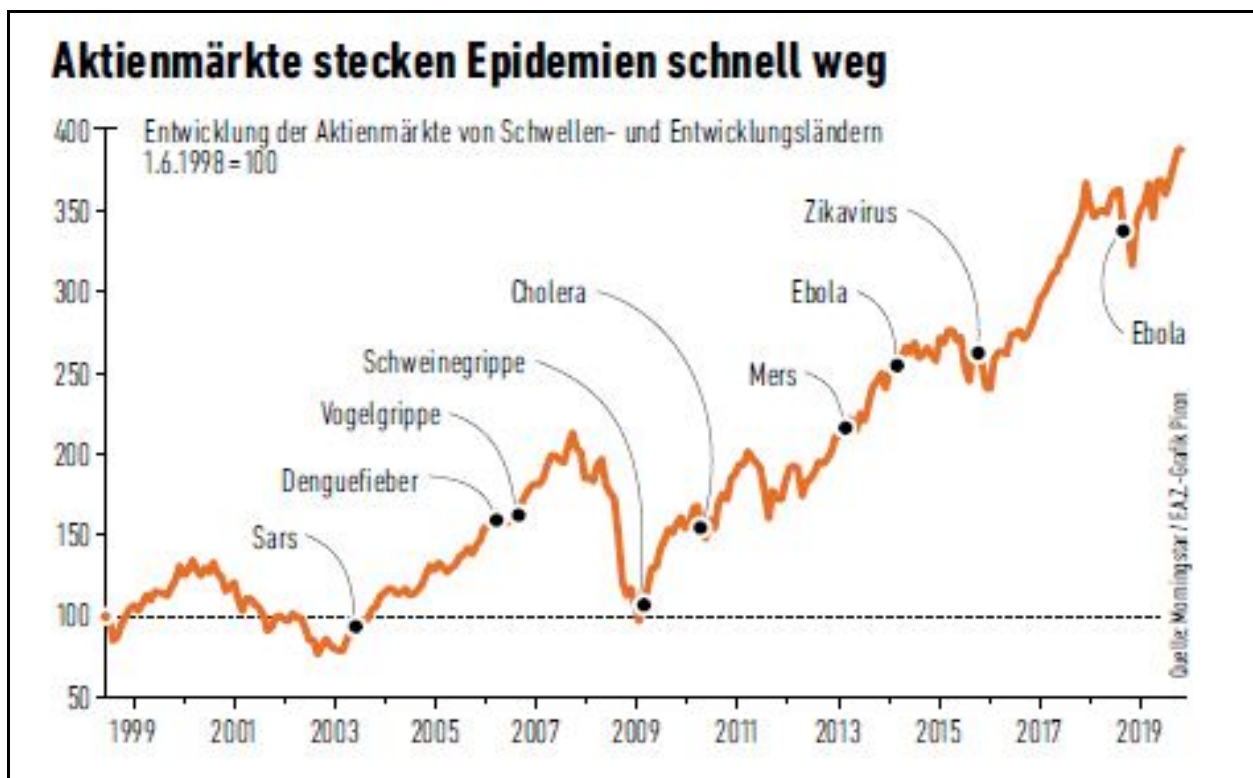
Die Weltwirtschaft in ihrer Gesamtheit ist schon angesprungen, vor allem in Asien. Und das ganze Geld, das hierzulande die Konsumenten derzeit nicht in Restaurants, im Urlaub oder beim Skifahren ausgeben können, wird ja nicht vernichtet, sondern es wird



gespart und steht dann nach dem Lockdown für den Konsum zur Verfügung. In Deutschland ist die Sparquote der privaten Haushalte im Jahr 2020 auf ein Rekordhoch von 16 Prozent gestiegen. Üblicherweise pendelte der Wert in den vergangenen anderthalb Jahrzehnten um die zehn Prozent.¹⁵⁶ Vergleichbares gilt auch für die USA: „Die US-Haushalte haben 2020 rund eine Billion Dollar zwangsweise gespart. Dieses Geld wird ausgegeben, wenn das wieder möglich ist. **Es wird eine Einkaufstour gigantischen Ausmaßes geben ...**“¹⁵⁷

Das alles spricht für eine kräftige Wirtschaftserholung im Jahr 2021, höhere Unternehmensgewinne und steigende Aktienkurse. Ja, auch für steigende Kurse an den internationalen Aktienmärkten. Denn so schwierig das aktuelle wirtschaftliche Umfeld auch sein mag, die Börsen schauen nicht auf die triste Gegenwart, sondern auf eine bessere Zukunft.

Auch der Blick in die Vergangenheit zeigt deutlich auf, wie wenig Epidemien den internationalen Aktienmärkten mittel- und langfristig anhaben konnten:



Quelle: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* vom 1. März 2020, Seite 27

Und deshalb gilt auch für das Jahr 2021: **An Aktien führt kein Weg vorbei!** Die gigantische Geldmengenausweitung durch die internationalen Notenbanken und der riesige, aufgestaute Nachholbedarf beim Konsum sind gewaltige Argumente für weiter steigende Aktienkurse.

¹⁵⁶ Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 5. Januar 2021, Seite 23.

¹⁵⁷ Niall Ferguson im Interview „Es wird eine Einkaufstour gigantischen Ausmaßes geben“ mit dem *Handelsblatt* vom 17. Dezember 2020 auf den Seiten 14 - 15, hier Seite 14.

Zusätzliche Argumente für ein erfolgreiches Jahr 2021 an den internationalen Aktienbörsen finden sich in Kurzform in Kapitel 6 (Durchblick mit aktuellen Presseartikeln) auf Seite 72.

Natürlich kann und wird es immer wieder Rückschläge auf dem Weg nach oben geben. Aber das ändert nichts an der absoluten Erfolgsgeschichte von Aktien. Selbst wer den größten Rückschlag der Börsengeschichte als Aktionär mitgemacht hat, als am 19. Oktober 1987 das älteste und bekannteste Börsenbarometer der Welt, der *Dow Jones*, innerhalb nur eines Tages fast 23 Prozent an Wert verlor und von rund 2.200 Punkten auf rund 1.700 Punkte stürzte, kann sich heute bei einem Stand des Dow Jones von über 30.000 Punkten über eine **Verdreizehnfachung** (!) seines Vermögens freuen.

Und auch der Deutsche Aktienindex *DAX* hat zahlreiche dramatische Rückschläge in seiner Geschichte hinnehmen müssen. Man denke nur an den fast 40prozentigen Absturz im Februar und März des letzten Jahres. Und in ungefähr derselben, rund 30jährigen Zeitperiode hat er sich von seinem allerersten Stand von 1.000 Punkten im Jahr 1988 auf seinen aktuellen Stand von über 13.000 Punkten ebenfalls mehr als **verdreizehnfach**.

Das häufig zu hörende Argument „Aktien sind mir zu riskant“ kann angesichts ihrer enormen Erfolgsgeschichte und der mangelnden Rentabilität aller anderen Vermögensanlagen (auch von Immobilien!) nicht gelten. Gerne zitieren wir an dieser Stelle zum wiederholten Male den langjährigen Mentor des Verfassers dieser Berichte: **„Kurzfristig ist es riskant, Aktien zu haben, langfristig ist es riskant, keine Aktien zu haben.“**

Wie präsent der bereits vor 21 Jahren verstorbene *André Kostolany* auch heute immer noch in den Medien ist, zeigen zwei aktuelle ganzseitige Artikel über den Börsenguru mit der Überschrift „Kostolanys Methode funktioniert noch heute“¹⁵⁸ und „Aktien kaufen und Schlaftabletten nehmen“¹⁵⁹. Und auch das Bankhaus *M.M. Warburg* schreibt als Überschrift in einer mehrseitigen Studie „Aktien kaufen und dann schlafen: Warum Kostolany richtig lag“.¹⁶⁰

Wer in kurzer und prägnanter Form mehr über Kostolany erfahren möchte und wissen will, warum seine Börsenweisheiten auch in heutiger Zeit noch ihre Gültigkeit haben, dem sei ein vor kurzem erschienenenes Büchlein empfohlen: „Alles, was Sie über André Kostolany wissen müssen. Der Grandseigneur der Börse auf gerade mal 100 Seiten“.¹⁶¹

¹⁵⁸ *DIE WELT* vom 17. Oktober 2020, Seite 17.

¹⁵⁹ *Handelsblatt* vom 13. - 15. November 2020, Seite 38.

¹⁶⁰ *M.M. Warburg*, Konjunktur und Strategie, 20. August 2020 sowie „Kostolanys Schlaftablettenportfolios, Teil II“ vom 27. August 2020.

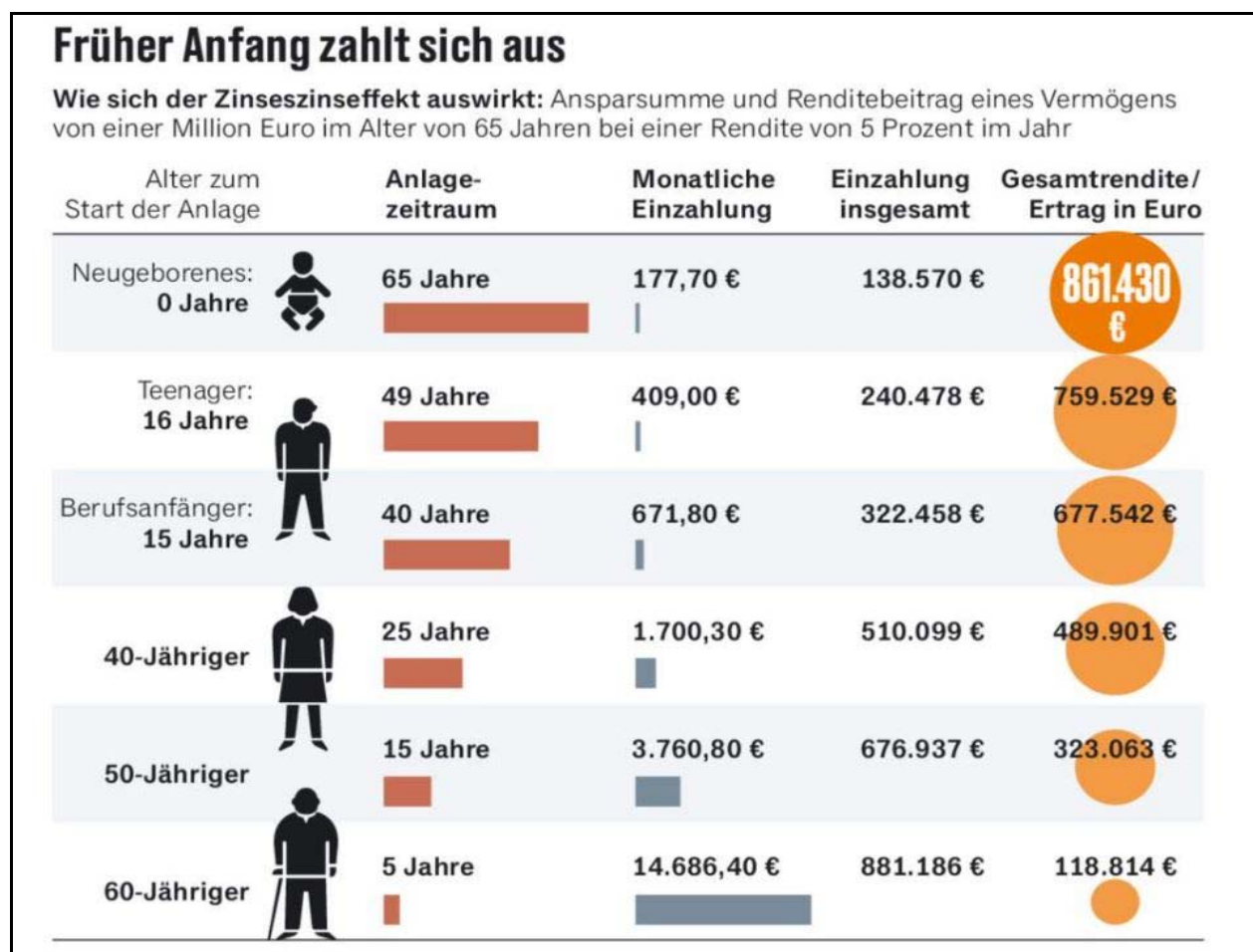
¹⁶¹ Das Büchlein stammt aus der Feder von *Rolf Morrien* und *Heinz Vinkelau* und ist im FinanzBuch Verlag, München 2020, erschienen.



Und wer sich nicht traut, auf dem aktuellen Kursniveau an der Börse seine ersten Investitionen in Aktien oder Aktienfonds zu tätigen, dem sei ein schrittweiser Einstieg empfohlen. Am besten mit Investmentfonds und am besten mit regelmäßigen Sparbeträgen!

„Reich werden ist mühsam und mit Verzicht verbunden“ lautet die Überschrift eines Artikels in der *Neuen Zürcher Zeitung*, in dem Wege aufgezeigt werden, wie man sich langfristig ein Vermögen aufbauen kann.¹⁶² Die Voraussetzung dafür ist Sparen, Sparen, Sparen. Nur wer weniger Geld ausgibt, als er verdient, nur wer Konsumverzicht übt, kann über die finanziellen Mittel verfügen, durch regelmäßige Einzahlungen in Investmentfonds ein Vermögen zu bilden. Denn wie wusste schon der legendäre Gründer der Ford Motor Company, *Henry Ford*: **„Reich wird man nicht durch das, was man verdient, sondern nur durch das, was man nicht ausgibt.“**

Der sicherste Weg zu einem größeren Vermögen ist der frühe Beginn des regelmäßigen Sparens. Wer im Alter von 65 Jahren über ein Kapital von einer Million Euro verfügen möchte, für den sind in der folgenden Übersicht sechs verschiedene monatliche Sparbeiträge angegeben, die je nach dem Startzeitpunkt für das Anwachsen des Vermögens auf eine Million bei einer Rendite von fünf Prozent pro anno notwendig sind:



Quelle: *Handelsblatt* vom 8. - 10. Dezember 2020, Seite 33

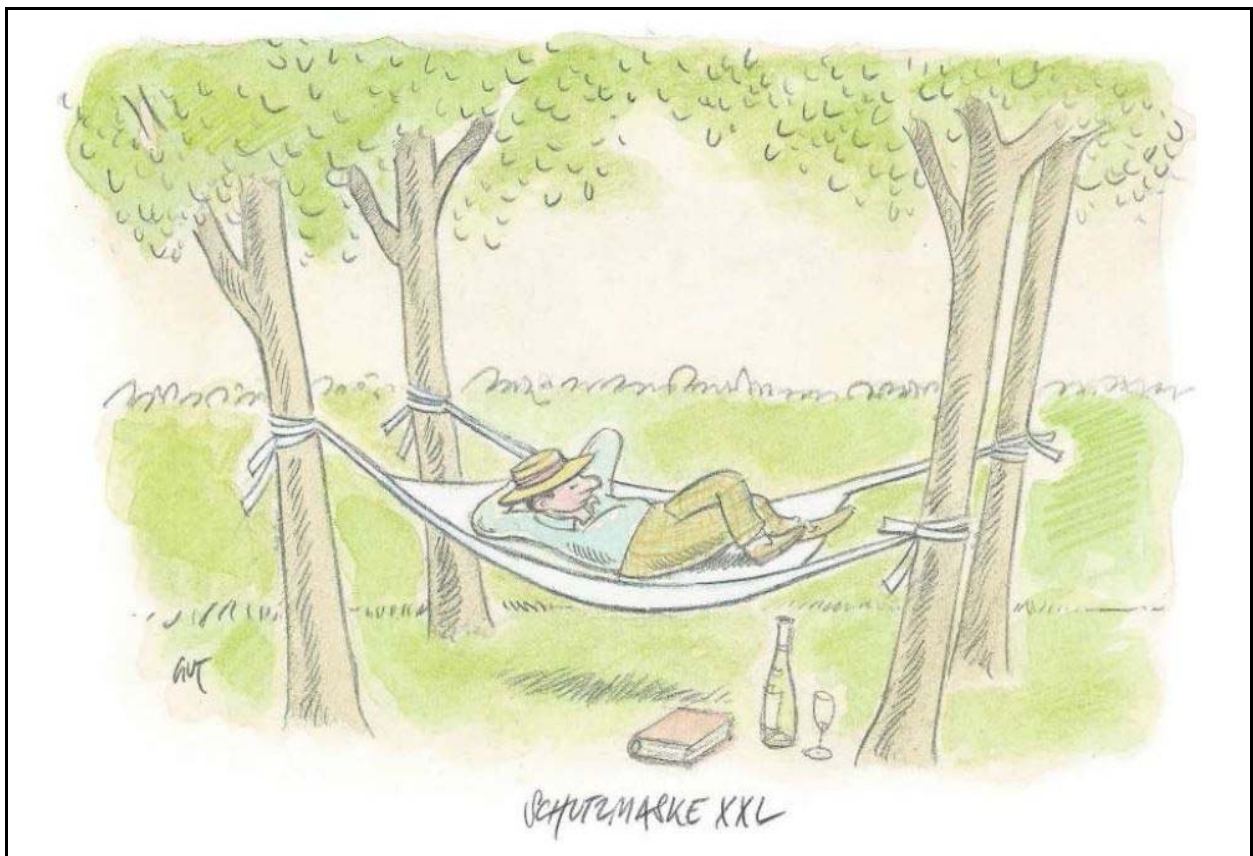
¹⁶² Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 14. Januar 2021, Seite 25.



Je früher man mit dem Sparen und einer Investition in Fonds anfängt, desto geringer muss die monatliche Einzahlung ausfallen, um sein Ziel zu erreichen. Wer beispielsweise für seine Kinder oder Enkelkinder bereits bei deren Geburt mit monatlichen Sparraten beginnt, kommt mit knapp 180 Euro pro Monat aus. Dabei sind über die gesamte Laufzeit von 65 Jahren lediglich knapp 140.000 Euro Eigenleistung aufzubringen; rund 860.000 Euro ergeben sich aus Zins und Zinseszins.

Wer hingegen erst mit 60 Jahren mit regelmäßigen Sparraten für seine Investmentfonds beginnt, der muss schon fast 15.000 Euro monatlich (!) aufwenden, um bis zum Alter von 65 noch seine gewünschte Zielsumme von einer Million Euro zu erreichen.

Fazit: wer früh genug mit Sparen beginnt, kann es sich in Zukunft gut gehen lassen – auch in Corona-Zeiten:



Quelle: *Neue Zürcher Zeitung* vom 25. April 2020, Seite 8

6. Durchblick mit aktuellen Presseartikeln

- Artikel „Jetzt bieten sich Kaufgelegenheiten“ aus *DAS INVESTMENT* vom 20. März 2020 (Seite 61 - 64)
- Fondsanalyse „Schmitz & Partner Global Offensiv Fonds“ aus dem *Smart Investor* Juli 2020 (Seite 65)
- Interview mit dem *Intelligent Investors* vom 8. September 2020: „Langfristig ist es riskant, keine Aktien zu haben (Seite 66 - 68)
- Interview mit dem *Smart Investor* September 2020: „Der Staat hat alle wichtigen Daten schon“ (Seite 69 - 71)
- Kolumne „2021 dürften Aktien weiter zulegen“ aus dem *Smart Investor* Januar 2021 (Seite 72)



DAS INVESTMENT

Vermögensverwalter Holger Schmitz zum Corona-Virus

„Jetzt bieten sich Kaufgelegenheiten“

Der jüngste Börseneinbruch ist deutlich überzogen, denkt Holger Schmitz. Der Vorstand von Schmitz & Partner ist überzeugt: Die Angst vor der Epidemie richtet deutlich mehr Schaden an als die Krankheit selber.



Holger Schmitz

Die vergangenen Tage waren nicht schön für Besitzer von Aktien. Die fortschreitende Ausbreitung des Corona-Virus setzte die Märkte massiv unter Druck und zudem brach auch noch der Ölpreis überraschend ein. Die Kursanzeigen an den weltweiten Börsen waren tiefrot.

Doch klar ist auch: Reale Verluste entstehen Anlegern erst dann, wenn sie ihre Positionen verkaufen. Solange sie dies jedoch nicht tun, verringert sich lediglich der für ihren Depotbestand ausgewiesene Wert. Und panikbasierte Verkäufe haben sich noch nie als gute Lösung erwiesen.

Der Kurseinbruch ist durch Hysterie bedingt

Ich bin davon überzeugt, dass das Ausmaß der jüngsten Kursturbulenzen zu großen Teilen das



DAS INVESTMENT

Resultat übertriebener und ungerechtfertigter Hysterie rund um das Corona-Virus ist. Wieder einmal wird an den Börsen die kurzfristige Situation deutlich überbewertet, die langfristige Perspektive dagegen unterbewertet. Daher dürfte letztendlich die Angst vor dem Virus sogar mehr wirtschaftlichen Schaden anrichten als die Krankheit selber. Hinzu kommt an der Börse der computergestützte Handel, der durch automatisch generierte Verkaufsaufträge innerhalb kurzer Zeit einen Dominoeffekt fallender Kurse auslösen kann.

Spätestens wenn sich die aktuelle Unruhe legt – etwa weil ein Impfstoff oder Gegenmittel gegen das Virus gefunden wird oder sich zumindest die Ausbreitungsrate verringert – dürfte eine rationale Sichtweise an die Aktienmärkte sowie in die Gesellschaft zurückkehren. Auch viele jetzt aufgeschobene Investitionen und Konsumausgaben werden dann voraussichtlich nachgeholt, was die Unternehmen wieder beflügelt – und damit auch ihre Aktienkurse.

Timing-Versuche sind unbrauchbar

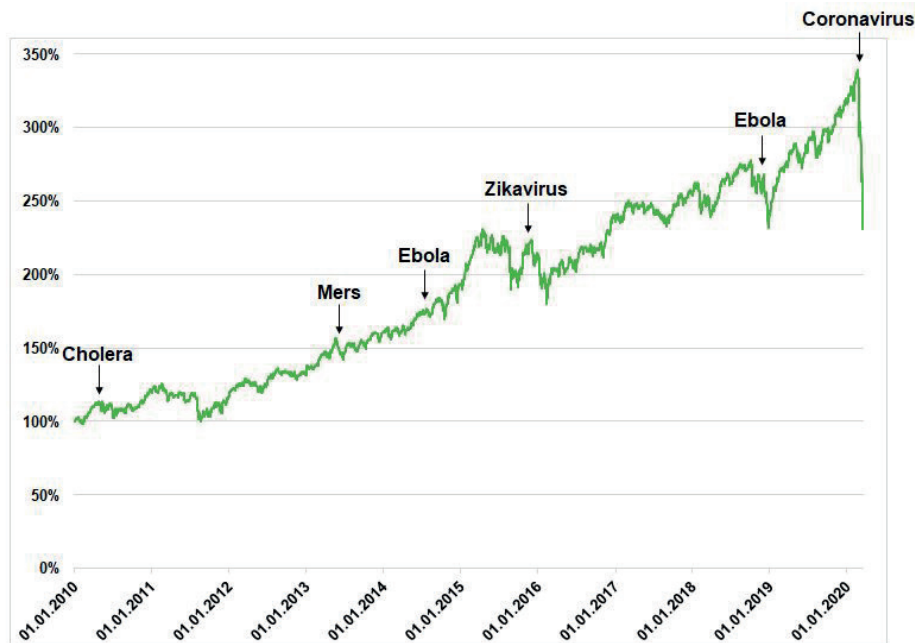
Wer sich jetzt jedoch von Panik leiten lässt und kurzfristig Aktien verkauft, steht vor gleich zwei Problemen: Erstens realisiert er die bereits eingetretenen Wertrückgänge. Und zweitens kann niemand realistisch vorhersagen, wann die Märkte wieder nach oben drehen. Da Bärenmärkte zumeist von eher kurzer Dauer sind, Aufschwünge sich jedoch oft über viele Jahre ziehen, riskieren solche Anleger, mitanzusehen zu müssen, wie die von ihnen verkauften Aktien ihre Verluste nicht nur wieder aufholen, sondern weitere Zuwächse realisieren. Daher führen Timing-Versuche in aller Regel nur dazu, langfristig die Gewinne zu reduzieren oder sogar Verluste zu erleiden.

Aktien sind und bleiben die beste Anlageform

Dies veranschaulicht die nachfolgende Grafik, die den Kursverlauf des MSCI World Net Return seit dem Jahr 2010 abbildet. Dies ist ein sehr breit gefasster Index, der weltweite Aktien beinhaltet und somit von sämtlichen global eingetretenen Ereignissen beeinflusst wird – positiven wie auch negativen.



DAS INVESTMENT



Entwicklung des MSCI World Net Return in Euro (01.01.2010 = 100): Börsen sind langfristig betrachtet krisenbeständig

Selbst nach dem jüngsten Kurseinbruch stehen für Anleger über die vergangenen etwas mehr als 10 Jahre noch immer erhebliche Kurszuwächse von über 230 Prozent zu Buche. Eine solche Wertsteigerung bei gleichzeitig sehr breiter Risikostreuung, höchster Liquidität und jederzeitiger Handelbarkeit konnte keine andere Anlageklasse erzielen.

Noch wichtiger ist jedoch: Alle politischen, wirtschaftlichen oder sonstigen globalen wie regionalen Krisen (oben sind exemplarisch einige Epidemien eingetragen, auch wenn diese natürlich nicht an das Ausmaß der aktuellen Corona-Virus-Pandemie heranreichten) konnten die Börsen stets überwinden, um anschließend auf neue Höchstwerte zu steigen. Und aktuell deutet nichts darauf hin, dass es nicht auch dieses Mal wieder auf genau dasselbe Ergebnis für diejenigen Anleger hinauslaufen wird, die jetzt die nötige Ruhe und Weitsicht bewahren.

Jetzt bieten sich Kaufgelegenheiten

Die aktuell wieder günstigen Kurse bieten aus meiner Sicht interessante (Zu)Kaufgelegenheit. Die Lage erinnert an den 19. Oktober 1987, als der Dow Jones am „Schwarzen Montag“ von über 2.200 Punkten auf rund 1.700 Zähler abrutschte – die minus 23 Prozent waren der stärkste jemals



DASINVESTMENT

verzeichnete Tagesverlust. Obwohl viele Börsenkommentatoren und Crashpropheten im Oktober 1987 einen langjährigen Bärenmarkt mit nachfolgender Depression heraufbeschworen, der sogar noch den großen Kurseinbruch von 1929 bis 1933 und die sich anschließende Weltwirtschaftskrise übertreffen sollte, konnte der Dow Jones bereits 15 Monate später wieder sein Kursniveau von vor dem Crash erreichen. Heute steht der Index bei knapp 20.000 Punkten und damit bei mehr als dem Zehnfachen des damaligen Tiefststandes.

Dieser Artikel erschien am **20.03.2020** unter folgendem Link:

<https://www.dasinvestment.com/vermoegensverwalter-holger-schmitz-zum-coronavirus-jetzt-bieten-sich-kaufgelegenheiten/>



Analyse II

Schmitz & Partner Global Offensiv

Vermögensverwaltung im Duo

Der vermögensverwaltende Fonds Schmitz & Partner Global Offensiv wird von Dr. Holger Schmitz gelenkt, der seine Karriere noch unter der Börsenlegende André Kostolany bei der FIDUKA gestartet hat. Der Fonds sollte im Zusammenhang mit seinem Pendant, dem Schmitz & Partner Global Defensiv, betrachtet werden. Durch die flexible Mischung beider Strategien können Anleger individuell das jeweils geeignete Chance-Risiko-Verhältnis umsetzen. Die Kombination bringt einen echten Mehrwert, denn die Portfolios beider Fonds weisen keine Schnittmenge auf. Der Fondsmanager investiert im Schmitz & Partner Global Offensiv aktuell in Aktien und ausgewählte Aktienfonds; die Anlageklasse Renten spielt in Zeiten überbordender Staatsverschuldung und Negativzinsen keine Rolle. Das Risiko wird über die Cashquote gesteuert.

Kaufen, wenn die Kanonen donnern

Der Fonds hat Anlegern trotz Coronavirus-Crash seit Jahresanfang mit einem Plus von 1,5% eine leicht positive Rendite erbracht (Stand: 14.6.2020). Die FWW-Peergroup Mischfonds dynamisch Welt hat in diesem Zeitraum im Schnitt ein Minus von 8% verbucht. In einer Morningstar-Auswertung der flexiblen Mischfonds mit Stand vom 29.5. konnte sich der Fonds im selben Zeitraum unter den besten 4% von mehr als 1.000 vergleichbaren Strategien positionieren. Oft liegt für Fondsmanager der Gewinn im Einkauf – so auch hier. Dr. Schmitz hat die schwachen Kurse im Crash an den Tagen zwischen dem 12.3. und 19.3.2020 gezielt für antizyklische Zukäufe genutzt. Anlageschwerpunkt auf der Aktienseite sind unterbewertete Unternehmen mit starker Bilanz und hoher Eigenkapitalquote; gemieden werden dagegen Firmen mit hoher Verschuldung. 68,3% des Portfolios sind gegenwärtig in die Anlageklasse

Aktien investiert. Falls die bisherigen Jahrestiefststände nochmals unterschritten werden, sind weitere Zukäufe geplant. Mit einer Cashquote von 31,7% (Stand: 10.6.2020) ist man für diese Opportunitäten gut gerüstet.

Conviction-Portfolio

Im Fonds finden sich beispielsweise der dänische Pharmatitel Novo Nordisk sowie der Medizintechnikkonzern STRATEC Biomedical. Neben Healthcarefirmen sind auch Unternehmen aus dem Nachhaltigkeitssektor wie Solar- und Wasserstofftitel im Fonds vertreten. Hinter der Aktienausswahl steht die Überzeugung des Fondsmanagers – das spiegelt sich auch in der Gewichtung der Titel wider. Die Top-Five-Aktien machen bereits knapp 29% des Portfolios aus. Beim Stock Picking achtet Eurokritiker Dr. Schmitz darauf, verstärkt Werte außerhalb der besonders von Staatsschulden belasteten Eurozone zu allokalieren. In Schweizer Franken, norwegischer Krone, US-Dollar und britischem Pfund notierende Unternehmen bieten über die Währungsseite eine zusätzliche Diversifikation.

Risiken im Blick

Der Schmitz & Partner Global Offensiv wies zum Jahresanfang 2020 eine Cashquote von rund 44% auf – dadurch war der Fonds weniger stark vom massiven Markteinbruch im März beeinträchtigt als viele andere Strategien. Der Fondsmanager legt ein starkes Augenmerk auf niedrige Risiken. Im Jahr 2019 lag die Volatilität des Schmitz & Partner Global Offensiv bei 7,7%. Fazit: Der Fonds bietet einen klaren und transparenten Investmentansatz. Der Fokus liegt auf attraktiv gepreisten Qualitätsunternehmen und einer Währungsdiversifikation über den Euroraum hinaus. Beides wird mit einer aktiven Risikosteuerung kombiniert.

Christian Bayer



Dr. Holger Schmitz, Fondsmanager des Schmitz & Partner Global Offensiv

FONDS-SNAPSHOT

WKN: AOMURD

Fondsmanager: Schmitz & Partner AG

Volumen: 16,5 Mio. EUR

Auflegungsdatum: 1.11.2007

Typ: Mischfonds

INTELLIGENT INVESTORS

Langfristig ist es riskant, keine Aktien zu haben

8. September 2020



Stehen europäische Aktien vor einem Comeback? Das ist nur eine der zentralen Fragen, die INTELLIGENT INVESTORS im Interview mit Dr. Holger Schmitz (Gründer, Geschäftsführer und Fondsmanager der Schmitz & Partner AG) ansprach.

INTELLIGENT INVESTORS: Dr. Schmitz, die Corona-Pandemie hat die Welt verändert. Europa macht hier keine Ausnahme. Würden Sie dennoch sagen, dass europäische Aktien auf dem aktuellen Niveau vergleichsweise eher zu den attraktiven Anlageklassen zählen?

Dr. Holger Schmitz: Ich bin davon überzeugt, dass Aktien generell die attraktivste und rentabelste Anlageklasse überhaupt sind. Denn alle Vergleiche beweisen: Die Wertentwicklung von Aktien übersteigt mittel- bis langfristig die Renditen aller übrigen Investment-Alternativen mit deutlichem Abstand. Die geografische Herkunft der Unternehmen spielt hierbei lediglich eine untergeordnete Rolle. Von meinem früheren Weggefährten André Kostolany, für den ich in den späten 1980er Jahren bei der FIDUKA Depotverwaltung gearbeitet habe, stammt hierzu der bekannte Spruch: „Kurzfristig ist es riskant, Aktien zu haben, langfristig ist es riskant, keine Aktien zu haben.“ Diese Erkenntnis halte ich für absolut zutreffend – damals wie heute.



II: Wie stehen die Chancen, dass Europa den US-Markt outperformen kann?

Dr. Schmitz: Wie bereits erwähnt denke ich, dass grundsätzlich Aktien als Anlageklasse substanzielle Vorteile mit sich bringen, wohingegen geografische Aspekte weniger stark ins Gewicht fallen. Anstelle des Herkunftslands kommt es für mich immer auf eine Betrachtung des einzelnen Unternehmens an: Wie ist dieses positioniert? Was sind seine Stärken und Schwächen? Wie sind die zugehörigen Ertragsaussichten und sind diese bereits im Börsenkurs eingepreist, oder besteht hier noch Aufwertungspotenzial?

Davon unabhängig ist allerdings festzustellen, dass viele der US-amerikanischen IT-Werte gegenwärtig an der Börse sehr hoch bewertet sind. Das schließt natürlich nicht aus, dass diese Rally noch weiter anhält. Aber wenn der Abstand zu den Börsenkursen anderer Aktien immer weiter zunimmt, wird die Blase eines Tages unweigerlich platzen.

II: Was bereitet Ihnen mit Blick auf den Kontinent eher Sorgen?

Dr. Schmitz: Die europäischen Politiker machen mir Sorgen. Denn insbesondere in und durch die Corona-Krise drängt sich die Politik zu sehr in die Freiheit sowohl der Einzelnen als auch der Unternehmen. Hierbei eignet sich die Politik meiner Ansicht nach zu viele Machtbefugnisse an, die sie aller Voraussicht nach nicht mehr so schnell wieder hergeben wird.

Hinzu kommt: Die ohnehin schon viel zu hohe Staatsverschuldung innerhalb der EU steigt immer weiter, zuletzt nochmals sprunghaft durch den von der Politik verursachten Lockdown. Hier hätte man alternative Maßnahmen wählen können, die die am stärksten vom Corona-Virus bedrohten Bevölkerungsschichten gezielt und effektiv schützen, ohne jedoch gleichzeitig das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben fast vollständig abzuwürgen. Die Folge des gewählten Weges waren massive Kollateralschäden, die jetzt durch höhere Staatsausgaben aufgefangen werden sollen. Da sich die öffentliche Hand das Kapital von den Bürgern zurückholen wird, drohen insbesondere Lastenausgleichs- oder einmalige Vermögensabgaben.

Und auch die nochmals intensivierte expansive Geldpolitik der Europäischen Zentralbank dürfte nicht ohne Folgen bleiben. Durch die fortgesetzte Geldmengenausweitung droht eine deutlich steigende Inflation. Für die öffentliche Hand hätte dies nebenbei den Vorteil, dass die immensen Staatsschulden real an Wert verlieren – die Geldentwertung wäre politisch also hochwillkommen.

II: Deutschland galt immer als Hort der Stabilität Europas. Sind deutsche Aktien, nach der erstaunlichen Performance in den vergangenen vier Monaten, immer noch per se einen Kauf wert? Welche Sektoren lohnen einen gezielten Blick?

Dr. Schmitz: Auch hier kommt es in erster Linie darauf an, überhaupt in die Anlageklasse investiert zu sein. Bedauerlicherweise sind die Deutschen jedoch nach wie vor sehr skeptisch in Bezug auf Aktien. So haben deutsche Sparer durchschnittlich nur rund 5 Prozent ihres privaten Vermögens in Aktien allokiert – und verpassen dadurch unnötig die Chance auf die höchsten Renditen, gerade langfristig betrachtet. Hier ist aus meiner Sicht weitere Aufklärungsarbeit gefragt, um über die Vorteile von Aktien-Investments zu informieren.



II: Wie sehen Sie die aktuelle Lage in der europäischen Peripherie?

Dr. Schmitz: Durch die Unfähigkeit und den Unwillen der politisch Verantwortlichen in den südeuropäischen Staaten haben es diese Länder versäumt, in den vergangenen Jahren wirtschaftlicher Prosperität ihre Staatsverschuldung auf ein annehmbares Maß zurückzuführen. Im Gegenteil: Die Verschuldung wurde selbst in Boom-Phasen sogar noch deutlich ausgeweitet und das Kapital für konsumtive Zwecke anstelle wichtiger und notwendiger Investitionen eingesetzt. Jetzt in der Krise rufen diese zuvor untätigen Staaten nach Hilfe, geradezu so, als wären sie vollkommen unverschuldet in die missliche Lage geraten. Doch auch wenn natürlich die Corona-Krise niemand vorhersagen konnte, war es geradezu unvermeidlich, dass sich diese Situation früher oder später einstellen würde. Und ganz besonders laut wird natürlich in Richtung Deutschland um Hilfe gerufen, da die Bundesrepublik das größte und wirtschaftlich stärkste Land der EU ist.

Ich halte dies für ein Fass ohne Boden, da es innerhalb der Staatengemeinschaft ganz offenbar keinen Willen dazu gab und jetzt erst recht nicht gibt, schlecht wirtschaftende Staaten für ihr Handeln selber verantwortlich zu machen. Stattdessen wird mit immer neuen Transfers und Krediten ein System künstlich am Leben gehalten, das zu einer sich immer weiter verschlechternden Situation für alle Beteiligten führt. Und ich bin mir sicher: Auch den Euro wird diese Entwicklung früher oder später zum Platzen bringen.

II: Können Sie uns Ihren Ansatz kurz darlegen?

Dr. Schmitz: Mit den zwei Fonds Schmitz & Partner Global Offensiv und Schmitz & Partner Global Defensiv manage ich zwei vermögensverwaltende Fonds. Die Strategie beider Produkte ist komplementär, daher sollten die Fonds stets im Zusammenhang betrachtet werden. Denn durch Mischungen beider Strategien können Anleger nahezu beliebige und vor allem individuell passende Rendite-Risiko-Verhältnisse abbilden. Zudem ist die Schnittmenge zwischen den Portfolien beider Schmitz & Partner-Fonds null, d.h. es wird kein Titel für beide Strategien gleichzeitig allokiert.

Zum Ende des ersten Halbjahres 2020 rangierte der Schmitz & Partner Global Offensiv bei der Wertentwicklung unter den besten 4 Prozent von über 1.000 Fonds, der Schmitz & Partner Global Defensiv war sogar auf Platz 3 unter mehr als 300 Fonds. Das lag insbesondere daran, dass wir den Börseneinbruch zwischen dem 13. und 23. März 2020 für Zukäufe bei Aktien genutzt und dafür Liquiditätsreserven abgebaut haben. (ah)

Dr. Holger Schmitz — Foto: © Schmitz & Partner AG



Hintergrund

Österreichische Schule

„Der Staat hat alle wichtigen Daten schon“

Smart Investor im Gespräch mit dem in der Schweiz ansässigen Vermögensverwalter **Dr. Holger Schmitz** über Kostolany, Corona, Gold und den Staat



Dr. Holger Schmitz ist bereits seit 1988 in der Vermögensverwaltung tätig und arbeitete mehrere Jahre bei der FIDUKA Depotverwaltung im direkten Austausch mit Börsenlegende André Kostolany zusammen, bevor er sich 1993 selbstständig machte. Neben der individuellen Beratung und dem persönlichen Depotmanagement erhalten Kunden durch die Kooperation mit der SCHMITZ & PARTNER AG – Privates Depotmanagement die Möglichkeit, in zwei sich ergänzende Vermögensverwaltungsfonds zu investieren: den Schmitz & Partner Global Offensiv sowie den Schmitz & Partner Global Defensiv. Die Schmitz & Partner AG – Privates Depotmanagement mit Sitz im Tessin, Schweiz, wurde 1997 zur individuellen Betreuung im Vermögensverwaltungsbereich gegründet und arbeitet partnerschaftlich mit der 2005 ebenfalls von Dr. Holger Schmitz gegründeten Schmitz & Cie. GmbH – Individuelle Fondsberatung mit Sitz in München zusammen.

Smart Investor: Herr Dr. Schmitz, in diesem September jährt sich der Todestag von Börsenaltmeister André Kostolany zum 21. Mal. Sie waren ein langjähriger Weggefährte und haben sicher viele interessante Begebenheiten erlebt. Fällt Ihnen spontan eine Geschichte ein?

Schmitz: Zum Klassiker wurde ja die Anekdote mit den Schlaftabletten. „Kosto“ sagte: Kaufen Sie solide Qualitätsaktien und Schlaftabletten. Schlafen Sie zehn Jahre – und wenn Sie wieder aufwachen, werden Sie reich sein. Entstanden ist diese Anekdote bei einem Kostolany-Börsenseminar (siehe auch Buchbesprechung zu Kostolany S. 64). Er hatte sich dort über Trader echauft, die bei 100 kaufen, um bei 105 zu verkaufen, und dann bei 103 wieder zurückkaufen. Seine Antwort war: kaufen und liegenlassen. Das gilt noch heute. Vor gut 30 Jahren startete der DAX bei rund 1.000 Punkten; heute steht er bei ca. 13.000. Ich kann mir spontan keine Kapitalanlage vorstellen, die sich ohne zusätzlichen Aufwand verdreizehnfacht hätte.

Smart Investor: Kostolany garnierte seine Vorträge immer mit einer Vielzahl von Anekdoten und Bonmots. Welches ist Ihre Lieblingsweisheit?

Schmitz: Da ist die Metapher mit dem Hund: Ein Mann geht mit seinem Hund spazieren. Während der Mann gemächlich seines Weges geht, springt der Hund vor und zurück und legt dabei ein Vielfaches des Weges zurück. Am Schluss aber kommen beide gleichzeitig an. Der Mann ist die Wirtschaft und der Hund ist die Börse.

Smart Investor: Wie war das damals eigentlich mit dem Neuen Markt?

Schmitz: Ja, da gab es die tollsten Sachen. In der NDR-Talkshow trafen 1998 Kostolany und der damalige Mobilcom-Chef, Gerhard Schmid, aufeinander. Zu einer Zeit, als der Neue Markt langsam seinem Höhepunkt entgegenstrebte, haben sich die beiden da richtig gezoft. Kostolany: „Zum Neuen Markt darf man nicht gehen. Das ist ein Betrug, mit gezinkten Karten und Falschspielern.“ Kurz nach Kostos Tod im Jahr 1999 ist dann alles so eingetroffen wie vorhergesagt – die Blase am Neuen Markt platzte und viele der dort gelisteten Unternehmen sind pleitegegangen.

Smart Investor: Da zeigte sich auch seine antizyklische Vorgehensweise. Welchen Rat würde er wohl heute geben?

Schmitz: Er würde erzählen, wie er früher das Autofahren gelernt hat. Der Fahrlehrer ermahnte ihn, nicht auf die Motorhaube, sondern 300 Meter nach vorne auf die Straße zu schauen. Übertragen auf die Börse heißt das, sich jetzt nicht vom Corona-Crash und Ähnlichem irritieren zu lassen, sondern zu schauen, was in ein, zwei Jahren sein wird.

Smart Investor: Kommen wir einmal zu Ihrer Vorgehensweise in Ihren Fonds. Sie achten sehr auf die Länderauswahl. Warum ist Ihnen das so wichtig?

Schmitz: Es geht weniger um Länder als um Währungen. Was hilft mir die beste Aktie, wenn dann die Währung absackt. Im Euro musste ich in den letzten acht Jahren fast 50% Wertverlust gegenüber dem Schweizer Franken hinnehmen. Meine deutschen Kunden haben ein Euro-Klumpenrisiko – Immobilien in Euroland, Lebensversicherung, fällig in Euro, Verdienste, Rentenversicherung und Aktien,



alles in Euro. Am einfachsten und kostengünstigsten kann man so ein Klumpenrisiko mit einem Wertpapierdepot reduzieren: Mit Nestlé statt Unilever und Schweizer Rück statt Münchener Rück macht man aus dem Eurorisiko eine Frankenchance. Gerade aus Sicht eines Euroanlegers ist es sinnvoll, sich niedriger verschuldete Länder auszusuchen. So verfügt Norwegen über einen staatlichen Pensionsfonds mit 1.000 Mrd. EUR, der zu 70% in Aktien, also in handfesten Unternehmensbeteiligungen investiert ist, während Deutschland allein bei den TARGET2-Salden über 1.000 Mrd. EUR als vermutlich uneinbringliche Forderungen im Feuer hat. Was ist Ihnen lieber?

Smart Investor: Natürlich Ersteres! Aber was erwarten Sie denn perspektivisch bei den Währungen?

Schmitz: Der US-Dollar als Hauptwährung leidet unter einem permanenten Vertrauensverlust. Eine neue Weltgemeinschaftswährung – ich sage mal Globo – kann auf

Dauer nur funktionieren, wenn nicht einfach ein Fiatgeld durch ein anderes ersetzt wird. Für eine neue Währung braucht man zudem Vertrauen, und das heißt eine zumindest teilweise Golddeckung, wie sie der Schweizer Franken jahrhundertlang hatte. Mit dem Eintritt in den Internationalen Währungsfonds haben die Amerikaner die Schweizer gezwungen, die goldgedeckte Währung zum größeren Teil aufzugeben. Die Schweiz musste damals Gold zum Tiefstkurs verkaufen, aber sie ist mit 2.000 Tonnen Gold bei 8 Mio. Einwohnern auch heute noch das Land mit dem größten Goldeigentum pro Kopf.

Smart Investor: Das Coronavirus hat neben den Börsenturbulenzen auch weltweit zu rigiden Maßnahmen von Regierungen und Zentralbanken geführt. Ihrer Meinung nach zu Recht?

Schmitz: Ich war entsetzt über die Maßnahmen, die viele Regierungen getroffen haben. Zum Schutz der ca. 10% alten Men-

schen wurden auch all jene im Lockdown eingesperrt, die eigentlich die Wirtschaft am Laufen halten. Dabei zeigte eine Untersuchung der in Italien an bzw. mit Corona Verstorbenen, dass deren Durchschnittsalter über 80 Jahre lag und nur drei (!) Personen nicht vorerkrankt waren. Trotzdem haben wir uns seit dieser Zeit von Virologen regieren lassen. Der SPD-Gesundheitspolitiker Karl Lauterbach geisterte sogar mit einer Vorhersage von Millionen von Toten in Deutschland durch die Talkshows. Aus meiner Sicht ist da die Verhältnismäßigkeit nicht mehr gewahrt.

Smart Investor: Was sind die Auswirkungen der Maßnahmen?

Schmitz: Die Politik hat einen gigantischen Kollateralschaden an der Wirtschaft verursacht, den sie jetzt mit unglaublichen Mengen an Geld zu reparieren versucht. Dieses Geld hat sie aber nicht. Einen Teil wird sie durch erhöhte Schuldenaufnahme aufbringen, aber den größeren Teil – so ►

Anzeige

6. FONDSKONGRESS TRIER

Die Plattform für professionelle Investoren,
Vermögensverwalter und Anlageberater
aus Deutschland und Luxemburg - jetzt anmelden!

„MIR WÖLLE BLEIWE WAT MIR SIN“

Der 6. Fondskongress in Trier richtet sich an

- Vermögensverwalter
- Anlageberater
- Dachfondsmanager
- Professionelle Investoren
- Vermittler (34f)
- Family Offices

29. OKTOBER 2020

FourSide Plaza Hotel Trier

Zurmaiener Str. 164 | 54929 Trier

Medienpartner

FONDTRENDS
Die Zukunft des Fondsgeschäftes

Smart Investor

















Referenten 2020 v.l.n.r.: Christian Bender, Dirk Stöwer, Heiko Hartwig, Lutz Overlack, Andrea Siviero, Daniel Blum, Dominikus Wagner, Johannes Ries, Martin Siegel, Mike Judith, Peter Dreide, Phil Hughes, Torsten Honigs, Dr. Dirk Ruettgers, Matthias Kurzrock



































Informationen unter www.ks-am.de



Hintergrund



Wenn der Staat eine Zwangshypothek einträgt, wird er bestehende Gesetze außer Kraft setzen.

meine Befürchtung – z.B. durch eine Lastenausgleichsabgabe. Wir sprechen da von Vermögensabgaben von 10% bis 25%. Meine Prognose für Deutschland ist eine solche Abgabe für Immobilien, weil das der größte anzuzapfende Topf ist und Immobilien bekanntlich nicht weglaufen können. Die letzte Lastenausgleichsabgabe aus dem Jahr 1952 betrug 50% des Verkehrswerts, die sich der Staat durch eine Zwangshypothek absichern ließ. Man hatte dann 120 Quartalsraten – also 30 Jahre – Zeit, diese Schulden abzutottern. Das wird vermutlich wieder so ähnlich gehandhabt werden. Der Staat hat alle wichtigen Daten schon. Wir hatten in Deutschland mehrere Volkszählungen für die Gesamtbevölkerung. Nur die letzte, nämlich die vor acht Jahren, war lediglich stichpunktartig – mit Ausnahme der Immobilieneigentümer, die vollständig mit den relevanten Daten erfasst wurden: Größe der Immobilie, Zustand, Baujahr, Erhaltung etc. Diese Daten müssen nur noch ein bisschen aktualisiert werden. Und wenn der Staat eine Zwangshypothek einträgt, wird er mit Sicherheit die bestehenden Gesetze außer Kraft setzen und sich an die erste Rangstelle schieben, was für andere Gläubiger wie Banken einen zwangsweisen Rangrücktritt bedeutet.

Smart Investor: Welche Gemeinheiten des Staats können Sie sich noch vorstellen?

Schmitz: Eine laufende Vermögensteuer wäre nur ein Tropfen auf den heißen Stein und mit erheblichem Erfassungsaufwand verbunden. Der Staat braucht mehr – und

zwar auf einen Schlag, nicht tropfenweise. Bei Steuern und Abgaben hat Deutschland ohnehin schon jetzt die höchsten Belastungen in Europa. Würde man die Ertragsteuersätze noch weiter erhöhen, würde der Laffer-Effekt dazu führen, dass das Steueraufkommen sinkt. Die Leute arbeiten dann weniger, weil es sich nicht mehr lohnt. Aber bei den Substanzsteuern kann man zulegen, vor allem bei Vermögen, das nicht weglaufen kann. Auch wird versucht werden, mögliche Ausweichreaktionen in den Griff zu bekommen. Will ein Unternehmer sein Land verlassen, wird steuerlich ein Riegel vorgeschoben. Früher hieß das Reichsfluchtsteuer. Da sind zwar heute ein paar Regeln verändert worden, aber vom Grundsatz her ist diese Steuer wieder da.

Smart Investor: Kommen wir einmal zu Ihren beiden Fonds. Sie haben sich im Corona-Crash und vor allem auch danach deutlich besser entwickelt als andere. Was machen Sie anders?

Schmitz: Zum Halbjahresende war der Schmitz & Partner Global Offensiv unter den besten 4% von etwas über 1.000 Fonds. Der Schmitz & Partner Global Defensiv lag auf Platz 3 unter mehr als 300 Fonds. Entsprechend waren 96% bzw. 99% der vergleichbaren Fonds schlechter. Eine wichtige Ursache war, dass wir schon vor dem Jahresanfang in beiden Fonds relativ hohe Liquiditätsquoten führten. Zwischen dem 13.3. und dem 23.3. haben wir dann spürbar gekauft, was ich auch im Magazin „DAS INVESTMENT“ publizierte. Das war – nennen Sie es Zufall oder Glück – genau der Wendepunkt. Ein anderer Faktor ist, dass ich in beiden Fonds nicht die ganz aggressiven Titel habe, im Defensiv ja sowieso nicht. Bei Amazon habe ich im Offensiv aber schon zugeschnappt, nachdem sie die Einstellung weiterer 180.000 Mitarbeiter vermeldet hatten und der Kurs noch mal um 20% gefallen war. Im Defensiv war es auch der hohe Gold- und Silberanteil, den ich immer schon aus Vorsichtsgründen gehalten habe.

Smart Investor: Gold ist ein gutes Stichwort – zuletzt stieg der Preis auch in US-Dollar auf ein Allzeithoch. In welcher Phase befindet sich die Edelmetallhausse eigentlich?

Schmitz: Für mich befindet sich diese Hausse erst am Anfang. Wir stehen ja auch bei der beschleunigten Geldmengenausweitung erst am Anfang. Wenn die Geldmenge massiv steigt, wird auch Gold weiter steigen. Das letzte markante Hoch von 850 USD aus dem Januar 1980 haben wir nur nominal übertroffen. Real entspricht es etwa 2.600/2.800 USD – selbst auf Basis der zu niedrigen offiziellen Inflationsraten. Das Gold-Silber-Ratio lag in der Spitze bei 126 zu eins, aktuell schon wieder unter 100 zu eins. Historisch liegt es aber eher bei 60 zu eins. Da ist es gerechtfertigt, dass der Silberpreis jetzt stärker steigt.

Smart Investor: Zumindest scheint die Goldpreismanipulation nicht mehr im ganz großen Stil zu funktionieren. Ist der Wahnsinn dieses Geldsystems inzwischen schon zu offensichtlich?

Schmitz: Wir lesen immer wieder von größeren physischen Goldkäufen der Notenbanken, meist nachdem vorher am Terminmarkt der Goldpreis nach unten gehandelt worden ist. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Wir sprachen ja schon von einer künftigen, teilweise goldgedeckten Weltwährung. Russland kauft massiv und die Chinesen handeln so vorausschauend, dass sie im entscheidenden Moment ein gewichtiges Wörtchen im Rahmen einer Weltwährung mitzureden haben. Bei einer teilweisen Golddeckung partizipieren die Länder ja entsprechend ihrem Goldanteil. Besonders die USA müssen da noch deutlich aufstocken, denn sie werden sicher nicht als Juniorpartner in eine solche Währung gehen.

Smart Investor: Sie thematisieren regelmäßig besonders den Kapitalschutz bzw. -erhalt, weniger die Jagd nach Performance. Warum ist Ihnen das so wichtig?

Schmitz: Die langfristige Perspektive zu wahren ist heute wichtiger denn je. Die kurzfristigen Trader mögen immer mal wieder Erfolg haben, aber ein Trader, der reich stirbt, ist vor seiner Zeit gestorben. Wer dagegen langfristig investiert, hat Erfolg. Eines der Lieblingszitate von Kostolany lautete: „Kurzfristig ist es riskant, Aktien zu haben, langfristig ist es riskant, keine Aktien zu haben.“

Smart Investor: Wir danken Ihnen für Ihre interessanten Ausführungen.

Interview: Ralf Flierl



Kolumne

2021 dürften Aktien weiter zulegen

An der Börse können die Schwankungen heftig ausfallen. Doch das ist kein Grund, Aktieninvestments zu meiden. Im Gegenteil: Keine Anlageklasse liefert langfristig höhere Erträge.

Gastbeitrag von Dr. Holger Schmitz



Die SCHMITZ & PARTNER AG – Privates Depotmanagement mit Sitz im Tessin wurde 1997 zur individuellen Betreuung anspruchsvoller Kunden im Vermögensverwaltungsbereich gegründet. Die Schmitz & Partner AG arbeitet mit der 2005 ebenfalls von Dr. Holger Schmitz gegründeten Schmitz & Cie. GmbH – Individuelle Fondsberatung mit Sitz in München zusammen. Dr. Schmitz ist seit 1988 in der Vermögensverwaltung tätig und arbeitete mehrere Jahre bei der FIDUKA-Depotverwaltung mit Börsenlegende André Kostolany zusammen, bevor er sich 1993 selbstständig machte. Durch die Kooperation mit der Schmitz & Partner AG haben Anleger die Möglichkeit, in zwei sich ergänzende Vermögensverwaltungsfonds zu investieren: den Schmitz & Partner Global Offensiv sowie den Schmitz & Partner Global Defensiv.

Keine Panik im Crash

Mitte Oktober 1987: Nach einer zweijährigen Rally steht der Dow Jones bei rund 2.200 Punkten. Dann bricht der „schwarze Montag“ über die Anleger herein. Innerhalb eines Tages fällt der Index um 22,6% – es ist der bis heute stärkste prozentuale Einbruch in der Geschichte der US-Börse. Und aktuell? Der Dow Jones notiert bei rund 30.000 Punkten. Wäre man also zum denkbar ungünstigsten Zeitpunkt eingestiegen, also direkt vor dem Crash, hätte man sein Kapital seither dennoch ungefähr verdreizehnfacht. Ebenso der DAX: Der deutsche Auswahlindex startete am 1.1.1988 bei 1.000 Punkten. Momentan steht er bei über 13.000 Zählern – mithin ebenfalls eine Verdreizehnfachung. Als beim Ausbruch der Corona-Krise zwischen Februar und März dieses Jahres der DAX um fast 40% abstürzte, war der Aufschrei vieler Investoren erneut groß. Es herrschte Angst, dass angespartes Vermögen unwiederbringlich verloren sei; mancher sah gar seine Altersvorsorge in Gefahr. Heute wissen wir, dass der Markt die Verluste bereits wieder aufgeholt hat. Mehr noch: Besonnene Investoren, die den Einbruch für Zukäufe nutzten, anstatt panikgetrieben zu verkaufen, konnten erhebliche Gewinne erzielen.

Mit Zuversicht ins neue Jahr

Ich bin überzeugt: 2021 dürften Aktien weiter zulegen – denn sie profitieren von gleich mehreren strukturellen Faktoren.

1. Die Geldmenge steigt im Rekordtempo: Laut Europäischer Zentralbank (EZB) lag die Jahreswachstumsrate des Aggregats M3 im Oktober 2020 bei 10,5% – Tendenz steigend. Und auch in den USA nimmt die Geldmenge rasant zu. Dieses frische

Kapital benötigt Anlagemöglichkeiten, und Aktien stellen eine interessante Option dar, ganz besonders angesichts niedriger Renditen anderer Investmentklassen.

2. Die Zinsen bleiben niedrig: Der Einlagen-satz, zu dem Geschäftsbanken Geld bei der EZB parken können, liegt bei -0,5% und der Schlüsselsatz zur Versorgung der Geschäftsbanken mit Geld beträgt im Euroraum 0,0%. Laut einer Reuters-Umfrage vom 3.12.2020 rechnen führende Ökonomen damit, dass er noch längerfristig auf diesem ultratiefen Niveau verharren wird. Somit wird die Konjunkturentwicklung weiterhin mit günstiger Liquidität unterstützt.
3. Geld- und Fiskalpolitik ziehen an einem Strang: Neben den Stimuli der Notenbanken unterstützen auch die Regierungen das Wirtschaftswachstum. Allein das EU-Finanzierungspaket im Zuge der Corona-Krise umfasst vorstellbare 1.824 Mrd. EUR. Auch wenn ich die langfristigen Auswirkungen dieser Beschlüsse auf die Staatsverschuldung für unverantwortlich halte, sollten die Maßnahmen kurzfristig der Wirtschaft helfen.
4. Nachholeffekt beim Konsum: Die Sparquoten sind 2020 deutlich gestiegen, in Deutschland laut Statistischem Bundesamt auf zeitweise über 20%. Wenn COVID-19 durch Herdenimmunität oder Impfstoff besiegt ist, dürfte aufgeschobener Konsum nachgeholt werden, was wie ein riesiges zusätzliches Konjunkturpaket wirkt.

Mein langjähriger Mentor André Kostolany pflegte zu sagen: „Kurzfristig ist es riskant, Aktien zu haben. Langfristig ist es riskant, keine Aktien zu haben.“ ■



SCHMITZ & CIE.
Individuelle Fondsberatung

Schmitz & Cie. GmbH
Individuelle Fondsberatung

Am Sommerfeld 22
D-81375 München

Telefon: +49 (0)89 17 92 40 20

Telefax: +49 (0)89 17 92 40 24

info@schmitzundcie.de

www.schmitzundcie.de



SCHMITZ & PARTNER AG
Privates Depotmanagement

SCHMITZ & PARTNER AG
Privates Depotmanagement

Via Albaredo 53
CH-6645 Brione s. Minusio

Telefon: +41 (0)91 7 44 66 65

Telefax: +41 (0)91 7 43 44 00

info@schmitzundpartner.ch

www.schmitzundpartner.ch